



26. Heft | 27. Dezember 1912

LEO ARONS · DIE WAHLPAROLE FÜR PREUSSEN UND DAS ZENTRUM

ALS der Berichterstatter über die Landtagswahlen auf dem Parteitag der preußischen Sozialdemokratie von 1907 die Vorgänge im preußischen Abgeordnetenhaus beleuchtet hatte, die im Jahr 1873 den Antrag Windthorsts auf Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen zu Fall brachten,¹⁾ da stürzte sich die gesamte Zentrums Presse mit Jubel auf dieses Zeugnis aus sozialdemokratischem Mund, das die volksfreundliche Haltung der Zentrums Partei in der Wahlrechtsfrage bestätigen sollte. Der Eifer war verdächtig: lagen jene Vorgänge doch damals schon 24 Jahre zurück. In der Tat wurde wenig später festgestellt, daß 17 Zentrumsabgeordnete dem im Jahr 1907 eingebrachten Zentrumsantrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlverfahrens ihre Unterschrift verweigert hatten. In viel höherem Maß zeigte sich die Unzuverlässigkeit des Zentrums im Jahr 1910 bei den Beratungen über die Wahlrechtsvorlage der Regierung. Wie wenig es dem Zentrum um eine wahre Volksvertretung zu tun ist, beweist ja auch seine unbedingte Ablehnung einer neuen Wahlkreiseinteilung. Am schwersten aber fällt das Verhalten der Zentrums Partei im Abgeordnetenhaus am 20. Mai 1912 ins Gewicht. Nachdem der volksparteiliche Hauptantrag auf Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen sowie 2 andere Anträge abgelehnt waren, fand namentliche Abstimmung über den Eventualantrag der Volkspartei statt, der wenigstens das allgemeine, geheime und direkte Wahlverfahren forderte. Er wurde mit 188 *Nein* gegen 158 *Ja* abgelehnt; entscheidend war, daß von der Zentrums Partei 33 Mitglieder, nahezu ein Drittel, ohne Entschuldigung fehlten: das Zentrum hatte eine genügende Zahl von Mitgliedern aus dem Sitzungssaal zurückgezogen, um die Annahme eines Antrags zu vereiteln, der der Regierung wenigstens die Richtung für eine neue Wahlrechtsvorlage gewiesen hätte.

Ich rufe diese Dinge in die Erinnerung zurück, weil sie meines Erachtens auf die sozialdemokratische Losung für die nächsten Landtagswahlen Einfluß haben müssen. In einem frühern Artikel erklärte ich es für wünschenswert die Besprechung der nächsten Landtagswahlen einem mit kurzer Frist und für kurze Dauer einzuberufenden außerordentlichen Parteitag vorzubehalten.²⁾ Es ist vielleicht nicht ganz ausgeschlossen, daß der ordentliche Parteitag im Januar 1913 diesem Gedanken nähertritt. Da aber die bevorstehenden Landtagswahlen

¹⁾ Siehe das Protokoll des preußischen sozialdemokratischen Parteitags von 1907 / Berlin 1907 / pag. 51 ff.

²⁾ Siehe meinen Artikel *Gibt es eine preußische Sozialdemokratie?* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 1091 und 1094.

einen Punkt der vorläufigen Tagesordnung bilden, und die Landeskommission im *Vorwärts* vom 15. Dezember bereits eine Resolution für die Taktik vorgeschlagen hat, gestatte ich mir eine kurze Bemerkung dazu.

Daß der Wahlkampf, solange die öffentliche Abstimmung besteht, in erster Linie zu einer wuchtigen Demonstration gegen die herrschenden Kreise gestaltet werden muß, und daß die Partei dabei auch von den schärfsten Mitteln des Gegendrucks gegen behördliche und privatkapitalistische Wahlbeeinflussung Gebrauch zu machen gezwungen ist, habe ich in jenem Artikel bereits ausgeführt. Hier ändert sich nichts gegenüber dem Vorgehen im Jahr 1908; nur müssen alle Kräfte noch weit mehr angespannt werden.⁹⁾ Auch in den übrigen Punkten wird nur wenig zu bessern sein. Ich habe sogar Bedenken gegen den neuen Absatz, den die Landeskommission einzufügen vorschlägt. Unter der neuen Nummer 2 im Abschnitt A) *Für die Urwahlen* heißt es: »Wo sozialdemokratische Wahlmänner nicht aufgestellt werden können, sind die Genossen nur mit Genehmigung des geschäftsführenden Ausschusses der Landeskommission berechtigt für bürgerliche Wahlmänner zu stimmen, vorausgesetzt, daß . . .« usw. Ich fürchte, daß hierdurch eine Abschwächung der in erster Reihe stehenden Demonstration angebahnt wird. Wo es überhaupt eine nennenswerte, wenn auch nur bescheidene, Zahl von Parteigenossen gibt, muß es möglich sein den einen oder andern von ihnen als Wahlmannskandidaten aufzustellen. Auf diesen müßten sich die (wenn auch nur wenigen) Stimmen der nicht völlig abhängigen Genossen im 1. Wahlgang vereinigen. Die Entscheidung über die Aufnahme dieses neuen Absatzes wird der Parteitag den Parteigenossen überlassen müssen, die mit der Kleinarbeit auch außerhalb der großen Industriebezirke vertraut sind.

Als einzige wesentliche Änderung gegenüber den früheren Beschlüssen möchte ich vorschlagen aus der Losung den Satz zu streichen, der die Unterstützung bürgerlicher Kandidaten in der Stichwahl von der Erklärung für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlverfahren und Neueinteilung der Wahlkreise abhängig macht. Er schließt die Unterstützung von Nationalliberalen zum Beispiel gegen Konservative aus; und doch sind die Konservativen abgesagte Feinde jeder Wahlrechtsänderung, während die Nationalliberalen unbedingt für das direkte und (bis auf wenige Ausnahmen, auf die ich noch zurückkomme) für das geheime Wahlverfahren eintreten und eine neue Wahlkreiseinteilung fordern. Jener Satz ermöglicht darüber hinaus die Unterstützung eines Zentrumsmanns gegen einen Nationalliberalen: Ein Zentrumsmann kann seinem Parteiprogramm entsprechend ohne weiteres die Erklärung für Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen abgeben, und wenn er sich persönlich für die Neueinteilung der Wahlkreise ausspricht, wird er von seinen pfiffigen Parteigenossen nichts zu befürchten haben. Nun wird aber ganz allgemein zugegeben werden müssen, daß zurzeit auf parlamentarischem Weg die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen nicht mit einem Schlag zu erreichen ist, ja man darf behaupten, daß das Zentrum seine dahingehende Programmforderung nur wegen ihrer augenblicklichen Aussichtslosigkeit als Lockspeise für die Arbeiter beibehalten darf, ohne bei den konservativen Freunden Anstoß zu erregen.

Bei der in Preußen vorherrschenden ostelbischen Luftströmung, die in Mecklen-

⁹⁾ Siehe hierzu meinen Artikel *Die Lehren der preußischen Landtagswahlen 1908 für die Sozialdemokratie* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1910, 1. Band, pag. 83.

burg eine Volksvertretung bisher überhaupt nicht aufkommen ließ, ist ein ernsthafter Fortschritt in der Wahlrechtsfrage auf parlamentarischem Weg nur durch ein Zusammenwirken der gesamten Linken möglich: von Liebknecht bis Friedberg. Je weniger es dabei zu Verabredungen kommen muß, um so wertvoller ist es bei dem gegenwärtigen geringen Maß an politischer Aufklärung in Preußen für jede der dabei in Betracht kommenden Parteien. Läßt man in der Losung für die kommenden Wahlen die Verpflichtung auf Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen fallen, so sind Verhandlungen mit den bürgerlichen Parteien bis auf wenige sofort zu erläuternde Ausnahmen mindestens für die Urwahlen überflüssig. Die Ausnahmen bilden die Kreise mit mehr als 1 Abgeordneten, in denen auf Grund von früheren Wahlergebnissen die Sozialdemokratie eine erhebliche, bei der Abgeordnetenwahl ausschlaggebende Zahl von Wahlmännern durchzubringen erwarten kann; in Betracht kommen, soweit ich sehe, die Kreise Teltow-Beeskow, Ober- und Niederbarnim, Stadt Breslau und möglicherweise Herford-Bielefeld. Hier wird die Sozialdemokratie wie bei früheren Wahlen verlangen müssen, daß die Wahlmannskandidaten der bürgerlichen Linken⁴⁾, die auf sozialdemokratische Stichwahlunterstützung rechnen, vor der Urwahl erklären, sie seien unabhängig genug, um bei der Abgeordnetenwahl gegebenenfalls auch für einen Sozialdemokraten stimmen zu können; denn in diesen Kreisen wird die Sozialdemokratie einen der verfügbaren Abgeordnetensitze beanspruchen müssen. Die Möglichkeit so unabhängige Wahlmannskandidaten aufzustellen, liegt für die Parteien der bürgerlichen Linken ohne weiteres vor, sobald sie auf die ihnen folgenden Arbeiterkreise zurückgreifen.

Die Vorschriften für die Urwahlen würden nach meinem Vorschlag etwa lauten: 1. Wo es irgendwie gelingt (und sei es auch nur in einem Ort eines Landtagswahlkreises) sozialdemokratische Wahlmänner aufzustellen, müssen sich die Genossen an den Urwahlen in allen 3 Wählerklassen beteiligen; sie dürfen im 1. Wahlgang nur für die sozialdemokratischen Wahlmänner stimmen.

2. Für Stichwahlen zwischen bürgerlichen Wahlmannskandidaten gelten folgende Regeln:

a) In denjenigen Wahlkreisen mit mehreren Wahlmännern, in denen die Sozialdemokratie auf Grund der früheren Wahlergebnisse darauf rechnen kann bei der Abgeordnetenwahl mit ihren Wahlmännern den Ausschlag zu geben, dürfen nur solche Wahlmänner der bürgerlichen Linken unterstützt werden, die spätestens 5 Tage vor der Wahl die Erklärung abgegeben haben, sie seien unabhängig genug, um bei der Abgeordnetenwahl gegebenenfalls neben den bürgerlichen auch für einen sozialdemokratischen Kandidaten stimmen zu können.

b) In Wahlkreisen, in denen die Sozialdemokratie bei früheren Wahlen den Abgeordneten stellte oder mit ihrem Kandidaten in aussichtsreiche Stichwahl kam (zum Beispiel in Altona), wird bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Wahlmannskandidaten Stimmhaltung geübt.

c) In den übrigen Wahlkreisen werden nach Ausfall der sozialdemokratischen Kandidaten in der Stichwahl die Kandidaten der bürgerlichen Linken⁵⁾ unterstützt.

⁴⁾ Unter bürgerlicher Linken verstehe ich stets die fortschrittliche Volkspartei und die Nationalliberalen, mit Ausnahme derjenigen (namentlich in den westlichen Provinzen), die sich nur deshalb nationalliberal nennen, weil dort die Bezeichnung konservativ allzusehr abschreckt; siehe auch meinen Artikel *Der Stand der preussischen Wahlrechtsbewegung* und Lindemann *Die württembergischen Landtagswahlen 1912 und ihre Lehren in den Sozialistischen Monatsheften*, 1910, 3. Band, pag. 1181, und in diesem Band, pag. 1532.

⁵⁾ Siehe die Note 4 dieses Artikels.

Auch für die Abgeordnetenwahl bedarf es bei Annahme meines Vorschlags keiner weiteren Abmachungen; das Verhalten der Wahlmänner bei der Abgeordnetenwahl ergibt sich aus den Vorschriften für die Urwahl. Im Entwurf der Landeskommission muß nur die Nummer 4 entsprechend geändert werden. Freilich ist es nicht ausgeschlossen, daß nach Feststellung des Urwahlergebnisses Verständigungen zwischen den Parteien erwünscht werden. Eine wichtige Aufgabe des preußischen Parteitags wird es sein eine hierfür geeignete Zentralstelle zu schaffen.⁹⁾

XX
**EDUARD BERNSTEIN · DER PREUSSENTAG UND
 DIE LANDTAGSWAHLEN**

1 · EINLEITENDES

NEBEN den üblichen Rechenschaftsberichten hat der auf den 6. Januar 1913 einberufene Parteitag der Sozialdemokratie Preußens selbstverständlich die Frage der in Preußen bevorstehenden Abgeordnetenwahlen auf der Tagesordnung. Aber nicht als einzigen, über die laufenden Organisations- und Agitationsfragen hinausgreifenden Punkt. Nach dem Vorschlag des Landesausschusses sollen auf ihm auch die Frage der Landarbeiter Preußens und die Behandlung der Sozialpolitik in Preußen erörtert werden, und Vorschläge aus den Mitgliedschaften wollen unter anderem auch die Polenfrage und die Organisation der Jugend auf seine Tagesordnung setzen. Von keinem dieser Themata wird man behaupten dürfen, daß es nicht durchaus der ersten Besprechung wert ist, und Beschlüsse über die Stellungnahme zu ihm angezeigt seien. Aber man braucht sich nur an das Schicksal der nicht minder wichtigen Gesetzgebungs- und Verwaltungsfragen zu erinnern, die auf den hinter uns liegenden Preußentagen behandelt worden sind (Gemeindepolitik, Schulfrage, Wohnungsfrage usw.), um sich sagen zu müssen, daß alle Debatten und Beschlüsse über Fragen der Gesetzgebung und Verwaltung in Preußen so lange nicht viel mehr als theoretische Unterhaltungen sein können als nicht die Frage einer andern Zusammensetzung des preußischen Abgeordnetenhauses ihre lösende Antwort gefunden hat. Die Frage, ob wir imstande sind an der Verteilung der Mandate im preußischen Landtag Wesentliches zu ändern, bleibt die Kernfrage aller unter diese Rubrik entfallenden Fragen.

Es liegt somit für den Preußentag reichlich Grund vor sie eingehend zu erörtern. Was nützen zum Beispiel die schönsten Resolutionen über das Landarbeiterrecht, die Wohnungsfrage auf dem Lande und ähnliche, die Lage der Arbeiter auf dem Land betreffenden Fragen, solange der linke Flügel des Liberalismus und die Sozialdemokratie zusammen nur über etliche 40 von 440 Sitzen in der preußischen Gesetzgebung verfügen? Und welche Änderung des jetzigen preußischen Wahlrechts ist von einem Landtag zu erwarten, dessen gewählte Kammer so zusammengesetzt ist? Wir machen Marschbewegungen auf dem Fleck, solange es hierin beim alten bleibt.

Man hätte also meinen dürfen, daß sich in den Vorbesprechungen zum Preußentag das Interesse auf diese Frage konzentrieren, sich ihr in erster Reihe zu-

⁹⁾ Siehe hierzu meinen Artikel *Gibt es eine preußische Sozialdemokratie?* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 1095 f.

wenden werde. Was aber darüber durch das Zentralorgan der Partei zur Kenntnis der Genossen gelangt ist, läßt eher das Umgekehrte annehmen. Mit ganz vereinzelt Ausnahmen ist in den Versammlungen, die sich mit dem bevorstehenden Preußentag beschäftigt haben, von einer irgendwie tiefergreifenden Prüfung der Frage der Zusammensetzung des nächsten Landtags nichts zu verspüren gewesen. Fast überall, wo man sich mit ihr befaßt hat, hat man vielmehr mit einigen altersgrauen Schlagworten sich über die Anregungen hinweggeholfen, die für den bevorstehenden Wahlkampf in Preußen die Taktik nach dem Leitmotiv zu regeln empfahlen: möglichst starke Verschiebung des Mandatbesitzes der Parteien von der konservativ-klerikalen Verbindung auf die bürgerliche und die sozialdemokratische Linke. Am Vorabend der Wahlen zu einem Abgeordnetenhaus, das im Lauf der 5 Jahre seiner Legislatur voraussichtlich die Wahlrechtsreform in irgendeiner Weise wird in die Hand zu nehmen haben, ist in den Vorversammlungen zum Preußentag die wichtige Frage der Wahltaktik in einer Weise abgehandelt worden, daß man versucht ist von einem Vorbeidrücken zu sprechen.

Wir haben es da freilich mit keiner neuen und überraschenden Erscheinung zu tun. Wenn die Theorie der Sozialdemokratie grundsätzlich Entwicklungslehre ist, so liegt es in der Natur der Partei als Ausdruck der Tendenzen der besitzlosen Massen, daß in ihrer Agitation der Geist des Radikalismus obwaltet, und der Radikalismus ist im Urteilen stets absolutistisch gerichtet. In den Versammlungen, die ja naturgemäß unter dem Einfluß der agitatorischen Tendenzen stehen, hat daher der Konservatismus der Tradition gewöhnlich die Oberhand. Nur ausnahmsweise verschafft sich hier das dem Gang der tatsächlichen Entwicklung entsprechende theoretische Urteil für seine Folgeschlüsse ohne weiteres Geltung. In der Regel siegt es durch die Macht der unabweisbar gewordenen Sprache der Tatsachen, und die Versammlungen bekräftigen durch ihre Beschlüsse nur das im Grunde schon Tatsache Gewordene. Die Geschichte der Ausbildung der sozialdemokratischen Taktik ist die Geschichte von formalen Niederlagen und faktischen Siegen des entwicklungstheoretischen Gedankens.

2 · EINE RÜCKSCHAU



WIE sehr das radikal-absolutistische Denken die Gefahr politischer Unfruchtbarkeit in sich schließt, zeigt insbesondere die Geschichte der Taktik der Sozialdemokratie Preußens bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus. Eine sehr drastische Illustration liefert bereits eine Tatsache, auf die meine Aufmerksamkeit durch eine Veröffentlichung August Bebels in der *Neuen Zeit* gelenkt wurde.¹⁾ Bebel erinnerte dort daran, daß schon im Jahr 1885 Wilhelm Hasenclever und Karl Frohme für die Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen eingetreten seien, was in der Tat der Fall ist. Allerdings handelte es sich bei Frohme nur um die Wahl in einem bestimmten einzelnen Wahlkreis (Frankfurt am Main) und bei Hasenclever um die noch ziemlich unbestimmte Anregung zu reinen Agitationszwecken überhaupt einmal an der Landtagswahl teilzunehmen. Aber beide Vorschläge bedeuteten immerhin ein Abweichen von der Taktik des grundsätzlichen Fernbleibens von der Dreiklassenwahl, wie die Sozialdemokratie sie

¹⁾ Siehe Bebel *Eine Richtigstellung* in der *Neuen Zeit*, 1912-1913, 1. Band, pag. 214.

seit Beginn der siebziger Jahre proklamiert hatte. Eine Taktik, die übrigens zu jener Zeit durchaus der Situation der erst im Werden begriffenen Partei angepaßt war. Denn an selbständige Erfolge bei der Dreiklassenwahl hatte diese angesichts der noch geringen Ausbildung ihrer Mitgliedschaften nicht denken können, und da bis 1879 die liberalen Parteien im Abgeordnetenhaus die Mehrheit hatten, fehlte auch jeder Grund und Anlaß sich für eine andere Verteilung der Mandate unter den bürgerlichen Parteien ins Zeug zu legen. Aber was bis 1879 Vernunft gewesen war, mußte später zum Gegenteil werden.

Im Jahr 1885 freilich war es sehr wohl möglich darüber verschiedener Meinung zu sein, ob die Zeit schon gekommen sei von jener Taktik des Fernbleibens von der Abgeordnetenwahl abzugehen. Aber nicht mit Einwänden, die die Zweckmäßigkeit des Hasencleverschen Vorschlags in Abrede stellten, ward dieser zurückgewiesen (der Vorschlag Frohmes, der nur auf örtliche Verhältnisse sich bezog, kann hier unerörtert bleiben), sondern es ward ihm als einem Verstoß am Dogma moralisch der Prozeß gemacht. In einem Artikel, den ich der *Neuen Zeit* übersandte, habe ich die betreffenden Vorgänge des Jahres 1885 kurz geschildert und die Resolution der Berliner Vertrauensmänner wieder abgedruckt, die den Hasencleverschen Vorschlag totschlug.²⁾ Diese Resolution ist ein überaus charakteristisches Dokument für die Geschichte des politischen Urteils in der Sozialdemokratie. Kann man die Tatsache der kategorischen Zurückweisung des Hasencleverschen Gedankens, sofern sie Ausfluß der Stimmung der Sozialdemokraten Berlins unter dem Sozialistengesetz war, mindestens begreifen, so zeugt die politische Logik der Begründungssätze jener Resolution von einem geradezu beschämenden Mangel an politischem Unterscheidungsvermögen. Schon der erste Satz, der wenigstens auf rationelle Feststellungen sich bezieht, ist so aufgebaut, daß von Beweiskraft für das, was durch ihn bewiesen werden sollte, nicht die Rede sein kann. Denn der Hinweis darauf, daß das Wahlrecht, nach dem zu wählen war, sich himmelweit von dem Wahlrecht unterschied, das die Sozialdemokratie erstrebt, besagte noch absolut nichts darüber, ob es angezeigt war auf Grund jenes Wahlrechts am Wahlkampf teilzunehmen oder nicht. Und ebenso beweislos war hierfür die Feststellung, daß vom damaligen Landtag eine Verbesserung des Wahlrechts nicht zu erwarten war. In den weiteren Sätzen aber wird mit teils leeren und teils direkt sinnwidrigen Behauptungen operiert. Da heißt es im 2. Satz, daß ein nennenswerter Erfolg »ohne einen prinzipienwidrigen und schmachvollen Kompromiß mit rechtsstehenden Parteien« nicht zu erzielen sein dürfte, im 3. Satz, daß man durch Beteiligung an der Wahl der Regierung die Handhabe gebe zu behaupten, die Sozialdemokratie »erkenne das Wahlsystem als richtig an« und »einen Schritt weiter in den Sumpf des Parlamentarismus« tue, und im 4. Satz wird die Unzulässigkeit der Wahlbeteiligung gar daraus abgeleitet, daß die Landtagsabgeordneten 15 Mark Diäten erhalten, so daß die Sozialdemokratie sich durch Teilnahme an der Wahl »eventuell eine Pflanzstätte der Prinzipienverleugnung und eine Zuchtungsanstalt für Berufsparlamentarier schaffen« könne.

Weiter konnte man im Ausspielen teils inhaltleerer, teils geradezu einfältiger Argumente nicht gut gehen. Es ist nun für das geistige Leben der Partei unter dem Sozialistengesetz bezeichnend und sollte denjenigen eine Warnung sein, die sich jene Zeit als ein Idyll vorstellen, daß sich damals kein einziger Leser des *Sozialdemokraten* veranlaßt fand die Argumente der Berliner Resolution unter

²⁾ Siehe meinen Artikel *Wie es im Jahre 1885 stand in der Neuen Zeit*, 1912-1913, 1. Band, pag. 431 ff.

die kritische Lupe zu nehmen. Sie blieben unangefochten, Hasenclevers schüchterne Anregung war, nachdem Berlin in dieser Weise gesprochen, erledigt. Daß der Parlamentarismus etwas in sich schon Anstößiges, ein Wahlkompromiß etwas unter allen Umständen Verwerfliches, ein Berufsparlamentarier ein moralisch Aussätziger seien, lebte als dogmatische Auffassung fort.

Wie stark sie die Geister beeinflusste, zeigte sich, als ich im Jahr 1893, nachdem das Sozialistengesetz gefallen war, und die Sozialdemokratie ihre Stimmen nahe an 2 Millionen gebracht hatte, die Zeit für gekommen erklärte durch Teilnahme an der Landtagswahl in Preußen einen Sturm auf das preußische Wahlsystem zu unternehmen. Da mein damaliger Vorschlag durch die obenerwähnte Bebelsche Notiz in Beziehung zu den Vorschlägen Hasenclevers und Frohmes von 1885 gesetzt worden ist, kann ich nicht umhin festzustellen, daß er sich materiell wie formell durchaus von ihnen unterschied. Weder Hasenclever noch Frohme hatten den Gedanken eines grundsätzlichen Bruchs mit der überlieferten Praxis der Partei gegenüber der preußischen Dreiklassenwahl aufgeworfen und die dogmatische Auffassung in Frage gestellt, die einem solchen Bruch im Weg stand. Frohme, der zur erwähnten Zeit in Frankfurt am Main saß, befürwortete lediglich für die dortige Wahl Unterstützung der Kandidaten der Volkspartei unter Berufung darauf, daß dies ein alter Usus der Partei sei, und Hasenclever empfahl die Beteiligung an der Wahl lediglich als Mittel wieder einmal etwas lebhaftere Agitation zu entfalten, aber unter ausdrücklicher Verwahrung gegen »Parlamentsspielerei«. Auf die Bedeutung des preußischen Landtags für die Politik des Deutschen Reichs und die daraus sich ergebende Notwendigkeit mit dem Fernbleiben von der Landtagswahl grundsätzlich und allgemein zu brechen ging weder der eine noch der andere ein. Weil aber der eine lokal blieb, der andere seinem Vorschlag selbst jede politische Tragweite absprach, konnten ihre Anregungen in völlige Vergessenheit geraten.

Wenn meinem Vorschlag von 1893 dies Schicksal erspart blieb, so ist dafür, außer den geänderten Zeitverhältnissen, der Umstand entscheidend gewesen, daß er, wenn ich mich so ausdrücken darf, *grundsätzlich aufs Ganze ging*. Er empfahl einen vollständigen Bruch mit der Praxis der Partei für die preußischen Landtagswahlen. Der Artikel, der ihn entwickelte, stellte zunächst fest, welche überragende Stellung Preußen im Deutschen Reich innehat, schilderte dann, welchen Machtfaktor die von Preußen geführten »verbündeten Regierungen« gegenüber dem Reichstag bilden, und leitete davon und von dem Hinweis auf die großen Gesetzgebungsgebiete, die nach der Reichsverfassung den Einzelstaaten verbleiben, die Notwendigkeit für die Sozialdemokratie ab unmittelbarem Einfluß auf die Zusammensetzung und Funktion des preußischen Landtags zu gewinnen, wozu systematische Beteiligung am Wahlkampf unerlässlich sei, und wobei es ohne Wahlkompromisse mit dem Freisinn schwerlich abgehen werde.³⁾ Es läge gegebenenfalls bei uns, führte er weiter aus, die Übermacht der agrarischen und Industriefeudalität im preußischen Landtag zu sprengen, und was wir könnten, das müßten wir auch, wir sollten uns nicht durch das Schlagwort von der Verwerflichkeit der Kompromisse davon abhalten lassen. Kurz, es ward in dem Artikel nicht eine erweiterte Agitation sondern eine neue Politik für geboten erklärt.

Erklärlich genug, daß sich die Partei nicht ohne weiteres auf ihn einließ. Keine

³⁾ Siehe meinen Artikel *Die preußischen Landtagswahlen und die Sozialdemokratie in der Neuen Zeit*, 1892-1893, 2. Band, pag. 772 ff.

große Verbindung ändert ihre Politik in einem Tag. Auch enthielt der Artikel Einzelheiten, gegen die sich Einwendungen erheben ließen, die von den Ereignissen als berechtigt erwiesen worden sind. Was er zum Beispiel über die durch die Beteiligung der Sozialdemokratie voraussichtlich zu erreichende Verschiebung im Mandatsbesitz der Parteigruppen des Landtags sagte, hat sich als viel zu optimistisch herausgestellt. Aber in allen Hauptpunkten unterschreibe ich ihn noch heute, und die Erkenntnis, daß die Politik des Fernbleibens von der Wahl nicht mehr aufrechtzuerhalten war, hat sich auch in der Partei schon wenige Jahre nach seinem Erscheinen Bahn gebrochen.

Zunächst freilich stieß mein Artikel auf heftigen Widerspruch. Nur einzelne Mitarbeiter der *Neuen Zeit*, nämlich Mehring, *Parvus* (der damals *Unus* zeichnete) und Schippel gingen sachlich auf ihn ein. Aber auch von ihnen nahm nur der eine *Parvus* die Idee eines Eingreifens in den Wahlkampf zustimmend auf, während die anderen zu der Folgerung gelangten, die Mehring in den Satz zusammenfaßte: »Es ginge wohl, aber es geht nicht.« Darüber ließ sich indes noch diskutieren. Anders die Haltung des *Vorwärts*. Die damalige Redaktion des Zentralorgans der Partei machte kein Hehl daraus, daß nach ihr der bloße Gedanke meines Artikels schon als parteigefährlich gebrandmarkt werden müsse. Sie zog gegen ihn mit Schlagworten zu Felde, die nur in der Form und im Aufbau, aber nicht in der gedanklichen Substanz sich wesentlich von den Schlagworten der Berliner Resolution unterschieden, die den Vorschlag Hasenclevers totschiug. Wie sehr es ihr aufs Totschlagen ankam, zeigt der Einleitungssatz, den sie einem gegen meinen Vorschlag gerichteten Artikel Paul Singers voranstellte. Sie bringe neben ihrem eigenen auch diesen Artikel noch zum Abdruck, erklärte sie dort, »um mit der Frage vollständig aufzuräumen.«

Um — aufzuräumen! Der Satz ist so überaus bezeichnend, daß er es überflüssig macht auf die Argumente der damaligen Redaktion des *Vorwärts* nachträglich auch noch zurückzukommen. Gegen Einzelheiten meines Vorschlags mochten noch so viele Bedenken sprechen, mit der von ihm gestellten Frage durch 1 oder 2 geschickt abgefaßte Artikel ein für allemal »aufzuräumen« zu können, konnte sich nur jemand einbilden, der weder die politische Rolle des preußischen Landtags noch die politischen Aufgaben der Sozialdemokratie entwicklungsgeschichtlich erfaßt und durchdacht hatte. Sehr bald mußte der Verfasser des *Vorwärts*-artikels sich denn auch überzeugen, daß man mit Schlagworten, die der süßen Gewohnheit traditioneller Praxis entsprechen, wohl Augenblickserfolge erzielen, aber niemals verhindern kann, daß eine Frage, die aus dem Widerspruch zwischen jener Tradition und der Wirklichkeit sich ergibt, sich immer von neuem den Geistern aufdrängt. Denn das eine war erreicht: trotz Redensarten wie daß der preußische Landtag ein *Parlamentsleichenam* sei, daß man das *Junkerparlament verfaulen* lassen müsse, und dergleichen Kraftausdrücke mehr, waren die Gedanken zahlreicher Genossen auf die Frage gelenkt, ob die Sozialdemokratie noch weiterhin den Landtag des größten und maßgebenden deutschen Staats werde ignorieren können.

Schon wenige Tage nach Veröffentlichung ihres Aufräumungsartikels sah sich die Redaktion des *Vorwärts* genötigt einen Artikel des Genossen Leo Arons zur Landtagswahlfrage abzudrucken, der ebenfalls für Beteiligung der Partei an der Wahl eintrat, aber eine andere Taktik als die von mir vorgeschlagene

empfehl. Statt eigene Kandidaten aufzustellen und zum Zweck ihrer Wahl gegebenenfalls Kompromisse mit den Freisinnigen einzugehen, sollte die Partei danach ihre Stimmen denjenigen Freisinnigen zuwenden, die sich auf die Forderung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für das preußische Abgeordnetenhaus verpflichteten. Natürlich fügte die Redaktion des *Vorwärts* auch diesem Artikel Aufräumungssätze an, aber ihr Aufräumen hielt nicht lange vor.

Zunächst beschäftigte sich der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie, der kurz darauf in Köln zusammentrat, mit der Frage. Er lehnte zwar in einer von Bebel ihm vorgelegten und begründeten Resolution die Wahlbeteiligung ab, aber er erkannte an, daß die Sozialdemokratie nicht länger in der Passivität gegenüber dem preußischen Landtag verharren dürfe. Bebels Referat war eine eindringliche Vorführung der gesetzgeberischen Machtbefugnisse des Landtags in solchen Fragen, die für die Arbeiterklasse von größter Bedeutung sind, und lieferte damit der Sache nach eine schlagende Widerlegung der vorerwähnten Redensarten. Bebel befürwortete und der Kongreß beschloß eine energische Agitation für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht in Preußen ins Werk zu setzen. In der Parteipresse war allerdings vorher empfohlen worden noch stärker als bisher für Wahlenthaltung zu agitieren, wozu ich in einem zusammenfassenden Artikel in der *Neuen Zeit* bemerkt hatte, es könne dies nur die Wirkung haben den von der Reaktion mit dem Dreiklassenwahlssystem beabsichtigten Effekt noch zu steigern und so das System zu stärken anstatt es zu schwächen.⁴⁾ Und in der Tat brachten die Wahlen des Spätherbstes 1893 die Fraktion der Freisinnigen im preußischen Landtag noch unter die Zahl herab, die die bürgerliche Linke in der berüchtigten Landratskammer der Reaktionsjahre nach 1848 aufgewiesen hatte. Sie schmolz auf 20 Mitglieder zusammen, die Wahlrechtsversammlungen unserer Partei aber überstiegen in nichts das Maß der üblichen sozialdemokratischen Volksversammlungen. Wahlenthaltung und Wahlrechtskampf können nicht mit einander Hand in Hand gehen. Die eine ist Gift für die Begeisterung, die der andere erfordert.

Als dann im Jahr 1896-1897 die preußische Regierung, nachdem der Versuch gescheitert war im Reichstag ein neues Polizeigesetz gegen die Sozialdemokratie zur Annahme zu bringen, sich auf den preußischen Landtag als Retter verlegte, und es nur an 4 Stimmen hing, daß sie dort ihr Vorhaben (die sogenannte *ler Recke*) durchsetzte, brach sich auch bei den Männern der Praxis die Überzeugung Bahn, daß es nur sich selbst schädigen hieß, wenn man noch länger die Zusammensetzung des preußischen Landtags dem Zufall überließe. Auer und Bebel nahmen nun die Agitation für die Wahlbeteiligung in die Hand, und wie es ihnen gelang trotz der Opposition eines großen Teils der beliebtesten Parteiführer die Mehrheit der Partei für ihre Ansicht zu gewinnen, ist durchaus der Schilderung wert, kann aber hier übergangen werden. Es genügt die Tatsache zu verzeichnen, daß 4 Jahre nach dem Kölner Parteitag, der einstimmig die Wahlenthaltung für Pflicht jedes Parteigenossen erklärt hatte, der Parteitag von Hamburg /1897/ die Wahlbeteiligung für geboten erklärte, und weitere 3 Jahre später der Mainzer Parteitag /1900/ die Wahlbeteiligung den Parteigenossen zur Pflicht machte, welche Erklärung der Dresdener

⁴⁾ Siehe meinen Artikel *Mein Vorschlag und das Resultat der Diskussion darüber* in der *Neuen Zeit*, 1893-1894, 1. Band, pag. 72 ff.

Parteitag /1903/ durch Zustimmung zum Vorstandsbericht, der eine auf Grund ihrer ausgearbeitete Resolution über die Taktik bei den preußischen Landtagswahlen enthielt, ohne Widerspruch erneuerte.

Die Resolution des Kölner Parteitags begründete die Verpflichtung zur Wahlenthaltung damit, daß beim Landtagswahlssystem für die Sozialdemokratie Erfolge aus eigener Kraft ausgeschlossen seien, Wahlkompromisse aber den bisher beobachteten Grundsätzen der Partei widersprächen. Der Hamburger Beschluß, der die Wahlbeteiligung empfahl, enthielt den Zusatz: »Kompromisse und Bündnisse mit anderen Parteien dürfen nicht abgeschlossen werden.« Der Mainzer Beschluß, der die Wahlbeteiligung zur Pflicht machte, hatte dagegen einen Zusatz des Inhalts, daß die Parteigenossen in den einzelnen Wahlkreisen Abmachungen mit bürgerlichen Parteien »nicht ohne Zustimmung des Parteivorstands« treffen dürften, was die grundsätzliche Zulassung solcher Abmachungen bedeutete, und die vom Dresdener Parteitag gutgeheißen Resolution ging noch weiter und legte ganz bestimmte Regeln für solche Abmachungen fest.

Auf diese Weise hat die Partei Stein auf Stein aus der Mauer ausgebrochen, durch die sie in ihren Jugendjahren sich einen Weg versperrt hatte, der ihr schlechthin verderblich erschien, tatsächlich aber nur für unerfahrene und schwache Kämpfer Gefahren in sich schloß. Wer möchte heute noch behaupten, daß durch das Niederreißen jener Mauer die Sozialdemokratie irgendwelchen Schaden an ihrer Seele gelitten hat?

3 • AUSBLICK

An 3 allgemeinen Wahlen zum preußischen Landtag hat die Sozialdemokratie bis jetzt sich beteiligt: 1898, 1903 und 1908. Bei keiner dieser Wahlen aber hat ihr Eingreifen eine erhebliche Verschiebung im Mandatsbesitz der bürgerlichen Parteien zur Folge gehabt. Die Erklärung dafür ist nicht schwer zu finden. Im Jahr 1898 war der die Teilnahme an der Wahl empfehlende Beschluß, wie es in der betreffenden Resolution selbst ausgesprochen wurde, zu kurze Zeit vor der Eröffnung des Wahlkampfes gefaßt worden, als daß er eine allgemeine Beteiligung unserer Genossen hätte zur Folge haben können. Es handelte sich um einen ersten Versuch, an dem sich nur eine beschränkte Zahl von Wahlkreisen beteiligte. 1903 und 1908 aber machten Parteitagsbeschlüsse die Unterstützung bürgerlicher Parteien von der Verpflichtung zu Gegenleistungen in Form von Unterstützung unserer Kandidaten abhängig, und da die hierfür in Betracht kommenden liberalen Parteien jene Gegenleistungen nicht üben zu können erklärten, wurde ihnen die Zuwendung sozialdemokratischer Stimmen versagt. Infolgedessen ging die Zahl der freisinnigen Mandate, die im Jahr 1898 sich immerhin von 20 auf 36 gehoben hatte, sowohl 1903 wie 1908 wieder zurück. Bei den letzten beiden Wahlen hatte die Beteiligung der Sozialdemokratie statt Verminderung Vermehrung der Mandate der Konservativen im Gefolge.

Aus diesen Tatsachen geht eines mit unbedingter Sicherheit hervor: Wenn wir wollen, daß die jetzige konservativ-klerikale Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses bei der nun kommenden Wahl wesentlich geschwächt wird, so müssen wir darauf verzichten allgemein an der Verpflichtung auf Gegensei-

tigkeit als der Bedingung für unsere Unterstützung linksliberaler Kandidaten festzuhalten. Es gibt alsdann nur das eine: Rückkehr zu der Wahltaktik, die Leo Arons 1893, Auer und Bebel in den Jahren 1897-1898 empfohlen hatten, und die sich bei den Wahlen von 1898 auch in dem damals möglichen Maß bewährt hat. Wenn jetzt, am Vorabend des Preußentags, an verschiedenen Orten die Delegierten von vornherein darauf verpflichtet werden gegen die freihändige Unterstützung der Linksliberalen und für die Verpflichtung der zu unterstützenden Parteien zur Gegenseitigkeit zu stimmen, so sind sich die Genossen, die ihnen dies auferlegen, schwerlich dessen bewußt, daß sie damit von der auf Grund genauer Kenntnisse der deutschen Parteiverhältnisse von Bebel und Auer in den Jahren 1897-1898 so wirksam verfochtenen Politik auf gerade den schwachen Punkt in meinem Vorschlag vom Jahr 1893 zurückfallen.⁵⁾

Im Ausland lebend hatte ich es für möglich gehalten die Freisinnigen zu einer Politik der Gegenseitigkeit bei den Abgeordnetenwahlen gewinnen und gegebenenfalls nötigen zu können. Die Genossen aber, die im Land saßen, erklärten das sämtlich für ausgeschlossen. Ich habe einen sehr hübschen Brief Auers aus dem Jahr 1897 im Besitz, worin unser verstorbener Genosse mir in seiner drastischen Weise auseinandersetzte, daß Wahlbeteiligung unserer Partei mit der Parole an die Adresse der Freisinnigen *Gegenseitigkeit oder wir stimmen nicht für euch!* faktisch darauf hinauslaufe auch noch den letzten Freisinnigen aus dem Landtag hinauszubringen und durch einen Konservativen zu ersetzen. Das war extrem zugespitzt, aber, wie die Erfahrung gezeigt hat, im Kern durchaus richtig. Wir können die Wähler der Freisinnigen nicht auf diese Weise politisch erziehen, und der Versuch es doch zu tun geht unter Umständen auf unsere Kosten.

In den Versammlungen, die sich mit der Bekämpfung des Vorschlags befaßten die Fortschrittler bei der bevorstehenden Landtagswahl unbekümmert um die Frage der Gegenleistung in Mandaten zu unterstützen, hat man diese Idee dadurch unschmackhaft zu machen versucht, daß man sie als Zumutung einer selbstlosen Unterstützung der Liberalen bezeichnete. Das Wort ist aber so unangebracht wie nur möglich. Nicht aus Liebe oder Barmherzigkeit sollen die Linksliberalen unsere Stimmen erhalten sondern aus Gründen der Politik, das heißt des politischen Interesses. Die Sozialdemokratie hat ein Interesse daran die konservativ-klerikale Mehrheit bei diesem elenden Wahlrecht zu reduzieren, und da wir nur auf eine mäßige Vermehrung unserer eigenen Mandate rechnen können, steht uns für diesen Zweck kein anderes Mittel zur Verfügung als Unterstützung der Linksliberalen gegen die Konservativen der verschiedenen Schattierungen. Wer das Interesse unserer Partei und der Arbeiterschaft im allgemeinen an einer andern als der jetzigen Machtverteilung im preußischen Landtag bestreitet, der handelt nur folgerichtig, wenn er sich gegen jene Politik wendet. Wer aber anerkennt, daß ein solches Interesse besteht, und nicht nur die Rücksicht auf die Wahlrechtsfrage sondern auch dringende Bedürfnisse unserer Gemeindepolitik, des Schulwesens, die Lage der vom Staat abhängigen Angestellten und Arbeiter (ein Punkt, auf den ich schon 1893 hinwies, der aber seitdem zur brennenden Frage geworden ist) machen es geradezu unmöglich ein solches Interesse zu leugnen; wer also zugibt, daß die Sozial-

⁵⁾ Mit einigen Einschränkungen tut dies auch die Resolution über die Wahltaktik, die die Landeskommision der Sozialdemokratie Preußens dem Preußentag unterbreitet, die dieser aber hoffentlich amendieren wird.

demokratie an einer starken Verschiebung der Mandatsverteilung von der Rechten auf die Linke ein sehr lebendiges Interesse hat, der handelt recht wenig logisch, wenn er die Idee einer freihändigen Abgabe unserer Stimmen für die Kandidaten der Linksliberalen bekämpft.

Man kann nicht zwei wesensverschiedene Arten von Politik in einem und dem selben Wahlkampf machen. Wesensverschieden sind aber die Politik der Verpflichtung der Linksliberalen auf Gegenleistungen in Mandaten und die Politik der möglichsten Schwächung der konservativ-klerikalen Landtagsmehrheit. Ich brauche nicht erst zu erklären, daß ich durchaus kein grundsätzlicher Gegner der erstgenannten Politik bin. Bei meinem Vorschlag vom Jahr 1893 ging ich von dem Gedanken an sie aus, und in den Jahren 1903 und 1908 habe ich zugestimmt, daß man es mit ihr versuche. Bei beiden Wahlen hat sich aber ergeben, daß sie auf großer Basis undurchführbar ist. Die Bereitwilligkeit der freisinnigen Parteiführung vorausgesetzt (und eine stärkere Neigung dazu als früher darf man nach den Vorgängen der diesjährigen Reichstagswahl immerhin voraussetzen) scheidert sie vor deren unzulänglicher Macht über ihre Wahlmänner und Urwähler. Die sind in ihrer großen Mehrheit noch nicht so weit, und auf sie kommt es doch vor allem an. Nur in einigen städtischen Wahlkreisen, wo wir aus eigener Kraft so viel Wahlmänner für unsere Kandidaten gewinnen, daß schon eine Minderheit der freisinnigen Wahlmänner genügt den Sieg unserer Kandidaten herbeizuführen, kann man die Verpflichtung zur Unterstützung unserer Kandidaten als eine Probe auf den guten Willen der Freisinnsführer betrachten, und demgemäß können wir unser Verhalten einrichten. Aber das sind Ausnahmen, die für die Landespolitik im Großen nicht bestimmend sein können. Auf den ganzen Staat übertragen würde diese Mandatspolitik nur dazu führen, daß einer unverkennbaren Strömung in der Wählerschaft nach links die Rückwirkung auf die Machtverhältnisse im preußischen Landtag vorenthalten bleibt. Wollen wir die Gunst des Augenblicks nicht unbenutzt vorübergehen lassen, so müssen wir uns zu der andern Politik entschließen, bei der die Verminderung der konservativ-klerikalen Mandate für unser Verhalten den Ausschlag gibt.

Gewiß ist die Durchführung dieser Politik keine sehr einfache Sache. Sie erfordert sorgfältige Vorarbeit, weil in vielen Fällen schon die Taktik bei den Urwahlen nach ihr eingerichtet werden muß. Insbesondere müssen die Geister auf sie vorbereitet werden, damit unsere Genossen sie mit jener Energie zur Durchführung bringen, die nötig ist, um bei diesen verzwickten Wahlen durch sie das zu erzielen, was ihr Zweck ist. Aus diesem Grund ist es auch nicht angängig die Bestimmung unserer Taktik bis zum Beginn der Wahlen oder bis nach den Urwahlen hinauszuschieben. Wird bis dahin gewartet, so würde bestenfalls nur ein Teil dessen verwirklicht werden, was erzielt werden kann, wenn wir schon jetzt unsere Entscheidung treffen.

Es handelt sich ja nicht um uns allein. Wer die Wahlstatistiken der letzten und früheren Landtagswahlen Preußens durchsieht, der wird finden, daß die Freisinnigen seit längerer Zeit nur in einer überraschend kleinen Zahl von Wahlkreisen ernsthaft den Kampf aufgenommen haben, daß sie Wahlkreise, die bei den Reichstagswahlen ihnen ganz ansehnliche Minderheiten gebracht hatten, bei der Landtagswahl fast ohne Kampf den Konservativen überließen. Das erklärt sich aus der Natur des Landtagswahlrechts, das bürgerlichen Parteien

mit ihrer losen Organisation die Aufstellung von Zählkandidaturen wenig zweckmäßig erscheinen läßt. Wo die Freisinnigen des Sieges nicht schon ziemlich sicher waren, haben sie auch keine Kraftanstrengung gemacht die möglichst große Zahl von Wahlmännern durchzusetzen. Lassen wir es nun zunächst bei der Wahltaktik von 1903 und 1908 bewenden, so ist mit Sicherheit anzunehmen, daß auch die Volksparteiler diesmal nicht viel anders verfahren als bisher. Das würde aber bedeuten, daß in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen, in denen wir einen erheblichen Teil der Wahlmänner durchsetzen, die Frage *Unterstützung der Volksparteiler oder nicht?* dadurch gegenstandslos wird, daß keine Volksparteiler zu unterstützen da sind. Beispiele dafür lassen sich zur Genüge erbringen. Soll es anders werden, so müssen die Volksparteiler veranlaßt werden in erheblich mehr Wahlkreisen den Kampf aufzunehmen als bei früheren Wahlen. Und das kann nur dadurch geschehen, daß wir schon jetzt uns zu der Politik entschließen, die den Volksparteilern die Gewißheit gibt, daß die Vermehrung ihrer Kandidaturen nicht auf zwecklose Zersplitterung ihrer Kräfte hinausläuft.

Hier liegt die für die Bestimmung unserer Politik wichtigste Frage. Sie ist (das sei ausdrücklich betont) ebenso an die Adresse der Volksparteiler wie an uns selbst gerichtet. Nicht danach können wir vernünftigerweise unsere Politik bestimmen, ob die Volksparteiler sich zu etwas verpflichten, was zurzeit noch gegen die Natur ihrer Wähler ist. Wir können aber sehr wohl unsere Unterstützung davon abhängig machen, daß die Volksparteiler sich dazu verpflichten für sich selbst den Kampf in viel mehr Kreisen ernsthaft aufzunehmen als bisher. Nur wenn die Aussicht da ist der konservativ-klerikalen Allianz durch sie starke Verluste beizubringen, wird der sozialdemokratischen Wählerschaft es lohnend erscheinen für die hier entwickelte Taktik die nötigen Opfer an Zeit und Mühe zu bringen.

Ich fasse die Grundzüge dieser Taktik dahin zusammen: Mit Ausnahme derjenigen Wahlkreise, wo nur die Linksliberalen ernsthaft gegen uns in Betracht kommen, und solcher Kreise, wo das Stimmenverhältnis der Wahlmänner ein gleiches oder annähernd gleiches ist wie 1908 in Breslau, Unterstützung der Linksliberalen gegen die Parteien der Rechten bei den Urwahlen und den Abgeordnetenwahlen ohne Rücksicht auf Gegenseitigkeitsdienste.

XX
**MAX SCHIPPEL · AGRARPOLITISCHE AUFGABEN
 IN PREUSSEN**

AIE letzten Monate und Jahre abnormer, kaum so bald wiederkehrender landwirtschaftlicher Preisbildung, haben wenigstens das eine Gute gehabt, daß sie die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf Agraraufgaben hinlenkten, die längst einer energischen Inangriffnahme harrten, die auch immer wieder von näherinteressierten und weiterblickenden Praktikern und Theoretikern zur Lösung empfohlen und vorbereitet wurden, die jedoch bisher stets auf einen verblüffend starken geistigen Trägheitswiderstand stießen. Und leider muß man hinzusetzen: auf den stärksten Trägheitswiderstand gerade in solchen städtischen Schichten, die sonst so gern auf ihre fortschrittlichen Anschauungen hinweisen, und die nunmehr erst

durch die Not der Gegenwart langsam zu ernsterm agrarpolitischen Nachdenken und Nachprüfen erzogen werden.

Die großen Grundlinien dafür, in welcher Richtung sich die nächsten agrarpolitischen Reformen aller Wahrscheinlichkeit nach vollziehen werden, lassen sich meines Erachtens schon seit längerer Zeit ziemlich deutlich erkennen, und die hier ausschließlich ins Auge zu fassende Betätigung im einzelstaatlichen Rahmen, vor allem Preußens, kann glücklicherweise unter Meinungsverschiedenheiten viel weniger leiden als die Parteiwirksamkeit auf dem Reichsgebiet. Vor welcher Art von dauernder oder vorübergehender Auslandskonkurrenz stehen die wichtigsten landwirtschaftlichen Produktionszweige Deutschlands? Ist der vorbeugende und abwehrende Seuchenschutz im Ausland genügend entwickelt, um bei verheerenden ansteckenden Krankheiten die Übertragungsgefahr im internationalen Verkehr nicht größer als im Inlandsverkehr erscheinen zu lassen? Wie weit verbürgen die ausländischen Schlachtkontrollen den konsumierenden Massen die gleiche Gesundheitssicherung wie unsere hochentwickelte, verhältnismäßig sehr scharfe Fleischbeschaugesetzgebung? Das alles sind heiß umkämpfte Streitfragen der Reichspolitik, und man stößt bei ihnen jedesmal sofort auf unversöhnlich weit auseinandergelungene Urteile. Bei den Entscheidungen und Schritten, die vorwiegend den Einzelstaaten vorbehalten bleiben werden, zeigt sich von vornherein eine viel größere Annäherung und Übereinstimmung, so daß die Brücke von bloß agitatorischer Befürwortung bis zu tatsächlicher Verwirklichung leichter als sonst zu schlagen sein wird.

In erster Linie gilt dies wohl von der inneren Kolonisation. Der Widerstand der extremsten Rechten wie der äußersten Linken ist hier allmählich sichtbar schwächer und schwächer geworden, so daß einem entschlossenen Vorgehen geringere Hindernisse als je entgegenstehen. Noch 1909 beklagte Freiherr von Wangenheim, der selber seit langem ein unermüdlicher Förderer dieser ganzen Reformbewegung war, den »mindestens passiven, vielfach aber auch direkt aktiven Widerstand gegen die innere Kolonisation in sehr weiten Kreisen des Großgrundbesitzes«. Heute hat sich diese kleine, aber einflußreiche Gruppe bereits mehr und mehr in das offenbar Unvermeidliche fügen gelernt, oder sie schickt sich wenigstens an dies zu tun. Die Regierung läßt den bekannten Vortrag, in dem Professor Sering am 10. Februar vor dem Landesökonomiekollegium ein großzügiges Kolonisationsprogramm entwickelte, überall zur Verbreitung empfehlen. Nach den jüngsten Nachrichten gedenkt sie in nächster Zeit 25 Millionen vom Landtag zu fordern: 12 Millionen für Kultivierung der fiskalischen Hochmoore in Ostfriesland, 10 Millionen für erweiterte Stammeinlagen des Staats bei den gemeinnützigen Siedelungsgesellschaften in Ostpreußen, Pommern und Brandenburg sowie zur Erhöhung des Zwischenkredits, der zwischen dem Ankauf des Guts und seiner Besiedelung gewährt wird; weitere 3 Millionen würden für die Domänen in Frage kommen, die mehr als bisher zur Aufteilung herangezogen werden sollen. Die bürgerliche Linke endlich hatte wegen ihrer Gegnerschaft gegen den Großgrundbesitz von jeher eine stärkere Hinneigung zur Vermehrung der Bauernsiedelungen. Der Widerstand speziell gegen die Polengesetzgebung brachte für einige Zeit einen allgemeinen Rückschlag. Schon seit Jahren jedoch darf dieser als überwunden gelten; einige der sachkundigsten und lebhaftesten Vertreter des Siedelungsgedankens sind gerade auf dieser Seite der parlamentarischen Linken zu finden. Der letzte Mannheimer Parteitag der

fortschrittlichen Volkspartei setzte schließlich nur das bestätigende Siegel unter diese ganze Entwicklung, indem er einstimmig beschloß:

»Um die Versorgung mit tierischen Nahrungsmitteln dauernd sicherzustellen, ist es unumgänglich durch eine großzügige innere Kolonisation die landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetriebe, die Träger der Viehzucht, erheblich zu vermehren.«

Und unsere eigene Partei? Die schönen Tage sind längst dahin, da wir diese, wie jede andere Reform, nur danach bewerteten: ob etwa irgendwelches neues produktives Privateigentum entstände und mit dem allgemeinen zukunftsstaatlichen Kollektiveigentum an den Produktionsmitteln irgendwie in Widerstreit zu geraten drohe. Am Ende hat sich doch die Überzeugung auch bei uns durchgerungen, daß die möglichst zweckentsprechende und reichliche Lebensmittelversorgung in der Zwischenzeit, bis zur Erreichung des Endziels, immerhin nicht ohne Bedeutung sei, und daß uns hier vorläufig weiter nichts übrig bleibe als an die Produktionsverhältnisse und Entwicklungserfahrungen der Gegenwart anzuknüpfen.¹⁾ Noch in seiner *Agrarfrage* warnte K. Kautsky davor angesichts der auf absehbare Zeit unaufhaltsam dauernd sinkenden Grundrente an staatliche Meliorationen zu denken, es sei denn nicht eigentlich für landwirtschaftliche Produktionszwecke sondern »im öffentlichen Interesse, etwa bei der Verbesserung des Klimas durch Trockenlegung eines Sumpfes, Schaffung eines Verkehrswegs durch einen Kanal«:

»Nicht nur die Rücksicht auf das Proletariat spricht gegen die Aufwendung von öffentlichen Mitteln zu Kulturarbeiten, die nicht im öffentlichen Interesse dringend geboten sind, sondern auch die Rücksicht auf die Rentabilität dieser Arbeiten. Es sieht ja sehr kulturfreundlich aus, wenn man etwa von Moorkultur oder der Gewinnung von Meeresboden für den Ackerbau spricht, aber es ist offenbar, daß derlei


¹⁾ Am 5. November 1912, bei der Beratung des nationalliberalen Antrags Ecker (Winsen), der die Regierung ersucht den Fonds zur Förderung des Obst- und Gemüsebaus um 100 000 Mark zu erhöhen, »um durch planmäßigen Massenanbau von Obst und systematische Förderung des garten- und feldmäßigen Gemüsebaus in hierfür durch Bodenbeschaffenheit und Lage zu großen Absatzmärkten besonders geeigneten Gegenden der ausländischen Konkurrenz wirksamer als bisher entgegenzutreten«, sang der Genosse Adolf Hoffmann, den zweifellos jedermann zu dem strengmarxistischen Flügel der Partei rechnen wird, sogar ein hohes Lied auf den sogenannten *Kleinkameruner* Obstbau in der Nachbarschaft unserer großen Städte: »Meine Herren, der Obst- und Gemüsebau könnte in unserm Vaterland längst weiter gedeihen sein. Wenn man die Unterstützung der Landwirtschaft, die Unterstützung der Gärtnereibetriebe richtiger durchgeführt hätte, dann würden wir auf bessere Erfahrungen zurückblicken können, und wir hätten bereits in der Beziehung mehr Erfolge. Es ist bedauerlich (und da stimme ich mit den Herren Vorrednern überein, die auch darauf hingewiesen haben), wie wenig Gemüse in Deutschland zur Nahrung des Volkes verwandt wird. Am besten können Sie sich davon überzeugen dadurch, daß in den Restaurants, auch in dem unstrigen, eigentlich von Gemüse kaum noch die Rede ist . . . Man spricht immer vom Zug *in die großen Städte*. Man kann ganz gut jetzt auch vom Zug aus den Großstädten auf das Land hinaus sprechen. Ich habe schon einmal bei einer ähnlichen Sache Gelegenheit gehabt darauf hinzuweisen, daß eine ganze Reihe von Arbeitern ihre wenigen mit Mühe und Not zusammengebrachten Ersparnisse anlegen und kleine Parzellenbesitzer werden und so rings um Berlin aus Sandwüsten blühende Obstgärten geschaffen haben. Es müßte nicht nur der Massenanbau in dem Sinn, wie Sie das meinen, gefördert werden sondern auch die Obstkultur und die Gemüsekultur im kleinen unterstützt werden. Aber das Gegenteil ist der Fall. Ja, man ist drauf und dran es den kleinen Leuten in jeder Weise zu erschweren. Sie können sogar in der nächsten Umgegend von Berlin sehen, daß es Amtsvorsteher gibt, die große Parkanlagen wüst darniederliegen lassen, so daß in diesen eine Raupennestplage förmlich gezüchtet wird, die sich dann auf die benachbarten Obstgärten überträgt. Den kleinen Leuten sollte Hilfe gebracht werden, aber man hat statt dessen noch eine Art von Schikanierung dieser kleinen Parzellenbesitzer vorgenommen, die sehr bedauerlich ist . . . Meine Herren, ich sage: Wir sind ebenso zu haben für einen systematischen Massenanbau des Obstes wie für energische Förderung des Garten- und Gemüsebaus . . . Wenn wir den Gemüsebau und die Obstzucht wirklich fördern und von Staats wegen unterstützen wollen, sollten wir vom Ausland lernen, Amerika hat zum Beispiel in der Gemüsezucht etwas getan, was Preußen nachahmen sollte. In Amerika gibt es staatliche Samenzüchtereien. Die Gemüse- und Blumensamen werden alle Jahre an die Farmer, an die Anbauer zum großen Teil unentgeltlich versandt . . . Wir würden der Landwirtschaft, vor allen Dingen dem kleinen Anbauer, einen Dienst tun, wenn wir ihm in ähnlicher Weise durch staatliche Einrichtungen helfen würden . . . Wir sind gern bereit alles zu bewilligen, was zu diesem Zweck notwendig ist.«

Arbeiten (ausgenommen, wie gesagt, solche, die öffentlichen Zwecken, etwa der Hygiene usw., dienen) nur dann in Angriff zu nehmen sind, wenn sie einen Überschuß über die Kosten der Arbeit abzuwerfen versprechen. . . . Besondere Vorsicht ist aber heute in der Periode der *sinkenden Grundrente* geboten. Eine Zeit, in der die kapitalistische Akkumulation tagtäglich neue ungeheure Flächen des fruchtbarsten jungfräulichen Bodens außerhalb Europas dem Verkehr eröffnet, in der in Europa selbst fruchtbarer Ackerboden in Viehweide, ja in Wald zurückverwandelt wird, ist gerade nicht am geeignetsten dazu große Kosten aufzuwenden, um mühsam einige Flecken unfruchtbarer Terrains in Kulturland zu verwandeln.«²⁾

Die Grundrente hat sich, wie man weiß, letzthin durchaus nicht nach dieser programmgewollten Ordnung gerichtet, und die Parteiliteratur selber ist längst andere Wege gegangen. Die ersten tiefergehenden Darlegungen Dr. Eduard Davids zündeten zwar noch wenig. Dennoch schrieb bereits Mitte Januar 1907 der Parteivorstand in seinem Wahlmanifest:

»Wir haben in Deutschland noch über 4 Millionen Hektar Moor- und Unland, das mit Aufwendung entsprechender Mittel in Acker- und Gartenland verwandelt werden könnte, auf dem 400000 Bauernfamilien mit à 10 Hektar Land = 40 Morgen oder 40000 Ackerbaugenossenschaften à 100 Hektar Land angesiedelt werden könnten. Und das Reich würde hierbei seine Aufwendungskosten bei Heller und Pfennig und mit Zins zurückerstattet erhalten.«³⁾

Und an der Wende von 1911-1912 forderte der Fraktionswahlauf Ruf sogar neben »Urharmachung der Moore, des Sumpf-, Öd- und Unlands« auch »innere Kolonisation zwecks Steigerung der Erzeugung von Lebensmitteln«. Die Mehrheit für eine großzügige Innenkolonisation ist daher überraschend schnell gewachsen, und es müßte seltsam zugehen, wenn die Sozialdemokratie bei der nähern Ausgestaltung dieses Programms nicht, wie bei anderen sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, einen vorwärtstreibenden Einfluß sollte gewinnen können. Zugleich wäre dies ein wohlverdienter persönlicher Erfolg unseres Genossen Dr. Arthur Schulz, der unablässig diese Agrarreform verfochten hat, und den wir heute auf diesem Gebiet ruhig als Ebenbürtigen neben den hervorragendsten Sachkennern anderer Parteien und Interessenschichten nennen dürfen.

 IN zweiter, mit der Agrarpolitik eng zusammenhängender Fortschritt, der wenigstens mittelbar durch Unterstützung seitens der einzelstaatlichen Verwaltung und Gesetzgebung wesentlich gewinnen könnte, wäre die Schaffung und Ausgestaltung einer dauerndern Verbindung zwischen ländlichen Produktionsgruppen und städtischen Konsumentenschichten, wie sie ja auch in dem bundesrätlich-preußischen Regierungsprogramm zur Milderung der Fleischteuerung in wohlüberlegter Absicht und mit vollem Recht in den Vordergrund gerückt war. Und leider wiederholt sich gerade hier die Wahrnehmung, daß die vermeintlich so rückständigen agrarischen Kreise längst aufgestanden waren, als die angeblich so fortschrittlichen städtischen Antiagrariere noch immer in ihrem friedlichen *laissez aller*-Schlaf nicht gestört sein wollten; was sie im Grunde, wenigstens in ihrer überwältigenden Mehrzahl, heute noch als unerschütterliches Prinzip ihrer städtischen Lebensmittelpolitik verkünden, trotz aller aufmunternden Rippenstöße von oben, seitens der Regierungen, und von unten, seitens der agrarischen Produzenten und der konsumierenden Schutzbefohlenen.

²⁾ Siehe Kautsky *Die Agrarfrage* | Stuttgart 1899 I, pag. 395 ff.

³⁾ Siehe den Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstands im *Vorwärts* vom 15. Januar 1907.

Genosse Dr. Hugo Lindemann hat hier in den *Sozialistischen Monatsheften* un-
aufhörlich zu kommunalem Eingreifen in die Zufuhr und Preisbewegung von
Milch, Fleisch und ähnlichen Waren des Massenverzehr angeregt. Was er
auf diesem Gebiet als gewissenhafter Chronist an tatsächlichen Errungen-
schaften verzeichnen konnte, war blutwenig, so daß er beispielsweise noch am
27. Oktober 1910 schrieb:

»Die Frage der Stuttgarter Milchversorgung [ist] für längere Zeit auf das tote
Geleis geschoben. Ganz die gleichen Verhältnisse bestehen auch auf dem Gebiet der
Fleischversorgung. Wenn man die zahlreichen Beschlüsse, die in den Städten in
Sachen der Fleischnot gefaßt worden sind, ins Auge faßt, so laufen sie alle darauf
hinaus ein Eingreifen des Reichs oder der Bundesstaaten zu veranlassen. . . . Kaum
irgendwo aber haben sich die städtischen Kollegien ernstlich die Frage vorgelegt, was
sie selbst tun könnten, um der Fleischteuerung, zwar nicht momentan, aber doch für
die Zukunft, zu begegnen. Auch hier kommt, wie bei der Milchversorgung, . . . ein Mittel
in Frage: die Vermehrung der Produktion durch eigene Initiative und die Ein-
richtung von Gemeindegeländereien, um durch sie einen Einfluß auf die Preisgestal-
tung des Fleisches zu gewinnen, soweit diese durch die Tätigkeit des Metzgergewerbes
bedingt ist. Bei der Vermehrung der Produktion wird es sich hauptsächlich um die
Aufzucht und Mastung von Schweinen handeln, für die in den städtischen Küchen-
abfällen große Futtermengen zur Verfügung stehen. Die Vorschläge, die von ver-
schiedenen Seiten in dieser Richtung gemacht worden sind, und die Versuche der
Charlottenburger Gesellschaft, der Städte Berlin, Karlsruhe, Lübeck usw., der
Harperner Bergwerks-Gesellschaft sind höchst beachtenswert. . . . Die Städte sollten
ihre reichen finanziellen Mittel im Interesse der Fleisch- und Milchversorgung ihrer
Einwohner dazu verwenden größere Landkomplexe in billiger Lage, also nicht in
unmittelbarer Nähe der Städte, zu erwerben, um hier in rationeller Anwendung
intensivster Wirtschaft Schweine- und Rindviehzucht und Mastung zu betreiben. Mit
derartigen Einrichtungen würden sie sicherlich größere Erfolge erzielen als wenn sie
sich darauf beschränken Petitionen an Reichs- und Staatsbehörden zu richten, von
denen sie von vornherein wissen, daß sie nur Aktenpapier bleiben werden.«⁴⁾

Noch wichtiger und aussichtsreicher als die eigene kommunale Produktions-
betätigung ist jedoch zweifellos, allenfalls mit Vergünstigungen seitens des
Staates und der Staatsbahnverwaltungen, der regelmäßige, langfristige Ab-
schluß mit leistungsfähigen Lieferorganisationen des Inlands, wie man jetzt,
mit Reichsbeihilfen, einmalig und vorübergehend Fleisch für eigene kommunale
Rechnung aus dem Ausland bezogen und (auf Anregung des Reiches, da sonst
die gewährten Beihilfen wieder hinfällig werden!) »ohne jeden Gewinn für
die Gemeindekasse entweder an die Verbraucher selbst oder, unter der Bedin-
gung des unmittelbaren Verkaufs an die Verbraucher, zu bestimmten Höchst-
preisen an Fleischverkäufer abgegeben« hat. »Die von den Verbrauchern zu
zahlenden Preise und die den Weiterverkäufern vorzuschreibenden Höchst-
preise werden«, wie die im *Reichsanzeiger* vom 23. Oktober 1912 publizierten
Grundzüge des Bundesrats bestimmen, »von der Gemeindebehörde festgesetzt.«

Die großen landwirtschaftlichen Verwertungsgenossenschaften und auch die
agrарischen, freien und amtlichen Landwirtschaftsvertretungen haben immer
und immer wieder die Beschreitung eines ähnlichen Weges empfohlen. So
erst neuerdings wieder, neben einer Reihe anderer agrарischer Organisationen,
der Landwirtschaftsrat in seinen Vorstandsbeschlüssen vom 22. Oktober 1912:
»Von den Stadtverwaltungen ist zu fordern, daß sie die Hand dazu bieten (zum Zweck
des Ausgleichs der Preise), langjährige Viehlieferungsverträge mit leistungsfähigen
Viehverwertungsgenossenschaften oder ähnlichen Verbänden abzuschließen, auf Grund
deren diese Verbände Schlachtvieh zu einem mäßigen festen Durchschnittspreis an
die Stadtverwaltungen oder geeignete städtische Organe (Fleischerinnungen, Schlächter-

4) Siehe die Rubrik *Kommunalpolitik* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1910, 3. Band, pag. 1453 f.

verbände usw.) zu liefern haben, wie solche Verträge bereits verschiedenen größeren Stadtverwaltungen angeboten wurden.«

Aber nur einzelne Städte haben sich bei etwaigen Angeboten zu einem Zugreifen bequemt. So hat nach Professor Dr. H. Dade die Stadt Ulm mit einer Schweinezuchtgenossenschaft, die in der Nähe der Stadt von Landwirten gegründet ist, einen Vertrag geschlossen, nach dem die agrarische Genossenschaft jährlich 2000 Schweine im Gewicht von je 110 Kilogramm, das sind 10 % des jährlichen Schweinefleischkonsums, zum festen Preis von 50 Mark für den Zentner Lebendgewicht, zunächst auf 5 Jahre, zu liefern hat:

»Die Stadt selbst gibt die Schweine an Schlächter ab, die sich verpflichten das Fleisch zum festen Ladenpreis zu verkaufen, der nach dem obigen Einkaufspreis etwa 75 bis 80 Pfennig für das Pfund betragen würde. Vielleicht liegt hierin ein Fingerzeig, in welcher Richtung sich die Organisation weiter zu bewegen hat. Der Landwirtschaft ist jedenfalls mit mittleren, festen Preisen mehr gedient als in der Ungewißheit über den Preis züchten und mästen zu müssen.«⁶⁾

Bekanntlich haben auch unsere Konsumentgenossenschaften, mit Heinrich Kaufmann als ihrem befähigtesten Führer voran, ähnliche Verbindungen ins Auge gefaßt, und weniger die produzierende Eigenlandwirtschaft der Konsumentenverbände. Dagegen bleiben unsere kommunalen Standpatter hartnäckig dabei:

»Wir können es nicht als die Aufgabe deutscher Stadtverwaltungen ansehen dauernd in die Preisgestaltung von Lebensmitteln einzugreifen und die Mängel der Wirtschaftspolitik durch kommunale Maßnahmen auszugleichen.«⁶⁾

Selbstverständlich haben die Stadtverwaltungen diese Aufgabe, und es wird in Preußen nicht an Gelegenheit fehlen sie gegebenenfalls zur Erfüllung dieser Pflicht anzuhalten.



AR manches, ganz oder vorwiegend die Landwirtschaft und ländliche Kreise berührende Problem ließe sich noch anführen, das während der nächsten Jahre im Einzelstaatsleben voraussichtlich eine große Rolle spielen wird. Kurz erwähnt sei nur die unvermeidliche Neuregelung der steuerlichen Lastenverteilung zwischen leistungsschwächeren agrarischen und leistungsfähigeren städtisch-industriellen Gemeinden und ganzen Landesstrichen.

Wir Sozialdemokraten haben früher eigentlich mit größerem Eifer derartige Fragen erörtert, damals allerdings meist mit der Schlußfolgerung, daß schreiende Ungleichheiten in der kommunalen Belastung nur einen Ausweg gestatteten: die Übernahme der wichtigsten, bisher den Gemeinden zugewiesenen Aufgaben auf den Staat. Verstaatlichung des Schulwesens, Verstaatlichung der Armenpflege waren in den siebziger und achtziger Jahren einige unserer beliebtesten Forderungen, um steuerschwache Industriearbeiter- und Landgemeinden aus erdrückender Überbürdung zu befreien. Die neuere Entwicklung hat, um nicht die kommunale Selbstverwaltungsbetätigung an der Wurzel zu treffen und auf eine immer schmalere Grundlage zu beschränken, mehr und mehr einen andern Weg eingeschlagen. Sie sucht die schwächer ausgerüsteten Gemeinden mit staatlichen Beihilfen zu stützen: Beihilfen, zu denen naturgemäß die stärkeren Staatssteuerkräfte der *Vorzugsgemeinden* und *Vorzugsgebiete* mehr als die schwächeren Staatssteuerzahler der weniger begünstigten Landesteile beitragen; man sucht jedoch die alten Aufgaben alsdann nach Möglichkeit weiter der kommunalen Selbstverwaltung und der dezentralisierten Durchführung zu überlassen.

⁶⁾ Siehe Dade *Die Ernährungsfrage keine Parteilfrage* in der *Wache* vom 5. Oktober 1912.

⁷⁾ Siehe die *Eingabe des deutschen Städtetags an den Reichskanzler* vom 23. Oktober 1912.

Wir Sozialdemokraten kennen die erwähnten Ungerechtigkeiten und die Anläufe zu ihrer Milderung heute vorwiegend aus den Verhältnissen zwischen reicheren städtischen Zentren und ärmeren Industrievororten. So weiß der Arbeiter und Steuerzahler in der Umgebung Berlins, daß in Ortschaften, in denen große Einkommen kaum vertreten, die breiten Lohnarbeitermassen jedoch fast alles sind, die Nettoausgaben für die Volksschule das ganze Staatseinkommensteuersoll mitunter weit überragen. Beispielsweise betragen sie (nach den Etats für 1910) in Neukölln 116,2 %, in Tegel 141,7, in Lichtenberg 159,8, in Weißensee 185,8, in Reinickendorf 190,8, in Boxhagen-Rummelsburg 208,6 % dieser staatlichen Grundsumme, die man im allgemeinen als Gradmesser der ganzen steuerlichen Leistungsfähigkeit ansehen kann. Der gleiche Kontrast, wie hier im engern städtisch-gewerblichen Bereich wiederholt sich jedoch nochmals auf großer Stufenleiter zwischen Stadt und Land im allgemeinen. Selbst nachdem die schlimmsten agrarischen Notstandsjahre hinter uns liegen, fließt weitaus der größte Teil der nationalen Großeinkommensvermehrung, der rapiden Mehrwertssteigerung noch immer den städtisch-gewerblichen Landesteilen und Zentren zu, und die Zuweisung der gleichen Aufgaben seitens des Staates an Stadt und Land wird immer wieder von Zeit zu Zeit eine größere Reform der steuerlichen Lastenverteilung unvermeidlich machen, wenn man nicht zu unserer alten Forderung zurückkehren will: zur Übernahme der zu erfüllenden Aufgaben selber, ganz oder zum Teil, auf den zentralen Staats- und Staatssteuerapparat. Man weiß, wie unsere Genossen in Württemberg, in Sachsen soeben wieder vor solchen Entscheidungen stehen. Sie beschäftigen auch die bürgerlichen Parteien in Preußen seit langem auf das lebhafteste, und wir werden gut tun auch hierzu in Preußen zu rechter Zeit Stellung zu nehmen.

XX

ARTHUR SCHULZ · DIE DEUTSCHEN LANDARBEITER UND IHRE GEWERKSCHAFT

I



IT einigen Jahren ist die Landarbeiterfrage in Preußen aus dem Stadium der wissenschaftlichen Enqueten, wie sie vom *Verein für Sozialpolitik* und vom *Evangelischsozialen Kongreß* veranstaltet wurden, der Aufklärung über das Tatsächliche, wie sie alljährlich auf den instruktiven Landarbeitsausstellungen der *Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft* geboten wird, und der von dem anerkenneunswerten Idealismus Sohnrays getragenen Bestrebungen des *Deutschen Vereins für ländliche Wohlfahrts- und Heimatspflege* herausgetreten und Betätigungsfeld großer zukunftsreicher wirtschaftspolitischer Organisationen geworden. Ein Arbeitgeberverband und eine Arbeitergewerkschaft sind entstanden und erstarkt, und gegenüber diesen neuen Eindringlingen haben sich vor kurzem die das platte Land bisher beherrschenden alten Mächte zu gemeinsamer Abwehr zusammengeschlossen. Zunächst wurde 1908 in Nordwestdeutschland der *Deutsche Arbeitgeberverband für die Landwirtschaft* gegründet mit dem Ziel sämtliche landwirtschaftlichen Arbeitgeber in ganz Deutschland zusammenzuschließen, um den Arbeitsmarkt zu überwachen und (eine sehr gefährliche, die Landflucht noch künstlich fördernde Zweckbestimmung) Kontraktbrüchige von der Arbeitsvermittlung auszuschließen. Der Verband zählte im Januar 1911 bereits 10 000 meist in Schleswig-Holstein, Nordhannover und Mecklenburg angesessene Mit-

glieder, in deren Interesse 14 eigene Arbeitsnachweisstellen tätig waren. Ein Jahr später nahm die gewerkschaftliche Landarbeiterbewegung, die schon lange im Schoß der Nation geruht und ihrer Geburt geharrt hatte, im *Verband der Land-, Wald- und Weinbergsarbeiter* greifbare Gestalt an. Im Gegensatz zu beiden von ihnen lebhaft bekämpften Verbänden, die nach ihrer Meinung zu unrecht und zum Schaden der Allgemeinheit den Klassenkampf in die Landwirtschaft hineinbringen, betrachten die preußischen Landwirtschaftskammern und das Landesökonomiekollegium die Landarbeiter, wenigstens offiziell, nicht als Angehörige einer gegensätzlich interessierten Klasse sondern als Mitglieder des großen landwirtschaftlichen Berufsstandes. Um von diesem grundsätzlichen Standpunkt aus die Entwicklung der Landarbeiterfrage zu beobachten und zu beeinflussen, wurde 1911 am preußischen Landesökonomiekollegium eine Zentralstelle zur Bearbeitung der Landarbeiterfrage gegründet. Ihr Leiter, Dr. Asmis, trat im letzten Sommer mit dem Vorschlag hervor in ganz Preußen eine Agitation für Hineinziehung der Landarbeiter in die landwirtschaftlichen Berufsvertretungen und in die auf dem Land verbreiteten Organisationen mit agrarischer und bürgerlich-nationaler Tendenz zu entfachen. Diesen Anregungen entsprechend faßte am 23. November 1912 eine im Abgeordnetenhaus zu Berlin abgehaltene Konferenz zahlreicher ländlicher Organisationen einen Beschluß, dessen wichtigste Sätze hier wiedergegeben seien:

»Die Landarbeiter sind ihrer überwiegenden Mehrzahl nach keine reinen Lohnarbeiter, sondern sie sind durch Landnutzung und Viehhaltung großenteils selber kleine landwirtschaftliche Betriebsinhaber oder haben doch die Aussicht es zu werden . . . Da das Wohlergehen der Landarbeiter auf das engste mit dem der gesamten Landwirtschaft, des einzelnen landwirtschaftlichen Betriebs und der Betriebsinhaber verbunden ist, so kann ihren Interessen auf die Dauer auch nur durch möglichst festen Zusammenschluß mit den übrigen Teilen des landwirtschaftlichen Berufsstandes gedient werden. . . . Deshalb ist es Aufgabe der letzteren, soweit das noch nicht genügend geschehen ist, die Landarbeiter möglichst zur Mitarbeit an ihren Aufgaben zu sich heranzuziehen und ihre Einrichtungen auf die Bedürfnisse der Arbeiter zuzuschneiden. Die Konferenz richtet an alle ländlichen Organisationen und selbständigen Landwirte die Aufforderung nach Möglichkeit sich der wirtschaftlichen Interessen der Landarbeiter anzunehmen und auch in sozialer Hinsicht möglichst enge Fühlung mit ihnen zu halten.«

Den gewünschten Zweck die selbständige gewerkschaftliche Organisation und politische Willensbildung der Landarbeiter zu verhindern wird das von der Novemberkonferenz organisierte einheitliche Vorgehen der ländlichen Verbände schwerlich erreichen. *Geselliger Anschluß* und Vereinsmeierei können die durch die Entwicklung der Grundbesitzverhältnisse und vor allem durch die Hardenbergsche Agrarreform geschaffene soziale Kluft, die in allen 7 Arbeitsverfassungsgebieten Preußens mit Ausnahme eines einzigen die landwirtschaftliche Arbeiterklasse von der Unternehmerklasse trennt¹⁾, nicht überbrücken. Das könnte nun allerdings an sich die von der Konferenz den Landarbeitern gleichfalls in Aussicht gestellte »Ermöglichung des Aufstiegens zu selbständigem Besitz« besonders dann zustande bringen, wenn den Landarbeitern gleichzeitig größere politische Rechte in Gemeinde, Kreis, Provinz, Landwirtschaftskammer und Staat gewährt würden. Allein die Verheißung selbständigen Besitzes ist

¹⁾ Das einzige preußische Arbeitsverfassungsgebiet ohne klassenmäßige Scheidung der Landarbeiter von den selbständigen Landwirten (das 7. meiner von Gerlach in seinem Artikel *Landwirtschaftliche Arbeiter im Handwörterbuch der Staatswissenschaften* adoptierten Zählung) umfaßt die Rheinprovinz, Hessen-Nassau, angrenzende Gebiete der Provinzen Westfalen und Sachsen und hannoversche Geestbezirke. Siehe hierüber meinen Artikel *Die landwirtschaftlichen Arbeiter in den Sozialistischen Monatsheften*, 1908, 2. Band, pag. 1578 ff.

schwerlich so aufzufassen, daß nun einer wirklich ansehnlichen Anzahl Gutstage-löhner die Leiter zum sozialen Aufstieg ins Bauerntum aufgerichtet werden soll; denn das würde der Arbeiterbeschaffung der Großbetriebe und der Vorherrschaft des Großgrundbesitzes ernstlich Abbruch tun, und das wollen der *Bund der Landwirte*, der *Pommersche Bauherrenverband*²⁾ und andere auf der Konferenz vertretene Organisationen nicht und können es nicht wollen, weil es sozialer und politischer Selbstmord wäre. Eine »Ermöglichung des Aufstiegens zu selbständigem Besitz« auf dem Weg staatlich geleiteter Innenkolonisation, wie sie selbst es erstreben und erstreben müssen, werden die preußischen Landarbeiter von dem Entgegenkommen der Großgrundbesitzer nicht erhoffen dürfen; sie werden es vielmehr ebenso wie ihre dänischen Klassengenossen durch Organisation zu erkämpfen haben.

Der erste Schritt auf diesem Weg und zu diesem Ziel ist nun getan. Der *Verband der Land-, Wald- und Weinbergsarbeiter* hat das schwierige Unternehmen die landwirtschaftlichen Arbeiter im Geist der modernen Gewerkschaftsbewegung zu organisieren mit bisher gutem Gelingen in Angriff genommen. Besonders in den Gebieten mit geldwirtschaftlicher Lohnverfassung (Provinz Sachsen, Anhalt, Braunschweig, Vorpommern) und im Verbreitungsbezirk des *Arbeitgeberverbandes für die Landwirtschaft* (Schleswig-Holsteinsche Marschen, Mecklenburg) hat er rasch festen Fuß gefaßt. In 3¹/₂ Jahren ist der junge Verband schon so erstarkt, daß er jetzt, am 27. Dezember, in Berlin seine erste Generalversammlung abhalten kann. Diesem zweifellos überaus wichtigen Ereignis in der Geschichte der deutschen Landarbeiterschaft folgt im Januar ein zweites, das gleichfalls von Bedeutung werden kann: die Verhandlungen des Parteitags der preußischen Sozialdemokratie über die Landarbeiterfrage. Damit freilich beide Tagungen im positiven, unserer Partei und Gewerkschaft günstigen Sinn bedeutsam werden und gewisse Hoffnungen unserer Gegner enttäuschen, werden sie sich vor Fehlern hüten müssen, in die gerade Bewegungen, die wie die freigewerkschaftliche und die sozialdemokratische so überwiegend auf die Tatsachen und Entwicklungstendenzen der Industrie eingestellt sind, nur zu leicht verfallen können. Sie werden sich davor hüten müssen zu verkennen, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter in der Tat (darin hat die agrarkonservative Novemberkonferenz durchaus recht) in ihrer großen Mehrzahl nicht produktionsmittellose Proletarier sondern Kleinlandwirte sind oder doch werden wollen, und zwar, wenn irgend möglich, auf eigenem Grund und Boden. Sie müssen ferner davor gewarnt werden zu übersehen, daß die neuzeitliche ökonomische Entwicklung mit ihrer Begünstigung des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs und Kleingrundbesitzes im Verein mit der preußischen Rentengutsgesetzgebung und Ansiedlungsorganisation es tüchtigen Landarbeitern erleichtert ihre Landwünsche zu verwirklichen, und daß deren Beispiel und Erfolge dem Grundbesitzverlangen vieler ihrer früheren Kameraden immer wieder neue Nahrung zuführen. Generalversammlung und Preußentag sollten endlich bedenken, daß schwerwiegende Interessen der Volksgesamtheit einschließlich der Industriearbeiterschaft, zum Beispiel das nationalwirtschaftliche Interesse an der He-

2) Hat doch von Hertzberg-Lottin, der Vorsitzende des *Pommerschen Bauherrenverbandes* (dessen Mitglieder sich bekanntlich verpflichtet haben sozialdemokratische Bauarbeiter von der Beschäftigung auf ihren Bauten auszuschließen), im vorigen Jahr im Landesökonomiekollegium angeregt einen *Verein zur Erhaltung des Großgrundbesitzes* zu gründen. Er rechtfertigte seine Aufforderung damit, daß seiner Ansicht nach »das laete Gefüge der preußischen Monarchie gewaltig ins Wanken kommen würde, wenn im Osten der Großgrundbesitz verschwände«.

bung der inländischen Fleischproduktion und an der Milderung der Landflucht, dazu nötigen die Landarbeiter in ihren Verselbständigungsbestrebungen zu unterstützen. Wollten Gewerkschaft und preußische Partei den innigen Zusammenhang der Landarbeiterfrage mit der gesamten Agrarfrage ignorieren; wollten sie die landwirtschaftlichen Arbeiter nach Analogie der Industrieproletarier lediglich als Arbeiter schützen und fördern, ihnen im übrigen aber zu verstehen geben: soweit ihr euch als Kleinlandwirte und künftige Bauern fühlt, haben wir mit euch nichts zu schaffen, so würden sie damit ihren politischen Gegnern den denkbar größten Gefallen tun. Sie würden nämlich die landwirtschaftlichen Arbeiter geradezu von sich abstoßen und in die von der Novemberkonferenz geschickt aufgestellten Netze der agrarkonservativen Organisationen hineintreiben. Denn deren Agitatoren würden dann den Landarbeitern sagen: Sozialdemokratie und Gewerkschaft wollen nur den wenigen unter euch helfen, die reine Agrikulturproletarier sind und bleiben wollen; die große Masse von euch, die Landnutzung, Naturallöhnung und Viehhaltung hat und am liebsten Bauer werden möchte, hat von ihnen nichts zu hoffen und alles zu fürchten; dagegen wollen wir eure Gegenwartsinteressen auch als Kleinlandwirte wahrnehmen und durch Ermöglichung des Aufstiegs zu selbständigem Besitz eure Zukunftshoffnungen erfüllen. Leider gibt es in unserer Partei noch immer eine starke und in unserer Parteiwochenschrift in Landarbeiterfragen allein zum Wort kommende Richtung, die durch Forderungen wie Abschaffung der Naturallöhne, sofortige Aufhebung aller Vieh- und Fleischzölle, Bodenverstaatlichung und grundsätzliche Ablehnung aller Bauern- und Arbeiteransiedlung die Interessen und Wünsche der Landarbeiter verletzt und den Rechtsparteien förmlich in die Hände arbeitet. Um solchen der Partei, der Landarbeiterbewegung und unserer gesamten Volkswirtschaft schädlichen Bestrebungen entgegenzuwirken, möchte ich, wie vor 4 Jahren die damals bevorstehende Gründung der Landarbeitergewerkschaft, so jetzt ihre Generalversammlung zum Anlaß nehmen einige Hauptpunkte der Landarbeiterfrage vom Standpunkt des sozialdemokratischen Agrarreformismus kurz zu erörtern. Mit Rücksicht auf die Verhandlungen unseres preußischen Parteitag^s über die Landarbeiterfrage will ich mich dabei auf die Darlegung preußischer Zustände und Probleme beschränken. Die kitzlige Frage, welche Stellung Landarbeitergewerkschaft und Sozialdemokratie zu dem stetig steigenden, durch die *Deutsche Arbeiterzentrale* (früher *Feldarbeiterzentrale*) organisierten Import russischer, polnischer und galizischer Lohndrücker einnehmen sollten, sei für diesmal beiseite gelassen.²⁾

²⁾ Gegenüber den beständigen Klagen, die ihre Mitglieder in zahlreichen Versammlungen über die Konkurrenz der ausländischen Wanderarbeiter vorbringen, wird die Landarbeitergewerkschaft mit ihrer Vertröstung, man beginne jetzt die fremden Saisonarbeiter in ihrer Heimat gewerkschaftlich zu organisieren, und das werde ihrer Lohndrückerlei mit der Zeit ein Ende machen (siehe den *Landarbeiter*, 1912, pag. 136), meines Erachtens auf die Dauer nicht auskommen. Die Organisation landwirtschaftlicher Wanderarbeiter ist eine sehr schwierige Aufgabe, die bisher noch nirgends befriedigend gelöst wurde und im großen russischen Arbeiterrekrutierungsgebiet auf absehbare Zeit geradezu unlösbar ist. In diesem Zusammenhang möchte ich auf einen Vorschlag hinweisen, den der bekannte Vorkämpfer der Binnensiedlung Dr. Stumpe, Regierungs- und Landesökonomierat im preußischen Landwirtschaftsministerium, unlängst im *Archiv für innere Kolonisation* gemacht hat. Danach sollen die Landwirte, die ausländische Wanderarbeiter einführen und beschäftigen, einen angemessenen Zoll zahlen und die auf diesem Weg aufgebrauchten Geldmittel sollen dazu verwendet werden deutsche Arbeiter anzusiedeln und mit Land auszustatten. Da die ausländischen Arbeiter auf den etwa 50 Grenzämtern der Arbeiterzentrale mit Inlandslegitimationen versehen werden und hierfür schon jetzt eine Abfertigungsgebühr von 2 Mark zahlen müssen, ist der Vorschlag leicht durchführbar. Vom 1. Januar bis zum 30. September 1911 wurden 696025 Arbeiter legitimiert, darunter 387902 für die Landwirtschaft.

II



AGRARMARXISMUS und Agrarreformismus sind selbstverständlich darin einig, daß eine möglichst ausgiebige Erhöhung der Geldlöhne erstrebt werden muß. Ihrer bedürfen besonders zwei Kategorien landwirtschaftlicher Arbeiter, die Dienstboten und die kontraktlich gebundenen Gutstagelöhner. Die Land- und Landwirtschaftsflucht der Knechte und Mägde ist bekanntlich besonders groß. Ihre Zahl hat in Preußen von 1895 bis 1907 um 158 779 abgenommen, wozu noch kommt, daß auch die *Dienenden für häusliche Zwecke* in der preußischen Landwirtschaft um etwa 130 000 zurückgegangen sind. Das ist auch kein Wunder, da nach den Untersuchungen Mulerts und anderer junge Landarbeiter und Landarbeiterinnen durch Abwanderung in die Städte ihre Lebenslage wesentlich verbessern, allerdings nur solange sie unverheiratet und kinderlos bleiben. Auch die kontraktlich gebundenen, hauptsächlich auf Naturallohn gestellten Gutsarbeiterfamilien, also besonders die Instleute und Deputanten des Ostens, die Lohngärtner Schlesiens, die Land- und Hausinsten Ostholsteins und die Heuerlinge Nordwestdeutschlands, bedürfen dringend einer Steigerung ihrer Bargeldlöhne, um ihren vermehrten Bedarf an Produkten städtischer Herkunft zu decken. Auch werden sie ohne Erhöhung ihrer Geldbezüge nur sehr schwer den Sparfonds zusammenbringen können, den sie brauchen, um beim Ankauf einer Arbeiterrentenstelle oder eines kleinbäuerlichen Rentenguts die nötige, wenn auch mäßige Anzahlung zu leisten. Aber soll der Geldlohn auf Kosten des Naturallohns erhöht werden, soll der Naturallohn womöglich ganz durch den Barlohn verdrängt werden? Hier setzen die Meinungsverschiedenheiten ein. Ausgehend von dem grundsätzlichen Standpunkt des Agrarmarxismus, daß alle Arbeitskräfte viel produktiver und rentabler im Großbetrieb des Gutsbesitzers als im Kleinbetrieb des Bauern oder gar des Arbeiters verwendet werden, hat sich besonders der ostpreussische Genosse Hofer-Pleinlaugen (früher Skaisgirren) in der *Neuen Zeit* dafür ins Zeug gelegt, daß die Landarbeitergewerkschaft die möglichste Ersetzung der Naturallohne durch die »einzig moderne« Bargeldentlohnung auf ihre Fahne schreiben solle.⁴⁾ Ihm folgend hat der westpreussische Genosse Dr. Grumach die Warnung des bedeutenden Agrarpolitikers von der Goltz vor weiterem Übergang zur reinen Barlohnung als »Rückschritt zum Feudalismus« gebrandmarkt.⁵⁾ Ich muß diese Auffassung auf Grund meiner Kenntnis der Lebensverhältnisse ostdeutscher Landarbeiter energisch bekämpfen.

Müßte die Arbeiterfamilie Getreide, Mehl, Kartoffeln, Holz, Torf kaufen statt sie als Teil des Lohns vom Arbeitgeber zu erhalten, so würde davon nur der auf dem Land oft konkurrenzlose Zwischenhändler profitieren. Noch vorteilhafter sind den Arbeitern die *unbedingten* Naturallohne, das heißt die geld-

⁴⁾ Siehe Hofer *Die landwirtschaftlichen Arbeiter und die Aufgaben der Landarbeitergewerkschaft in der Neuen Zeit*, 1908-1909, 1. Band, pag. 900 und 950 ff.

⁵⁾ Siehe Grumach *Landflucht und Leutenot in der Neuen Zeit*, 1910-1911, 2. Band, pag. 866. X Genosse Pácek versteigt sich in seinem Artikel *Naturallohn und Landarbeiterorganisation in der Neuen Zeit*, 1908-1909, 2. Band, pag. 213, sogar zu dem Satz: »Der Naturallohn ist für den Landarbeiter das, was für den Handwerksgesellen Kost und Logis beim Meister ist: nämlich eine Beschränkung der persönlichen Freiheit.« Auch die dem Preußentag vorgelegte Resolution zur Landarbeiterfrage sieht im Naturalienbezug des Landarbeiters recht einseitig nur ein »unwürdiges Abhängigkeitsverhältnis zu dem Arbeitgeber«. Ob nun aber die Naturaliengewährung durch reine Geldlohnung oder dadurch ersetzt werden soll, daß möglichst viele Landarbeiter in den Stand gesetzt werden Kartoffeln, Brot- und Futtergetreide, Gemüse, Grünfutter und Heu auf eigenem Grund und Boden zu produzieren, hierüber schweigt die Resolution sich aus. Und doch ist dies heute in Preußen der Kernpunkt der Landarbeiterfrage.

werten Vorteile, die sie durch weitere Be- oder Verarbeitung der unmittelbar als Lohn erhaltenen (*bedungenen*) Naturalbezüge, also als Erträge ihrer eigenen Arbeit ziehen. Bei der Bestellung ihres Kartoffelackers und Gemüsegartens und bei der Verwertung des Deputatgetreides und der Erträge ihres Dienstlands durch eigene Viehhaltung kommen den Instleuten und Deputanten die Vorzüge des Kleinbetriebs und der sorgfältigen und überdies in anderer Weise oft gar nicht verwertbaren Arbeit ihrer Familienangehörigen zustatten. Besonders die Schweinehaltung erlaubt die Ausnützung fast aller Haushaltsabfälle und lohnt eine richtige Pflege mit erheblichen Erträgen an Fleisch für den eigenen Gebrauch und an Bareinnahmen aus dem Verkauf von Ferkeln, Läufern und Fettschweinen. Die Landarbeiter selbst wünschen daher sich ihre Naturallöhne als Grundlage ihrer rentablen Kuh-, Schweine- und Geflügelhaltung zu erhalten, ja diese sind im Vergleich zu dem in Geld ausgedrückten Tage- oder Jahreslohn sogar der beweglichere Faktor im Arbeitskontrakt, an dessen Steigerung Instleute und Deputatgärtner immer zuerst denken, wenn sie zwischen Pfingsten und Michaelis ihrem bisherigen Dienstherrn erklären gegen diese oder jene Aufbesserung auch das nächste Jahr bleiben zu wollen oder sich durch sonntägliches Vorsprechen auf benachbarten Höfen eine neue Stelle suchen. Das ist auch ganz erklärlich. »Sie verdienen ja«, wie ein Gutsbesitzer in der von Dr. Dettweiler bearbeiteten Landarbeiterenquête schreibt, relativ »mehr an der Viehzucht im kleinen als wir im großen, und wenn heute Leute aus der Stadt wieder aufs Land gehen, so tun sie es, um wieder Gänse und Ferkel verkaufen zu können.«⁶⁾

Aber auch der Arbeitgeber ist an einer möglichst großen Eigenwirtschaft seiner Arbeiterfamilien lebhaft interessiert, da sie nach dem Niedergang des Spinnens, Webens, Flechtens und der sonstigen Hausgewerbe die einzige ökonomisch lohnende Winterbeschäftigung darstellt. Das Füttern der Ferkel und Hühner, das Tränken des Kalbs, das Mästen der Schweine und Gänse in den Insthauställen gleicht den Saisoncharakter der Feldarbeit bis zu einem gewissen Grad aus, beschäftigt die Angehörigen der Gutsarbeiter winterüber nutzbringend im eigenen Kleinbetrieb und erhält sie so dem platten Land und der Sommerarbeit im fremden Großbetrieb. Aus all diesen Gründen ist im preußischen Osten ein weiterer Rückgang der Naturallohnung während der letzten 10 Jahre im großen und ganzen nicht mehr zu beobachten gewesen, und die Kuh- und besonders die Schweinehaltung der ständigen Gutsarbeiter hat sogar sichtlich zugenommen. Noch erst Anfang dieses Monats wurde nach einem Bericht der *Königsberger Hartungschens Zeitung* bei Gründung eines Verbands der lokalen Viehverversicherungsvereine der Provinz in der sehr sachverständigen Versammlung ihrer Leiter widerspruchslos konstatiert, daß in Ostpreußen gerade die Landarbeiter durch ihre Schweinehaltung prozentual am meisten zur Fleischversorgung beitragen. Im Interesse der Allgemeinheit und speziell der Industriearbeiter ist nur zu wünschen, daß die Schweinehaltung der Landarbeiter weiter wachsen möge. Vor allem aber wird der doch überaus wünschenswerte Aufstieg der Gutsarbeiter in das selbständige Kleinbauerntum allein dadurch möglich gemacht, daß sie in ihrem Eigenbetrieb eine gute Vorschule in der schwierigen Kunst selbstverantwortlichen Wirtschaftens genießen.

Bei dieser Sachlage muß es dankbar anerkannt werden, daß der Landarbeiter-

⁶⁾ Siehe Dettweiler *Die Handarbeit in der Landwirtschaft* | Jena 1905 I, pag. 187.

verband den agrarmarkistischen Ratschlägen das Naturallohnsystem prinzipiell zu bekämpfen nicht gefolgt ist. In den bisherigen 4 Jahrgängen seines Organs habe ich nur ein einziges dem Naturallohn als solchem feindliches Urteil gefunden, und auch dieses richtet sich ausschließlich gegen das schlesische Naturallohnsystem, dessen Wert für die Eigenwirtschaft und die Viehhaltung der Arbeiterfamilien in der Tat gering ist, und das daher noch am ehesten mit der durch die Reichsgewerbeordnung verbotenen Bezahlung in Waren verwechselt werden kann.⁷⁾ Diese Haltung verdient um so mehr gewürdigt zu werden als natürlich die gewerkschaftliche Agitations- und Verwaltungstätigkeit wesentlich dadurch erschwert wird, daß die Gutsarbeiter in den wärmeren Jahreszeiten nicht selten selbst an Sonntagen auf ihren Deputatäckern und -wiesen zu tun haben und aus diesem Grund Gewerkschaftsversammlungen versäumen müssen.

Aus ihrem mit dem Agrarreformismus grundsätzlich übereinstimmenden Standpunkt in der Frage der Naturallohnung, Landnutzung und Viehhaltung wird nun aber unsere Gewerkschaft eine Konsequenz ziehen müssen, die ihre wirtschafts- und besonders handelspolitische Stellungnahme betrifft. Sie wird ernstlich überlegen müssen, ob ihre bisherige schroff agitatorische Bekämpfung aller landwirtschaftlichen Schutzzölle ohne jede Ausnahme ihrer Ausbreitung in mehreren Provinzen und ihrem Eindringen in wichtige Landarbeiterkategorien nicht hinderlich gewesen ist. Ein braunschweigischer Bauernknecht, dem wir ein durch seine Objektivität und Urteilsfähigkeit geradezu in Erstaunen setzendes Buch über die Landarbeiterverhältnisse seiner Heimat verdanken, hat kürzlich seine Beobachtungen über die politische Stellung seiner Kollegen zur Sozialdemokratie dahin zusammengefaßt, daß sie sich durch unser Eintreten für Arbeiterrecht und Arbeiterschutz angezogen, durch unsere Freihandelsagitation aber wieder abgestoßen fühlen:

»Die Landarbeiter wissen nicht recht, was sie von dieser Partei halten sollen. Sie sehen, daß die Landwirte diese Partei bekämpfen, und denken, daß das nicht ohne Grund geschieht. Also muß die Sozialdemokratie der Landwirtschaft gefährlich sein. Ist aber die Landwirtschaft ruiniert, so ist auch ihre Stellung als Landarbeiter verloren. Andererseits sehen sie aus den Flugblättern, wie die Sozialdemokratie gegen jede Art von Arbeiterausbeutung zu Felde zieht, und das gefällt ihnen.«⁸⁾

In der Tat wird die Landarbeitergewerkschaft nur dann große Massen landwirtschaftlicher Arbeiter um ihre Fahne sammeln können, wenn sie bei ihrer Stellungnahme zur Schutzzollpolitik die Existenzgrundlagen der größeren landwirtschaftlichen Betriebe, an deren Erträgen sie ihren Mitgliedern einen reichlicheren Anteil zu erringen sucht, respektiert. Vor allem wird sie aber auch auf die wirtschaftspolitischen Interessen der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe, deren Inhaber ihre Mitglieder und Mitkämpfer sind oder werden sollen, mehr als bisher Rücksicht nehmen müssen. In Preußen hatten 1907 459 790 in ihrem Hauptberuf als landwirtschaftliche Arbeiter beschäftigte Personen Land als Eigentum, Pacht oder Deputat in eigener Bewirtschaftung, und zwar im ganzen 295 166 Hektar. Mit ihren Angehörigen bildeten sie eine Bevölkerungsschicht von 1 597 688 Köpfen. Die Durchschnittsgröße des einzelnen Betriebs betrug im Staatsmittel 0,67 Hektar und stieg bis auf 1,34 Hektar in der Heuerlingsprovinz Westfalen. Fast alle diese Familien und noch viele Zehntausende Landarbeiter ohne Land (Freiarbeiter, Einlieger, Hochmieter, Geldstubenleute, Losleute) halten Vieh. Beispielsweise gab es 1907 allein in den 4 östlichen Pro-

⁷⁾ Siehe den *Landarbeiter*, 1909, pag. 19 ff.

⁸⁾ Siehe *Die Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter in der Umgebung von Braunschweig*, von einem Landarbeiter / Braunschweig 1911/, pag. 20.

vinzen Preußens 138 511 Rindvieh haltende und 259 663 Schweine haltende Betriebe unter 1 Hektar. Ihre Inhaber sind ganz überwiegend landwirtschaftliche Arbeiter. Bisher hat der Landarbeiterverband in diesen Gegenden und Arbeiterschichten noch nicht festen Fuß fassen können. In seinem Gau Nordostdeutschland hat er bisher nur rund 500 Mitglieder gewonnen, noch weniger im Gebiet der ostholsteinschen Landinsten und der nordwestdeutschen Heuerlinge. Der Hauptgrund dieses partiellen Mißerfolgs dürfte darin zu suchen sein, daß er in seiner Stellungnahme zu den Vieh- und Fleischzöllen, zum Seuchenschutz an den Reichsgrenzen und zur Gefrierfleißeinfuhr noch viel zu wenig mit den starken Eigenwirtschafts- und Viehhaltungsinteressen sehr breiter Landarbeiterschichten rechnet.⁹⁾ Dagegen sind diese Schichten wegen ihrer starken Schweinehaltung überall in Preußen an der Aufhebung des Futtergerste- und Maiszolls interessiert. Mancher Landarbeiter würde sich sogar vom Zwang zur täglichen Lohnarbeit befreien können, wenn die Zollfreiheit des Futtergetreides ihn in die Lage setzte seine Viehhaltung zu vergrößern. Der Landarbeiterverband sollte also seine unterschiedslose Bekämpfung der Agrarzölle durch eine differenzierte ersetzen. Seine Haltung sollte sein: Neutralität gegenüber den Vieh- und Fleischzöllen, dafür aber Eintreten für die Beseitigung der letzten Futtermittelzölle. Dadurch würde er sich selbst, der Landarbeiterschaft und auch dem dauernden Interesse der Industriearbeiterklasse mehr nützen als durch seine bisherige extrem zollgegnerische Agitation.

III

IN allem übrigen dürften die nächsten Forderungen und die entfernteren Kampfziele der Landarbeiterorganisation die rückhaltlose Zustimmung sowohl der Agrarmaxisten als auch der Agrarreformisten finden. Nur würde da und dort die Begründung um einige Nuancen verschieden ausfallen. Nächst der Erhöhung des Barlohns vor allem der beiden obengenannten Kategorien ist die Verkürzung der Arbeitszeit die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaft. Fordert doch selbst die *Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft* die Landwirte auf der »vernünftigen Regelung der Arbeits- und Ruhezeiten . . . erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden, weil unter den vielen Abwanderungsgründen nicht selten auch der einer zu ausgedehnten Arbeitszeit auf dem Land genannt wird.«¹⁰⁾ Ist auch in der Landwirtschaft die Hauptruhezeit der Winter mit seinem im Nordosten oft nur 7stündigen Arbeitstag, so sollte doch auch im Sommer die Feldarbeit nicht mehr mit Sonnenuntergang sondern etwa um 6 Uhr endigen, damit die Arbeiter die letzten Tagesstunden für die Arbeit im Eigenbetrieb, die berufliche Fortbildung und die Erholung frei haben.¹¹⁾ Überstunden müssen allerdings in der Ernte-

⁹⁾ Mehrere im Landarbeiter veröffentlichte Arbeitsverträge lehren, daß das System des Anteilsdrusches noch in den verschiedensten Gegenden Norddeutschlands verbreitet ist, und daß infolgedessen noch zahlreiche Instleute als Verkäufer besonders von Weizen und Hafer, aber auch von Roggen und Gerste auftreten. So gibt beispielsweise der Landarbeiter, 1911, pag. 6 den Arbeitsvertrag eines ostholsteinschen Insten wieder, der als Lohn unter anderem 10 Morgen Land zur Nutzung bekommt, bis 2 Kühe und bis 3 Schweine hält und mit 13 Kollegen um den 18. Zentner drischt, so daß auf ihn etwa 30 Zentner Drescherlohn entfallen. Etwa 5 bis 6 Zentner dieses Erdrusches ist Saatweizen, der zu 20 bis 21 Mark pro Zentner verkauft wird. Wenn nun auch nur eine kleine Minderheit von Landarbeitern Getreide verkauft, so sollte selbst diese nicht durch allzu heftige Bekämpfung der Getreidezölle abgehalten werden sich der Gewerkschaft anzuschließen.

¹⁰⁾ Siehe den Führer durch die Landarbeitsausstellung Kassel 1911, Berlin 1911, pag. 40 ff.

¹¹⁾ Genosse Grumach sagt mir in seinem in Note 5 zitierten Artikel nach, ich scheine eine Verkürzung der Arbeitszeit für unmöglich zu halten. Es ist mir unerfindlich, wie er zu dieser Vermutung gekommen ist.

zeit gegen angemessene Bezahlung gestattet sein. Was wäre wohl im regnerischen Spätsommer und Herbst dieses Jahres aus der Ernte geworden, wenn nicht an den wenigen sonnigen Tagen auch die späten Abendstunden hätten zu Hilfe genommen werden können?

Viel Aufmerksamkeit widmet das Organ unserer Landarbeitergewerkschaft den ländlichen Wohnungsverhältnissen. Am meisten liegen die Unterkunftsverhältnisse der Knechte und Mägde besonders dort im argen, wo sie im Stall in besonderen Kammern schlafen. In Gegenden mit Stallfütterung wird das namentlich im Sommer sehr unangenehm. Der oben als Verfasser eines sehr bemerkenswerten Buchs erwähnte braunschweigische Landarbeiter bezeichnet die Regelung des Wohnungswesens der Knechte und Mägde sogar als den reformbedürftigsten Teil der ganzen Landarbeiterfrage. Das Schlafen des Gesindes im Stall sollte auf die Periode des Kalbens der Kühe und des Fohlens der Stuten beschränkt werden.

Im Arbeitsverhältnis der Instleute und Deputanten bedarf vor allem, wo sie noch besteht, die Verpflichtung zur Stellung eines Scharwerkers, soweit sie sich auf die eigenen, dem schulpflichtigen Alter entwachsenen Kinder bezieht, der Reform und, soweit sie die Aufnahme einer fremden Person in die Familie des Arbeiters erforderlich macht, der Beseitigung durch die gewerkschaftliche Kollektivselbsthilfe, respektive des gesetzlichen Verbots. Gerade das Scharwerkerinstitut hat mehr als irgendeine andere Eigenart des landwirtschaftlichen Arbeitsvertrags zahllose Landarbeiterfamilien und ihre der Hofgängerei satt gewordenen Kinder in die Stadt getrieben. Von den 7 von Mulert ausgefragten Königsberger Fabrikarbeiterfamilien, die in ihrer Landarbeiterzeit Scharwerker stellen mußten, hatten 6 die Landarbeit hauptsächlich deshalb mit der Stadtarbeit vertauscht, weil sie keine Scharwerker bekamen oder des Ärgers mit ihnen überdrüssig waren.¹²⁾

Nächst der Umgestaltung respektive Abschaffung des Scharwerkerwesens ist es die dringlichste Aufgabe den Familienarbeitsvertrag des Instmanns und des Deputanten dahin zu reformieren, daß die Mitarbeit der Ehefrau auf die Melkhilfe und die Erntehilfe eingeschränkt wird. Die Landarbeiterfrau hat das Hauswesen zu besorgen, ihre meist zahlreichen Kinder zu beaufsichtigen und zu erziehen, die Pflege- und Erntearbeiten auf ihrem Garten- und Kartoffelfeld zu verrichten und die als Lohnanteil erhaltenen Naturalien durch Kuh-, Schweine- und Geflügelhaltung zu verwerten. Will sie ihr reichliches Tagesarbeitspensum sorgsam erledigen, so bleibt ihr zur Gutsarbeit keine Zeit. Das widerspruchsvolle Verhalten solcher Gutsbesitzer, die ihren Arbeiterfamilien zwar dankenswerterweise reichlichen Naturallohn gewähren, dann aber die Arbeitskraft, die ihn in Verbrauchs- und Verkaufswerte umschaffen soll, durch unvernünftige Heranziehung der Frau zur Gutsarbeit der Arbeiterkleinwirtschaft wegnehmen, sollte scharf geißelt werden. Die Landarbeiterfrau sollte außer zum Melken sich nur zu höchstens 30 bis 40 Arbeitstagen während der Heu-, Getreide und Hackfruchternte im voraus verpflichten können und in der übrigen Zeit berechtigt sein zu Hause zu bleiben. Vor allem im schlesischen und Lausitzer Arbeitsverfassungsgebiet sollte der hier üblichen Überbürdung der Lohngärtnerfrau mit Gutsarbeit das erwünschte Ende bereitet werden. Dann würde die

¹²⁾ Siehe Mulert *21 ostpreussische Arbeiter und Arbeiterfamilien: Ein Vergleich ihrer ländlichen und städtischen Lebensverhältnisse* (Jena 1908), pag. 50 und 110.

Eigenwirtschaft und Viehhaltung der schlesischen Arbeiter von selbst zunehmen und ihre Landflucht zurückgehen.

Weniger schädlich ist die Beschäftigung von Kindern in der Landwirtschaft, sofern ihnen nur ihren Körperkräften angemessene Arbeiten übertragen werden. Immerhin sollten nach dem Alter abgestufte Maximalarbeitszeiten festgesetzt und die Arbeit in den Zuckerrüben und wochen- oder gar monatelanges Viehhüten schulpflichtigen Kindern ganz verboten werden. Die nötige Berufsschulung der Kinder und ihre Übung in der Handarbeit sollte möglichst im Eigenbetrieb der Arbeiterfamilie stattfinden. Auch aus diesem Grund ist er möglichst umfangreich und vielseitig zu gestalten.

Die Anstrengungen der Landarbeitergewerkschaft gipfeln in dem begrüßenswerten Bemühen die Beseitigung der zahlreichen veralteten Gesindeordnungen und die Schaffung eines einheitlichen modernen Landarbeiterrechts durchzusetzen. Sollten die im Reichstag gestellten Anträge dieses Inhalts nicht zum Ziel führen, so müßte es eine der ersten und wichtigsten Aufgaben des reformierten Landtags sein die Landarbeiterverhältnisse des Staats, unter voller Berücksichtigung ihrer Verschiedenartigkeit nach Gegenden und Kategorieen, in einer sozialpolitisch einwandfreien preußischen Landarbeiterordnung zu regeln. Neuerdings haben endlich auch die Rechtsparteien, wenigstens theoretisch, eingesehen, daß die Landarbeiter nicht länger als Menschen mindern Rechts hinter den Industriearbeitern zurückstehen wollen, und daß die landwirtschaftlichen Arbeitgeber nur neue Motive zur Abwanderung schaffen und sich daher ins eigene Fleisch schneiden, wenn sie fortfahren ihre Arbeiter durch spezielle Ausnahmegesetze oder im Rahmen der allgemeinen sozialpolitischen Gesetzgebung des Reichs und der Einzelstaaten gegenüber den gewerblichen Arbeitern zurückzusetzen.¹³⁾ Es scheint jedoch leider auch für Klassen wie für die einzelnen Menschen die melancholische Lebensweisheit des lateinischen Dichters zu gelten: »Video meliora proboque; deteriora sequor.« Bei der Beschlußfassung über die Reichsversicherungsordnung sind jedenfalls die in den letzten Jahren in ländlichen Arbeitgeberkreisen zur Geltung gekommenen verständigeren Ansichten und Grundsätze mehrfach grob verletzt worden, vor allem durch die Nichtbeteiligung der Landarbeiter an der Verwaltung der Landkrankenkassen und durch die Bemessung der Unterstützungsfrist für land-

¹³⁾ So äußerte sich beispielsweise kürzlich der Vorsitzende der ostpreußischen Landwirtschaftskammer, Majoratsbesitzer von Batocki-Bledau, in der Betriebsabteilung der *Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft* folgendermaßen: »Die Frage der Freizügigkeit erneut zu erörtern, ein Abzugsgeld vom Land oder ein Zuzugsgeld in die Städte zu fordern, wie das noch manchmal geschieht, ist nach den gesamten Verhältnissen so zwecklos und so aussichtslos, daß es verfehlt wäre dieser Frage irgendwelche Aufmerksamkeit zu widmen . . . Vermeiden müssen wir alles (insbesondere auf dem Gebiet der sozialen Gesetzgebung), was dazu führen kann die Landarbeiter in ihren Augen zu Arbeitern 2. Klasse gegenüber den Industriearbeitern zu stempeln, alle Zwangsmaßnahmen, die nur dazu führen den Drang unserer deutschen Arbeiter aus der Landwirtschaft nach anderen Arbeitszweigen zu fördern. Ich glaube, daß alle dahin gerichteten Maßnahmen, zu denen ich auch die Maßregeln zur Bestrafung des Kontraktbruchs der inländischen Arbeiterschaft rechne, Hoffnung auf einen dauernden Erfolg nicht bieten, daß sie nur vorübergehende Mittel sein können, und daß, wenn sie falsch angewendet werden, im Endeffekt vielleicht sogar ein Schaden dadurch entstehen kann. Das von mancher Seite angeregte Verbot der Fabrikarbeit jugendlicher Arbeiter in weiterm Umfang als jetzt berührt die Beschaffung von Landarbeitern auch sachlich in erheblichem Maß. Es darf aber nicht von diesem Gesichtspunkt angesehen sondern nur vom Gesichtspunkt der Volksgesundheit betrachtet werden . . . Die Tendenz aller unserer Gegenmaßregeln muß im allgemeinen, weil ein Zwang Landarbeiter zu bleiben weder möglich noch wünschenswert ist, dahin gehen, daß wir versuchen die Landarbeit für eine möglichst große Anzahl von Leuten begehrenswert zu machen.« (Siehe von Batocki *Die Erhaltung des Arbeiter Nachwuchses in der Landwirtschaft im Jahrbuch der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft* / Berlin 1911, pag. 214 ff.)

arbeitende Wöchnerinnen auf nur 4 Wochen im Gegensatz zur 8wöchigen Unterstützungsdauer bei Industriearbeiterinnen.

Noch dringender als die Schaffung eines modernen materiellen scheint mir die eines sachgemäßen formellen Landarbeiterrechts zu sein. Die Landarbeiter brauchen ein einfaches und billiges Prozeßverfahren und Sondergerichte nach Art der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, an deren Rechtsprechung sie durch gewählte Berufsgenossen beteiligt sind. Vor den Amtsgerichten können sie ihre Rechtsansprüche aus dem Arbeitsvertrag oft nicht durchsetzen, weil dem Amtsrichter in der Regel die nähere Kenntnis ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen fehlt, und weil der rechtsunkundige und redeungewandte Landarbeiter gegen den Rechtsanwalt der Gegenpartei nicht aufkommen kann. Es sollte daher möglichst bald in jedem Landkreis ein Landarbeitergericht geschaffen werden. Die Berufsgerichte für Landarbeiter könnten und sollten durch Reichsgesetz eingeführt werden, da auch in den übrigen Bundesstaaten das gleiche Bedürfnis danach wie in Preußen besteht. In Bayern hat sich sogar die Vertretung der landwirtschaftlichen Unternehmer, der *Bayrische Landwirtschaftsrat* schon vor mehreren Jahren für die Errichtung »ländlicher Schiedsgerichte nach dem Muster der Gewerbegerichte« ausgesprochen.¹⁴⁾ !

IV

YORSTEHEND angedeutete Maßregeln ländlicher Sozialpolitik werden aber auch nicht annähernd die Lösung der landwirtschaftlichen Arbeiterfrage in Preußen und die auch im Industriearbeiterinteresse erwünschte Milderung der Landflucht herbeiführen können. Es müssen vielmehr, soll dieses Ziel erreicht werden, energische Maßnahmen sozialer Landpolitik damit Hand in Hand gehen. Dem Einzug der Sozialpolitik in die Landwirtschaft wird der *Deutsche Landarbeiterverband* (so soll er auf seiner Generalversammlung getauft werden) sicherlich als starke Triebkraft dienen. Dagegen ist seine Stellung zu der mit der landwirtschaftlichen Arbeiterfrage eng verketteten Grund- und Bodenfrage, zur sozialen Landpolitik leider noch unentschieden und ungeklärt; immerhin ist anzuerkennen, daß er die Landarbeiteransiedlung nicht wie unsere Agrarmarxisten prinzipiell bekämpft sondern nur feststellt, über ihre Bedeutung sei man »in den Kreisen der freien Arbeiterbewegung noch nicht einig.«¹⁵⁾

¹⁴⁾ Siehe Ernst *Die ländlichen Arbeiterverhältnisse im rechtsrheinischen Bayern / Regensburg 1908*, pag. 137.

¹⁵⁾ Siehe den *Landarbeiter*, 1912, pag. 100. X Manchmal bewegen sich allerdings großstädtische Agitatoren der Landarbeitergewerkschaft noch ganz in agrarmarxistischen Gedankengängen. Ein Beispiel hierfür liefert ein sehr interessanter Bericht im *Landarbeiter* (1911, pag. 43) über eine Versammlung auf der Insel Fehmarn. Nach einem Vortrag des Genossen Bromme aus Lübeck sprach in der Diskussion der im Bericht als *arbeiterfreundlich* bezeichnete Pastor Heidorn. Er meinte, die Landarbeiter sollten die Selbständigkeit erstreben. Sie könnten durch Vermittlung des Staats in der Ostmark Rentengüter erhalten, auf denen sie unabhängig seien, selbst wenn sie sozialdemokratisch wählten. Auch bewies er der Schrei unserer Junker nach dem Kuli, daß die Herren ihre Latifundien nicht mehr selbst bewirtschaften könnten und den Landarbeitern gern ihr Land patchweise überlassen würden. Genosse Bromme bezeichnete die Ratschläge des Herrn Pastors als »romante Wünsche, Hirngespinnste und Utopieen« und warnte neugierige Landarbeiter davor. Auch in der Landwirtschaft gehe die Zahl der Selbständigen rapid zurück, während die Zahl der Unselbständigen von einer Zählung zur andern rapid in die Höhe schnelle. (1) Der Redner bewies durch amtliche Zahlen, daß die Proletarisierung der Landbevölkerung unaufhaltsam vor sich gehe (2). Auch in der Landwirtschaft sauge der Großbetrieb den Kleinbetrieb auf (3). Wenn der Herr Pastor glaube, unsere Klinderkinder würden wieder freie Bauern sein, so irre er gewaltig. Der Bericht schließt: »Ein gut Teil Aufklärung der Hörer war der Erfolg.« Mir scheint aber Genosse Bromme selbst noch der Aufklärung zu bedürfen.

Auf eine sogar mehr dem Agrarreformismus zuneigende Stimmung seiner Leiter läßt der Umstand schließen, daß der *Landarbeiter* vor kurzem bei Wiedergabe des neuen Agrarprogramms unserer amerikanischen Bruderpartei folgenden auch für uns lehrreichen Punkt 8 des Programms durch den Druck hervorhob:

» Unterstützung der Landarbeiter in der Bildung von Genossenschaften mit dem Recht Schuldscheine, einlösbar in 40 Jahren, zwecks Erwerb von Land auszugeben. Einzelerwerb des Landes zum Kostenpreis in bar oder in 40jährigen Renten.«

Mögen Landarbeitergewerkschaft und preußische Partei sich diese Forderung der amerikanischen Sozialdemokratie zu eigen machen, auf dem Umweg über deren Agrarprogramm die Grundidee der preußischen Rentengutgesetzgebung schätzen lernen und sich bald als Vorkämpfer einer zeitgemäßen Umgestaltung der Bodenbesitzverhältnisse besonders im preußischen Osten durch staatlich geleitete Binnenkolonisation bewähren. In dieser Richtung bedeutet die dem preußischen Parteitag von der Landeskommission vorgelegte Resolution über die Landarbeiterfrage unstreitig insofern einen Fortschritt als darin gefordert wird »Errichtung gesunder Arbeiterwohnungen durch den Staat [bekanntlich hat die staatliche Ansiedlungskommission für Posen und Westpreußen hierin schon viel geleistet] oder durch staatlich unterstützte und kontrollierte Institutionen unter Fortfall aller Maßnahmen, die den Landarbeiter in der freien Verwendung seiner Arbeitskraft beschränken oder ihn wirtschaftlich oder politisch abhängig machen«. Leider bleibt die Resolution auf halbem Weg stehen. Denn was sind ländliche Arbeiterwohnungen ohne Land? Ihre Bewohner müßten, wenn nicht zum Eigenhaus auch Eigenland gehört, von den benachbarten Großbauern und Gutsbesitzern Land zu pachten suchen und würden dadurch in unter Umständen recht drückende Abhängigkeitsverhältnisse geradezu hineingezwungen werden. Es ist deshalb durchaus erforderlich, daß die Landarbeiter nicht bloß mit Wohnhäusern sondern auch mit eigenem Grund und Boden im Umfang (je nach Bonität) von 1½ bis 4 Hektar ausgestattet werden. Eine Landarbeiteransiedlung in dieser Form entspricht, wie ich hier kürzlich dargelegt habe,¹⁶⁾ den Wünschen der Landarbeiter, die sich ein selbständiges Kleinbauerngut auch auf Rente noch nicht kaufen können, ebenso sehr wie den Interessen der gesamten Arbeiterbewegung und der Allgemeinheit und muß als das aussichtsreichste Mittel bezeichnet werden die Lage der preußischen Landarbeiter zu bessern und die Landflucht zu mildern.

XX

KARL SEVERING · DIE SOZIALPOLITIK IN PREUSSEN



AN mag über die Sozialpolitik des Reichs denken wie man will, auch ihre schärfsten Kritiker werden zugeben müssen, daß sie im Vergleich mit den sozialpolitischen Maßnahmen und Einrichtungen des größten Bundesstaats einige nicht gerade geringe Vorzüge aufweist. Wo Preußen durch die Ausführungsbestimmungen zu einem sozialpolitischen Reichsgesetz Verschlechterungen, das heißt Einschränkung von den im Gesetz grundsätzlich zugestandenen Freiheiten und Rechten, durchführen konnte, da ist es geschehen. Das Reichsvereinsgesetz zum

¹⁶⁾ Siehe hierüber meinen Artikel *Sozialdemokratie, Landarbeitergewerkschaft, Landarbeiteransiedlung* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1912, 2. Band, pag. 790 ff.

Beispiel erfährt in Preußen nicht entfernt die liberale Handhabung wie in den meisten anderen Bundesstaaten, was nicht nur auf die Auffassung der Behörden und die überlieferte preußische Bureaucratie zurückzuführen ist sondern letzten Endes seine Erklärung in den engherzigen Ausführungsbestimmungen findet. In keinem andern Parlament der deutschen Bundesstaaten haben die Rechtsparteien so oft und so energisch gegen sozialpolitische Maßnahmen des Reichs protestiert und resolviert wie im preußischen Abgeordnetenhaus. Der Sturm gegen die Bäckereiverordnung des Bundesrats begann im Landtag Preußens, die ersten denunziatorischen Angriffe gegen den angeblichen Mißbrauch der Krankenkassen zu parteipolitischen Zwecken der Sozialdemokratie, die ungestümsten Forderungen auf Verschärfung des § 153 der Reichsgewerbeordnung oder auf Erlaß anderer reichsrechtlicher Vorschriften zum Schutz der Arbeitswilligen wurden im preußischen Landtag erhoben. Bei einer derartigen Stellungnahme Preußens zu sozialpolitischen Gesetzen des Reichs ist es kaum verwunderlich, daß die eigenen sozialpolitischen Leistungen nicht unbeträchtlich hinter denen des Reichs zurückbleiben.

Die Verantwortung für diese unerfreulichen Ergebnisse tragen zu gleichen Teilen Regierung und Parlamentsmehrheit. Die Regierung ist der Zustimmung dieser Mehrheit sicher, wenn sie die ihr auf Grund von Reichsgesetzen übertragenen Verwaltungsmaßnahmen in unzulänglicher Weise ausführt und mit eigenen Verordnungen oder Gesetzen zurückhält. Sonst wäre es doch um den Schutz der Arbeiter vor gesundheitlichen Gefahren in Preußen besser bestellt. Es gibt kaum einen andern deutschen Bundesstaat, in dem die Gewerbeaufsicht, die zur Durchführung eines wirksamen Arbeiterschutzes absolut erforderlich ist, so viele Mängel aufweist wie in Preußen. Seit einer Reihe von Jahren ist in den Parlamenten, in der Presse, in Eingaben an die Behörden und in Versammlungen auf den großen Mangel hingewiesen, daß die Zahl der vorhandenen Gewerbeaufsichtsbeamten nicht ausreicht, um eine auch nur halbwegs ausreichende Revision in allen der Aufsicht unterstellten Betrieben im Jahr auszuführen. Bis heute hat diese Kritik eine wesentliche Besserung nicht zu erzielen vermocht. Im Jahr 1905 waren im preußischen Gewerbeaufsichtsdienst 250 Beamte angestellt, im Jahr 1911 wurden 307 beschäftigt. Wenn man demgegenüber berücksichtigt, daß sich seit 1905 die Zahl der der Aufsicht unterstellten Betriebe von 135 369 auf 163 370 vermehrt hat, dann wird man zugestehen müssen, daß die Vergrößerung des Beamtenpersonals eine Entlastung der Beamten nicht bringen konnte. Und daß sie sie in der Tat nicht gebracht hat, beweist der Umstand, daß die Zahl der nicht revidierten Betriebe im Jahr 1911 im Verhältnis noch immer der entsprechenden Zahl des Jahres 1905 gleich ist. Revidiert wurden im Jahr 1905 nur 49,6 % der revisionspflichtigen Betriebe, im Jahr 1910 waren es 50,4 %, während 1911 es auf 51,9 % brachte. Die geringe Steigerung von 2,3 % in 6 Jahren fällt kaum ins Gewicht. Die von den Arbeiterorganisationen aller Richtungen erhobenen Forderungen auf Anstellung von Ärzten und Arbeitern haben ebenfalls bisher nicht die Berücksichtigung erfahren, die sie verdienen. Auch mit der Anstellung weiblicher Assistenten hält die Regierung merklich zurück, obgleich auch die entschiedensten Gegner der Beschäftigung von Frauen im Gewerbeaufsichtsdienst anerkennen mußten, daß die Assistentinnen den an sie gestellten Anforderungen durchaus gerecht geworden sind. Seit 1906 ist die Zahl der Assistentinnen von 4 auf 12 gestiegen.

Ebenso mangelhaft und unvollkommen wie um die Aufsicht der gewerblichen Betriebe ist es um die Durchführung des Bauarbeiterschutzes bestellt. Zwar bestehen schon einige sehr detaillierte Vorschriften und Erlasse, aber von einem wirksamen Schutz kann nicht die Rede sein. Das ist selbst der Regierung bekannt, und es ist interessant zu beobachten, wie sie das bei jedem neuen Erlaß anerkennt und sich dann bemüht mit diesem ebenso unvollkommenen Erlaß die Mängel abzustellen. Am 7. Juli 1899 wurden die ersten Grundzüge eines Bauarbeiterschutzes veröffentlicht, am 14. August 1901 erblickte eine andere Verfügung das Licht der Öffentlichkeit, und schon am 27. Februar 1903 wurde auch diese Verfügung wieder ergänzt. In diesem letzten Erlaß hieß es: »Wir bemerken indessen, daß in denjenigen größeren Städten, in welchen bisher eine Überwachung der Baubetriebe noch gar nicht oder nur in unzulänglicher Weise stattgefunden hat, zur Ermöglichung einer ausreichenden Kontrolle eine Vermehrung des technischen Aufsichtspersonals nicht zu umgehen sein wird.« Damit war amtlich zugegeben, daß trotz mehrerer Verfügungen die Überwachung der Baubetriebe oft sehr mangelhaft durchgeführt worden war. Durch Erlaß vom 18. Dezember 1909 hat der Minister der öffentlichen Arbeiten die Regierungsstellen dann aufgefordert Übersichten einzureichen, die ihn über den Umfang und die Art der Kontroll- und Schutzmaßnahmen unterrichten sollten. Die Übersichten aber ließen erkennen, daß auch im Jahr 1909, 10 Jahre nach dem ersten Ministerialerlaß, von einem wirksamen Bauarbeiterschutz nicht gesprochen werden konnte, und selbst der Minister mußte sich (in einem neuen Erlaß vom 22. März 1910) zu dem Eingeständnis bequemen: »Es ist nicht zu verkennen, daß die polizeiliche Fürsorge in anderen Gemeinden, und zwar auch in solchen mit reger Bautätigkeit, auch jetzt noch zu wünschen übrig läßt.« Und um diesen Mangel abzustellen, hielt der Minister, wie gesagt, einen neuen — Erlaß in Bereitschaft. Den ersten, vom Jahr 1899, in allen Ehren, er hat wenigstens einige Vorteile dem alten Zustand gegenüber gebracht. Die anderen aber sind mehr oder weniger papierne Rezepte geblieben, *weiße Salbe*. Herr von Bethmann Hollweg hat sich als Staatssekretär im Reichstag einmal dahin geäußert, daß wir viel zu viel Verordnungen und Paragraphen erließen. Ich will ihm nicht widersprechen, nur hat er vergessen den Grund dafür anzufügen: Wir haben zu viele Verordnungen und Paragraphen, weil zu wenig wirksame und lückenlose Gesetze für den Arbeiterschutz vorhanden sind. Wenn statt der vielen Verordnungen und Erlasse ein wirkliches Bauarbeiterschutzgesetz geschaffen worden wäre, würden viele Paragraphen überflüssig geworden sein, und die Bauarbeiter wären nicht auf das Wohlwollen der Regierungspräsidenten angewiesen, die heute über den Erlaß von Schutzvorschriften entscheiden.

Mit der Durchführung von Polizeiverordnungen des Arbeiterschutzes ist es in Preußen im allgemeinen schlecht bestellt. Im Jahr 1907 verlangte die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags eine Bundesratsverordnung zum Schutz der in Metallschleifereien beschäftigten Arbeiter. Von einer solchen Verordnung oder anderen reichsrechtlichen Vorschriften aber wollte die preußische Regierung nichts wissen: Sie wollte die Angelegenheit durch den Erlaß von Polizeiverordnungen in solchen Bezirken, in denen Metallschleifereien besonders häufig seien, zur Erledigung bringen. In diesem Sinn berichtete der preußische Minister an das Reichsamt des Innern, und auf die Ausführungen des sozialdemokratischen Redners erwiderte der damalige Staatssekretär, Grat Posadowsky, daß er sich mit den Regierung der einzelnen Bundesstaaten ins Einvernehmen setzen werde, um den verlangten Schleiferschutz durch landes-

polizeiliche Maßnahmen durchzuführen. Das war im April 1907. Seit dieser Zeit ist in Preußen eine derartige Verordnung nicht erlassen worden.

Läßt diese Art der Behandlung von Arbeiterwünschen einen Mangel an Entgegenkommen erkennen, wie er in Preußen mittlerweile zur Gewohnheit geworden ist, so haben andererseits Regierung und Parlament sich den Unternehmern so freundlich und gefällig gezeigt, daß auch in weiten Kreisen des Bürgertums die Auffassung Boden gewonnen hat, daß der Staat in Streitfragen mit allen seinen Machtmitteln von vornherein auf der Seite der Unternehmer stehe. Das ist insbesondere beim letzten großen Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier hervorgetreten. Es ist bekannt, daß der Streik entstanden war, weil die Zechenbesitzer die von den Arbeitern aller Richtungen erhobene Forderung auf Aufbesserung der Löhne und Reorganisation des Arbeitsnachweiswesens in der denkbar schroffsten Form abgelehnt hatten. Die christliche Gewerkschaft beteiligte sich nicht an der Ausstandsbewegung, und es ist zuzugeben, daß die Erregung unter den streikenden Arbeitern darüber groß war. Aber in keinem Augenblick des Ausstands ist es zu Ausschreitungen oder Ruhestörungen in dem Umfang gekommen, daß außerordentliche Maßnahmen erforderlich gewesen wären, um ihnen zu begegnen. Trotzdem ist nicht nur der Polizeischutz im Streikgebiet durch die Zusammenziehung von Gendarmen und Schutzleuten aus den benachbarten Bezirken bedeutend vermehrt, sondern es sind auch starke Militärabteilungen aufgeboden worden, angeblich um die Ruhe in den (ruhigen) Bezirken aufrechtzuerhalten. In der Wirkung aber waren die Maßnahmen eine direkte und offensichtliche Parteinahme für die Unternehmer und eine Einschüchterung der Arbeiter. Der Minister des Innern, Herr von Dallwitz, hat es offen ausgesprochen, daß schon vorher im Ministerium des Innern ein bis in die kleinsten Details aufgestellter Verteilungsplan vorbereitet war, der ständig nach dem Neuesten ergänzt wurde und alle Gendarmen und Schutzleute genau bezichnete, die für die Entsendung nach den Bezirken in Frage kamen. Aufgabe der Regierung wäre es aber gewesen zu verhandeln. Alle Arbeiterorganisationen drängen auf eine Weiterbildung des Schlichtungsverfahrens bei gewerblichen Streitigkeiten. Hier hätte sich Gelegenheit geboten in der Praxis zu zeigen, was eine unparteiische Schlichtungsinstitution ausrichten konnte. Die Regierung hat diese Gelegenheit leider unbenutzt vorübergehen lassen.

Eine Parteinahme für die Unternehmer schließt auch ein Erlaß des Ministers der öffentlichen Arbeiten in sich, der bei der Ausführung von Kanalarbeiten ausländischen Arbeitern gegenüber den inländischen den Vorzug gab. Im Abgeordnetenhaus hat der Minister zu diesem Erlaß später bemerkt:

»Es ist dahin gewirkt worden, daß der Zuzug ausländischer Arbeiter gefördert wird. Die Baubehörden haben Anweisung erhalten, daß bei der Annahme sowohl der in eigenen Betrieben des Staats als der von Unternehmern zu beschäftigenden Arbeiter so weit wie möglich der Landwirtschaft und den gewerblichen Betrieben keine Arbeiter entzogen werden . . . Durch Vermittlung der Arbeitsnachweise sollen Arbeiter aus allen Gegenden herangezogen werden, namentlich Italiener und Ruthenen.«

Auf Grund dieses Erlasses ist alsbald von einem Bauamt der Kanalbauten bestimmt worden, daß bei dem Kanal Berlin-Stettin deutsche Arbeiter nicht beschäftigt werden dürfen, »die in den letzten 12 Monaten mindestens 3 Monate in den angrenzenden Kreisen in einem landwirtschaftlichen Betrieb beschäftigt waren, deren Sitz nicht mindestens 25 Kilometer von der Linie des Kanals entfernt liegt«. Das bedeutete für Tausende deutscher Arbeiter nicht allein

eine unerhörte Beschränkung der Freizügigkeit sondern auch Arbeitslosigkeit, Hunger und Entbehrung. Wenn der Erlaß in den Krisenjahren 1908-1909 auch eine gewisse Einschränkung erfahren hat, so sind seine üblen Wirkungen heute noch genau so zu verspüren wie im Augenblick seiner Herausgabe. Im März des vorigen Jahres hatten sich mehrere Arbeitsnachweisstellen an den Präsidenten des (Reichs-) Kanalamts mit der Bitte gewandt zur Gewinnung deutscher Arbeiter die Arbeitsnachweise zu benutzen. Auf die entsprechende Eingabe erwiderte das kaiserliche Kanalamt:

»Es ist möglich, daß zurzeit eine über das erwünschte Maß hinausgehende Beschäftigung von Ausländern stattfindet. Dies findet seine Erklärung darin, daß den Unternehmern von den preußischen Behörden auferlegt ist Versuche mit Ruthenen und anderen einwandfreien Ausländern zu machen . . .«

Daraus geht hervor, daß die Übung deutsche Arbeiter von der Beschäftigung an den nationalen Werken der Kanalbauten fernzuhalten heute noch im Schwang ist. Die Absicht, die dabei verfolgt wird, ist weniger die den Unternehmern die einheimischen Arbeitskräfte für ihre privaten Betriebe zu sichern; man hat vielmehr das Bestreben die Löhne der deutschen Arbeiter in schlecht lohnenden Industriezweigen und in den landwirtschaftlichen Betrieben niedrig zu erhalten. Dafür lassen sich folgende Beweise anführen: zu Anfang des Monats März 1911 waren durch den Vorsitzenden des *Verbands nordelbischer Arbeitsnachweise* diejenigen dem Verband angehörenden Arbeitsnachweise, die früher für die Heranziehung von Arbeitern für den Kanalbau in Anspruch genommen waren, zur Berichterstattung über ihre neuerliche Tätigkeit auf diesem Gebiet aufgefordert worden. In den darauf erteilten Antworten berichtete Flensburg, daß, wenn mindestens 40 Pfennig Stundenlohn gezahlt würden, es sehr wohl möglich wäre Arbeiterkolonnen in Stärke von 10 bis 20 Mann zu senden. Hamburg erklärte, daß passende deutsche Arbeitskräfte zugewiesen werden könnten, wenn sich die betreffenden Firmen zu einem Minimallohnsatz und zur Gewährung eines Reisegeldzuschusses entschließen würden. Und der Rendsburger Arbeitsnachweis berichtet wörtlich:

»Es können unserer Ansicht nach aus allen Gegenden unserer Provinz wie des deutschen Vaterlands genügend Arbeiter herangezogen werden, wenn diesen ein angemessener Lohn von mindestens 40 Pfennig pro Stunde gezahlt würde. Warum haben diejenigen Firmen, die 40 Pfennig zahlen, keinen Leutemangel? Hier sind Firmen, die ganze Trupps fremder Arbeiter sich mit großen Opfern kommen ließen, denen die Leute aber wieder fortgelaufen sind, weil sie zu niedrig bezahlt werden.«

So hat also der preußische Staat die Löhne der deutschen Arbeiter gedrückt. Ferner geht noch eine andere Tatsache aus den Antworten der Arbeitsnachweise hervor, nämlich, daß man sie zur Heranziehung von Arbeitskräften gar nicht benutzt sondern die Anwerbung der unter Ausschluß der Öffentlichkeit wirkenden *Deutschen Feldarbeiterszentrale* überläßt, die sich nicht darauf beschränkt ausländische Arbeitskräfte für die Landwirtschaft anzuwerben sondern überall einzudringen versucht, wo billige Arbeitskräfte vermittelt werden sollen. Also der selbe Staat, der mit seinen Mitteln paritätische Arbeitsnachweise unterstützen will, behindert durch seine Maßnahmen die Tätigkeit eben dieser Arbeitsnachweise.

Übrigens ist die Unterstützung der paritätischen Arbeitsnachweise an sich auch sehr unzulänglich. Solange sich der Staat darauf beschränkt einigen von den Gemeinden eingerichteten Arbeitsnachweisen Subventionen zu gewähren und dabei untätig zusieht, wie mächtige Unternehmergruppen das Arbeitsnachweiswesen zur Kontrolle und Verfemung mißliebiger

Arbeiter sich dienstbar machen, wird die Unterstützung des paritätischen Arbeitsnachweises durch staatliche Mittel wirkungslos bleiben. Im Interesse des gewerblichen und wirtschaftlichen Friedens wäre aber zu wünschen, daß der Gedanke der paritätischen Arbeitsvermittlung, die Neutralisierung des Nachweiswesens überhaupt vom Staat eine entschiedenere Förderung erfahren würde. Das bedingt in der Hauptsache eine energische Frontstellung gegen die Unternehmerzwangsnachweise und eine staatliche Zentralisation der gesamten Arbeitsvermittlung. Günstige Beförderungsbedingungen für den Stellensuchenden zur nachgewiesenen Arbeitsstelle wären ein weiteres Mittel Arbeitslosen schnell und ohne erhebliche Aufwendungen Stellen zu verschaffen. Das große Problem der Arbeitslosenversicherung, das nach Ansicht des deutschen Städtetags in Posen vom Reich und nach der Auffassung der Reichsbehörde von den Gemeinden zu lösen ist, kann nicht ohne eine gründliche Reform des Arbeitsnachweiswesens zur Erledigung gebracht werden.

Freilich, wie heute die Dinge stehen, wird noch weniger als das Reich und die Gemeinden der preußische Staat bereit sein aus sich heraus auf dem Weg der einzelstaatlichen Gesetzgebung die große Frage der Arbeitslosenversicherung ihrer Lösung näher zu bringen. In Baden ist der Anfang dazu gemacht worden, und auch die bayrische Regierung hat vor einigen Jahren wenigstens die Klarstellung der Verhältnisse in die Wege geleitet, die bei uns nun einmal fast allen wirksamen Aktionen vorangehen muß. Die Auffassung der preußischen Volksvertretung und der Regierung über die Frage charakterisiert sich wohl am treffendsten durch die Bemerkung, die seinerzeit der Abgeordnete Felisch gemacht hat:

»Ich halte die Arbeitslosenversicherung, wenn sie jemals kommen sollte, tatsächlich für ein unmoralisches Gesetz um deswillen, weil man niemals unterscheiden kann, wer arbeiten will, und wer nicht arbeiten kann, wenigstens in den meisten Fällen nicht.«

Der lebhafte Beifall, den diese Ausführungen gefunden haben, ist der Gradmesser für das soziale Verständnis der Majorität des Abgeordnetenhauses.

Bei dieser Sachlage überrascht es kaum mehr, daß die Politik des preußischen Staats für seine eigenen Arbeiter und Angestellten wenig vorgeschritten ist. Das bekannte Wort, daß Staatsbetriebe Musterbetriebe sein sollen, hat gerade in preußischen Staatswerkstätten die geringste Geltung. Die Eisenbahner aller Kategorien sind in sehr vielen Fällen zu Arbeitsbedingungen beschäftigt wie sie unzulänglicher kaum ein Privatbetrieb aufweist. Trotz der glänzenden Ergebnisse der Eisenbahnen ist die Verwaltung nicht zu bewegen durchgreifende Verbesserungen einzuführen. Die Löhne der unteren Arbeiterkategorien sind so gering bemessen, daß sie nicht einmal dazu reichen die Familie eines Arbeiters zu ernähren. Die selben Hungerlöhne, die in übelbelemundeten Privatbetrieben gezahlt werden, sind auch in den preußischen Staatswerkstätten anzutreffen. Bestimmend für diese Erscheinung ist der Grundsatz der Verwaltung, »daß die Privatindustrie das Recht hat zu fordern, daß die Staatsbetriebe nicht durch die Zahlung höherer Löhne die Privatindustrie schädigen«. Und wenn die Arbeiter der Privatindustrie dann noch das Recht haben (und von diesem Recht auch Gebrauch machen) zur Erlangung günstigerer Arbeitsbedingungen sich zu koalieren, um gemeinschaftlich für bessere Zustände einzutreten, so ist den Staatsarbeitern dieses Recht, zwar nicht gesetzlich, wohl aber durch die Praxis der Behörden, vollständig verweigert. Statt seine Glieder gegenüber Vergewaltigungs- und Entrechtungs-

befassen. Im Jahr 1909 verbreitete ein außerhalb der Partei stehender Gelehrter, Dr. Gustav Mayer, in einem 28 Bogen starken Werk über die viel angefochtene Tätigkeit des merkwürdigen Mannes aufklärendes Licht.¹⁾ Dann befaßte sich August Bebel im 2. Teil seiner Denkwürdigkeiten so eingehend mit Schweitzer,²⁾ daß das betreffende Kapitel fast ein Drittel des ganzen Buches ausmacht. Gustav Mayer, mit seinem objektiven Blick des Gelehrten, übersieht zwar keineswegs die Fehler einer hervorragenden Persönlichkeit; er findet aber doch viele und glänzende Worte der Anerkennung für jenen merkwürdigen Mann, der dem hilflosen Schiff des *Allgemeinen deutschen Arbeitervereins* freie Fahrt verschafft hat. Mayer sagt von J. B. von Schweitzer, daß er die Lassalleanische Partei erst wirklich geschaffen habe, und mit dieser ehrenvollen Anerkennung ist durchaus nicht zuviel behauptet. Es gilt zwar die Meinung, daß der deutsche Bruderkrieg das Aufkeimen der proletarischen Leidenschaft gefördert habe; aber um 1866 herum hatten die Gernegroße, die der Nachfolgerschaft Lassalles teilhaft geworden waren, die ohnehin schwache Organisation derart verpfuscht, daß schon eine hervorragende Tüchtigkeit dazu gehörte ein elendes Vereinclein überhaupt wieder zur Geltung zu bringen. Was Schweitzer unter solchen widrigen Umständen in kluger Ausnutzung der Möglichkeiten und mit erstaunlicher Schaffensfreudigkeit geleistet hat, hebt Mayer aus dem Dunkel unbehaglichen Gezänks scharf heraus. Sein Buch verdient daher die Anerkennung, daß es einen weitabliegenden Abschnitt der Parteigeschichte wesentlich aufhellt und der Gegenwart die Beurteilung eines Mannes erleichtert, der nicht nur in der Ausbreitung und Popularisierung der sozialdemokratischen Lehren Außerordentliches geleistet sondern auch in der Ausnutzung der Lage mit einem für unsere Tage vielfach vorbildlichen aber durchaus noch nicht wieder erreichten politischen Sinn gewirkt hat. Inzwischen hat ein parteigenössischer Schriftsteller das günstige Urteil, das Mayer über Schweitzer fällt, teilweise ergänzt. In der Geschichte der Hamburgischen Arbeiterbewegung, die Dr. H. Laufenberg im parteiamtlichen Auftrag herausgibt, findet sich ebenfalls manche Anerkennung der Arbeit, die Schweitzer zum Gedeihen der Partei verrichtet hat.³⁾ Ganz anders ist die Stellung Bebels. Mehr als 40 Jahre sind seit den ersten inneren Kämpfen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft verfllossen, und doch loht in unserm Vorkämpfer noch der leidenschaftliche Groll, mit dem er und Liebknecht dereinst den vermeintlichen Agenten der Bismarckschen Politik bekämpft haben.

Nun hat vor kurzem Franz Mehring es unternommen der Öffentlichkeit eine Urteilsbildung dadurch zu ermöglichen, daß er Schweitzer selber mit seinen politischen Aufsätzen und Reden in einem schönen Band zu Wort kommen läßt.⁴⁾ Es mag hierauf entgegnet werden, daß Mehring im Streit um Schweitzers Person heute gewissermaßen Partei sei, insofern er vor bald 2 Jahrzehnten in seiner *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie* schon ohne Umschweife die Verdienste dieses Mannes hervorgehoben und dadurch sich ganz besonders Wilhelm Liebknechts Gegnerschaft zugezogen hat. Aber man

1) Siehe Mayer *Johann Baptist von Schweitzer und die Sozialdemokratie* (Jena 1909).

2) Siehe Bebel *Aus meinem Leben*, 2. Teil (Stuttgart 1912), pag. 1 ff. Über die Schweitzerpartei dieses Buches sowie über das Mayersche Werk ist auch in dem Artikel Bernsteins *Bebel und die Partei in den Sozialistischen Monatsheften*, 1911, 3. Band, pag. 1460 ff., einiges gesagt.

3) Siehe Laufenberg *Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgegend*, 1. Band (Hamburg 1911), pag. 326 ff.

4) Siehe von Schweitzer *Politische Aufsätze und Reden*, mit Einleitung und Anmerkungen herausgegeben von Mehring (Berlin 1912).

sollte denken, daß es in solchem Meinungsstreit sicherlich nichts Gerechteres geben kann als die Person, um die sich der Streit dreht, in ihren Werken der Öffentlichkeit vorzuführen. Und daß Mehring als Wissenschaftler das mit Schweitzer getan hat, dafür ist ihm die deutsche Sozialdemokratie zweifellos Dank schuldig.

Wie so viele Vorkämpfer der proletarischen Bewegung, so war auch von Schweitzer bourgeois, wenn man will, aristokratischen Herkommens. Seine Vorfahren stammten aus Italien; der Urgroßvater war als Handelsmann von Verona nach Frankfurt am Main gekommen, wo die Familie seßhaft wurde. Der Großvater erhielt 1814 vom König von Bayern den erblichen Adel verliehen; dessen Söhne dienten als Offiziere ihrer katholischen Religion entsprechend in den Heeren katholischer Fürsten. Die Jugend Jean Baptists, der am 12. Juli 1833 in Frankfurt am Main zur Welt kam, wurde durch die unglückliche Ehe der Eltern verdüstert. Der Vater, ein früherer Kammerjunker des Braunschweigischen Diamantenherzogs, vergeudete sein Vermögen, die Mutter führte für sich ein großes Haus. Um die Kinder kümmerten sich beide Eltern nicht; Jean Baptist erhielt seine Erziehung in einer katholischen Anstalt und kam dann nach Aschaffenburg in ein von Jesuiten geleitetes Studienseminar. In Berlin studierte er die Rechte, lebte darauf in Frankfurt am Main als Advokat und beteiligte sich hier bald am politischen Leben. Er nahm in der deutschen Frage zugunsten Österreichs Partei, leitete den nach liberalem Rezept gegründeten Arbeiterbildungsverein seiner Heimatstadt und war ferner bei dem allgemeinen deutschen Schützenfest, das 1862 in Frankfurt am Main abgehalten wurde, hervorragend tätig. Das öffentliche Wirken wie überhaupt seine Existenz in Frankfurt nahm dann ein jähes Ende als er, seiner Behauptung nach unschuldig, wegen eines Sittlichkeitsvergehens an einem Knaben im benachbarten Mannheim zu 14 Tagen bürgerlicher Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Während Schweitzer von seinem neuen Wohnsitz Wiesbaden aus abermals eine im großdeutschen Sinn gehaltene Schrift veröffentlicht hatte, war Lassalles *Arbeiterprogramm* erschienen. In der deutschen Frage hatte sich mittlerweile die Widerwilligkeit Österreichs und die kecke Tatkraft Preußens offenbart. Nun wandte Schweitzer auf die Arbeitersache eifrig sein Augenmerk. Er widmete Lassalle einen literarisch allerdings belanglosen sozialen Roman, ward mit ihm persönlich bekannt und kam durch seine Vermittlung in Leipzig zur Mitgliedschaft des *Allgemeinen deutschen Arbeitervereins*. Noch bei Lassalles Lebzeiten erwoگ er die Herausgabe eines sozialdemokratischen Blattes. Am 15. Dezember 1864 erschien unter seiner und des ehemaligen bayrischen Offiziers von Hoffstettens Redaktion die Probenummer des *Sozialdemokraten*, den er bis zum Eingehen des Blattes im Frühjahr 1871 leitete. Auf der Generalversammlung des *Allgemeinen deutschen Arbeitervereins*, die am 20. Mai 1867 in Braunschweig tagte, wurde Schweitzer zum Präsidenten des Vereins gewählt; am 7. September dieses Jahres entsandte Elberfeld ihm in den Norddeutschen Reichstag. Die Erfolge der sozialdemokratischen Bewegung, die trotz aller inneren Kämpfe oft zutage traten, erlitten durch den deutsch-französischen Krieg einen jähen Rückschlag. Als Schweitzer bei den Reichstagswahlen am 1. März 1871 unterlag, trat er von der politischen Bewegung zurück. Er wurde Lustspieldichter und brachte es dabei zu Ruf und Namen. Als er im besten Mannesalter stand, erlag er am 28. Juli 1875 einer Lungenentzündung.

Das sind die äußeren Merkmale im Lebensgang eines Mannes, über den Urteile zusammengehäuft wurden, die sich auf das wunderbarste widersprechen. Zur selben Zeit, da ihn seine Anhänger unjubelten, schalten ihn die außerhalb des *Allgemeinen deutschen Arbeitervereins* stehenden Sozialdemokraten einen Verräter und Polizeiagenten; und so stark und nachhaltig war der Haß, den er entflammte, daß die lautere Gesinnung eines Bebel heute noch, wie schon erwähnt, kein gutes Haar an seinem Charakter läßt. Diese Tatsache allein schon läßt darauf schließen, daß Schweitzer Goethes Wort für sich in Anspruch nehmen kann: »Macht mir den Teufel nur nicht klein, ein Kerl, den alle Menschen hassen, der muß was sein!«

Aus seiner Zeit und seiner Umgebung heraus kann auch Schweitzers Wesen verstanden werden. Alle Lebensfragen der Nation gingen vor 50 Jahren auf in dem einen großen Einheitsgedanken, dessen Verwirklichung mit Riesenschritten heranrücken mußte, und dessen Lösung doch niemand recht zu deuten wußte. Sollte Österreich, sollte Preußen sich an die Spitze der Einheitsbewegung stellen? Die Fürsten und Regierungen beider Länder waren gleich verhaßt im deutschen Volk; die Blutschuld beider Staaten von 1848 her war unvergessen. Während aber in Österreich das politische Leben noch im Halbschlummer lag und gewaltsam niedergehalten wurde, hatte in Preußen der mit dem Feudalismus verbündete Eigenwille eines von absolutistischen Vorstellungen getriebenen Fürsten fast die ganze Nation, soweit überhaupt in ihr der politische Geist erwacht war, gegen sich aufgebracht. Aber den Handwerksmeistern, Industriellen und Rechtsgelehrten in der Fortschrittspartei fehlte der Wille zum entscheidenden Handeln. Nach Philisterart berauschte man sich an großen Worten, war aber im übrigen heilfroh, wenn die Gelegenheit zur Abwicklung vorteilhafter Geschäfte nicht sonderlich gestört wurde.

Diese Schwäche des oppositionellen Bürgertums erkannten fast gleichzeitig zwei Männer von außerordentlicher Tatkraft. Auf der einen Seite rüttelte Lassalle die bis dahin directionslosen oder von der Bourgeoisie gegängelten Arbeitermassen eben gegen diese Bourgeoisie wach. Von der andern Seite her warf Bismarck im Verfassungskampf dieser selben, in der Fortschrittspartei organisierten Bourgeoisie rücksichtslos den Fehdehandschuh hin, löste in seiner Weise durch Blut und Eisen die deutsche Frage, befestigte von neuem die Macht und das Ansehen der Monarchie und versöhnte die Mehrheit des Bürgertums, indem er ihm für die materielle Betätigung weitem Raum verschaffte.

In den Anfang dieses wahrhaft eisernen Handelns fällt auch die erste Wirksamkeit Schweitzers. Der deutschen Arbeiterschaft war von Lassalle gelehrt worden, daß das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht das Zeichen sei, in dem sie siegen werde. Die im *Allgemeinen deutschen Arbeiterverein* wirkenden Apostel schworen auf die Worte des Meisters. Dies Wahlrecht warf Bismarck bereits 1863, als er vorab erst einen diplomatischen Kampf gegen Österreich führte, zugunsten Preußens in die Wagschale; diesem Wahlrecht konnte der cäsaristische Mißbrauch, der in Frankreich mit ihm getrieben wurde, wenig anhaben; und es ward im neuen Norddeutschen Bund verwirklicht, als das Kriegsglück 1866 zugunsten Preußens entschieden hatte.

Schweitzer wird nach Lassalles plötzlichem Tod bald der hervorragendste Leiter im *Allgemeinen deutschen Arbeiterverein* und gelangt zu einem um so größern Ansehen je mehr die Unfähigkeit der Becker, Perl und der anderen

aus Verlegenheit an die Spitze gestellten kleinen Intelligenzen zutage tritt. Er hat als Erbe Lassalles nicht nur für die wirtschaftliche Befreiung der Arbeiter zu wirken sondern muß auch den nationalen Gedanken hüten, wie er ihm von Lassalle überkommen war und wie er im Bewußtsein der Mitgliedschaft des Vereins sich festgesetzt hatte. Dieser Gedanke war aber preußisch insoweit als er Preußens Führerschaft anerkannte. Vor Jahren schon hatte Schweitzer Österreich aufgegeben, und so war er auch hier mit dem Stifter des Vereins eines Sinnes. Wie sollte nun die nationale Idee im preußischen Sinn nicht gestärkt werden, nachdem Bismarck sich die Lassallesche Wahlrechtsforderung zu eigen gemacht hatte? Um so bedeutungsvoller und anerkennenswerter mußte den Lassalleanern die Bismarcksche Politik erscheinen, als auf der einen Seite die Fortschrittspartei der neuen und erst unscheinbaren sozialdemokratischen Bewegung keinerlei Verständnis entgegenbrachte und auf der andern Seite die Regierung sie damals, wenigstens in Worten, mehr würdigte als jemals nachher. Wie ideenarm selbst einer der gewandteren *konstitutionellen Doktrinäre* der sozialen Frage gegenüberstand, zeigt eine Arbeit des spätern Offiziosus Konstantin Rößler, in der befriedigt festgestellt wird, daß das Gespenst der sozialen Frage, das die Gesellschaft in den vierziger Jahren ängstigte, verschwunden sei. Warum aber hat dies »Gespenst« von der Welt Abschied genommen?

»Infolge fortgeschrittener wissenschaftlicher Erkenntnis, aber auch infolge der entdeckten Goldlager, der ungeheuren Wirkungen, welche die Entwicklung des Eisenbahnbaues und überhaupt der technischen Erfindungen erst seitdem zu entfalten begonnen hat.«

Diese Gespreiztheit des satten Behagens wurde von anderer Seite durch die folgenden kernigen Worte abgetan:

»Der Verfasser hat offenbar auch nicht einmal die Anfangsgründe der Nationalökonomie studiert, um die ungeheuerliche Behauptung aufstellen zu können, daß die vermehrte Ausbeute an edlen Metallen auf die soziale Frage einen Einfluß ausübe; und der Eisenbahnbau und die technischen Erfindungen überhaupt haben keinen andern Einfluß auf die soziale Frage ausgeübt, als dieselbe noch intensiver und allgemeiner zu machen. In der Tat, wenn wir in der Tagespresse derlei Zeug lesen, wenn Leute aus Parteihaß oder Unwissenheit Lassalle als einen Mann hinstellen, welcher das soziale Gespenst im Dienst der Reaktion zu verwerten suchte, so ist uns dies erklärlich, denn die Tagespresse ist bei uns mehr von dem Streben die Geister zu verwirren als sie aufzuklären erfüllt; wenn aber in wissenschaftlichen Werken derlei Torheiten verbreitet werden, so ist das keine Artigkeit, die man der politischen Entwicklung des preußischen Volkes selbst in denjenigen Kreisen sagt, die ein Recht darauf hätten diese Entwicklung für sich in Anspruch zu nehmen.«

Wer veröffentlichte diese energische Abfertigung eines liberalen Vulgärökonomens zu Anfang Januar 1865? Schweitzer oder einer der Mitarbeiter des neugegründeten *Sozialdemokraten*? Nein, die *Norddeutsche Allgemeine Zeitung*, das Sprachrohr des preußischen Ministeriums unter Bismarcks Leitung. War es unter solchen Umständen verwunderlich, daß Schweitzer kurze Zeit darauf im *Sozialdemokraten* mit den vielberufenen Bismarckartikeln hervortrat, die der »ruhmvollen eigenen Geschichte« des preußischen Staates und dem darauf gegründeten »preußischen Royalismus« Würdigung entgegenbrachten und in die Worte ausklangen, daß nur zwei Faktoren in Deutschland aktionsfähig wären, Preußen und die Nation, preußische Bajonette oder deutsche Proletarierfäuste?

Nun hilft es wenig zu untersuchen, wie denn der Lauf der Welt sich anders gestaltete, warum die Regierung ihre Polizisten und Staatsanwälte auf die junge

proletarische Bewegung hetzte, sobald Bismarck sich mit der Bourgeoisie versöhnt hatte. Die Tatsache, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft mit raffinierter Gewalt ins *staatsfeindlich* genannte Lager getrieben und mit einem bis heute noch nicht ausgelöschten Mißtrauen gegen die Regierung erfüllt wurde, ist vorhanden. Und es muß allerdings vermerkt werden, daß Bismarck mit seinem Kampf nur einer schon im Anfang der proletarischen Bewegung vorhandenen Strömung Vorschub leistete.

Denn anders als Schweitzer stellten sich Liebknecht, Engels, Marx und andere Leiter der Internationalen zur Bismarckschen Politik. Diese Männer waren unter Hängen und Würgen zu Mitarbeitern am *Sozialdemokraten* gewonnen worden; ein jeder von ihnen brachte aber der Lassalleschen Bewegung Mißtrauen und Widerwillen entgegen. Man lese in Mehrings Anmerkungen zu Schweitzers Artikeln nach, wie selbst ein Marx so ziemlich an allem Anstoß nahm, was der *Sozialdemokrat* in seinen ersten Nummern veröffentlichte, wie Nebensächlichkeiten, wie eine harmlose Kritik am Pariser Wirken der Internationalen aus der Feder von Moses Heß, den Emigranten in London als Kriegserklärung erschien, und wie Schweitzer bis über die Grenze des Zulässigen hinaus um des Friedens willen alles tat, um Marx und Engels zu beruhigen. Denn auch Engels ließ an der Lassalleschen Bewegung keinen guten Faden. Der Lassallekultus im *Sozialdemokraten*, für den man im Grunde genommen nur einen einzigen Artikel heranziehen kann, ist ihm, wie er sich brieflich ausdrückt, unerträglich; Lassalle habe »mit Bismarck viel tiefer drin gesteckt als man je gewußt habe«. Haltlose Behauptungen der Gräfin Hatzfeld führten Engels dahin auf das bestimmteste zu erklären, daß zwischen Bismarck und Lassalle eine förmliche Allianz bestanden hätte, die so weit gekommen wäre, daß Lassalle nach Schleswig-Holstein gehen und dort für eine Annexion der Herzogtümer an Preußen eintreten sollte, während Bismarck weniger bestimmte Zusagen wegen Einführung einer Art allgemeinen Stimmrechts und bestimmtere wegen Koalitionsrecht und sozialer Konzessionen, Staatsunterstützung für Arbeiterassoziationen gemacht hätte. »Gedeckt war der dumme Lassalle durch gar nichts.« So Engels über Lassalle, von dem Liebknecht nicht anders dachte. Wie falsch Marx und Engels zuweilen deutsche Verhältnisse beurteilten, ist durch die 1875 am Einigungsprogramm geübte Kritik und bei anderen Gelegenheiten noch offenbar geworden.

Schweitzers Stellung zur *Internationalen*, die durchaus freundschaftlicher Natur war, jedoch schon in Rücksicht auf die Vereinsgesetze in Schranken bleiben mußte, wurde später durch Liebknecht selbst gerechtfertigt. Kurz und bündig schrieb er nämlich an Engels, daß es ihm nicht einfalle wegen dieser Frage die Stellung der deutschen Organisation aufs Spiel zu setzen. Liebknecht aber blieb der gegen Schweitzer besonders mißtrauische Preußenfeind. Es wäre zweifellos auch ohne die Bismarckartikel zum Bruch gekommen; aber da sie einmal erschienen waren, boten sie so ziemlich allen Mitarbeitern aus den Reihen der *Internationalen* eine willkommene Gelegenheit dem *Sozialdemokraten* die Freundschaft zu kündigen. Mit Marx stellte Schweitzer dann 1867 oder 1868 ein leidliches Verhältnis wieder her; Liebknecht und bald darauf Bebel aber nahmen trotz eines 1869 abgeschlossenen Waffenstillstands von kurzer Dauer eine immer feindseligere Haltung zu Schweitzer und dem *Allgemeinen deutschen Arbeiterverein* ein.

Es handelte sich bei der mit den Ereignissen rechnenden und dem preußischen Wirken zugeneigten Stellung in der deutschen Frage wie gesagt durchaus nicht um eine mit dem Willen der Parteigenossen in Widerspruch stehende Liebhaberei Schweitzers. Von der Verdächtigung, daß Schweitzer als offiziöse Kreatur im Dienst Bismarcks arbeitete, ganz zu schweigen. Die Bismarckartikel waren im Lassalleschen Geist geschrieben, ja sie werden auch durchaus im Sinn der Mitgliedschaft des *Allgemeinen deutschen Arbeitervereins* gehalten sein. Es verlohnt sich nicht darüber zu streiten, ob das Glückwunschtelegramm, das Tölcke 1865 aus Iserlohn zum Geburtstag des Königs Wilhelm nach Berlin sandte, ein Ulk war, oder ob es der Sinnesrichtung des Absenders entsprach. In einer Betrachtung über die Stellung der Mitglieder zu der durch den deutschen Krieg von 1866 erfolgten Entscheidung führt Mehring an, daß Hasenclaver in einem Gedicht den Einheitsmacher Bismarck besungen habe, und daß Tölcke in einer längern Ausführung auf das Hohenzollernsche Kaisertum losgesteuert sei. Nach Mehrings Worten waren eben die Mitglieder des *Allgemeinen deutschen Arbeitervereins* in jenen Tagen im Grunde mit Leib und Seele bei der Politik Bismarcks. Von Schweitzer sagt Mehring bei dieser Gelegenheit, daß er sein großdeutsch-revolutionäres Ideal nicht opferte, weil er einsah, daß es durch Bismarcks Erfolge in weite Ferne gerückt war.

»Wenn es anders Grade des Unmöglichen gibt, so war die nationale Revolution noch viel unmöglicher geworden, seitdem die Bourgeoisie mit fliegenden Fahnen in das Lager Bismarcks abgeschwenkt war und in ihm den Helden des Jahrhunderts zu bewundern begann; eine Zertrümmerung des Norddeutschen Bundes war also zunächst nicht anders möglich, als daß Beust und Bonaparte über Bismarck siegten, und dadurch wäre das deutsche Proletariat aus dem Regen unter die Traufe gekommen.«
So Mehring in seinen Anmerkungen.

Auch Marx meinte nach den preußischen Erfolgen von 1866 in einem Brief an Kugelmann, daß man, was Deutschland angehe, »die Dinge nehmen müsse wie sie sind, das heißt das revolutionäre Interesse in einer den veränderten Umständen entsprechenden Weise geltend machen«. Dies tat Schweitzer, indem er in einer im Dezember 1866 veröffentlichten Artikelreihe die Lage skeptisch betrachtete und darauf aufmerksam machte, daß man nicht einer freiheitlichen Volksregierung gegenüberstehe, und daß darum auf Schritt und Tritt, unbeirrt von trügerischen Lobpreisungen der Machthaber, in der Arbeiterschaft das Palladium aller echten Volksparteien, das demokratische Mißtrauen, wachbleiben müsse. Liebknecht aber prophezeite allerdings im grundsätzlichen Gegensatz zu Schweitzer am 17. Oktober 1867 im Norddeutschen Reichstag, daß die Geschichte hinwegschreiten werde über einen Bund, der Deutschlands Teilung und Knechtschaft bedeute und über einen Reichstag, der nur das Feigenblatt des Absolutismus sei.

In diesem Widerstreit hatte Schweitzer den *Allgemeinen deutschen Arbeiterverein*, dessen Leitung er übernommen hatte, als von der Organisation überhaupt kaum mehr etwas übrig war, auf die Beine zu bringen. Es gelang dies nach unendlichen Mühen. Die gewerkschaftliche Organisation wurde ins Auge gefaßt, und auch hier blühten nach dem Berliner Arbeiterkongreß von 1868 ansehnliche Erfolge. Die nüchterne, emsige und doch anfeuernde Tätigkeit Schweitzers gerade um diese Zeit war um so höher einzuschätzen, als er neben den Anfeindungen von internationaler Seite und neben den harten gerichtlichen Verfolgungen eine Gegnerschaft sozusagen aus dem eigenen Lager auf sich

nehmen mußte. In dem von der Gräfin Hatzfeld und deren Geschöpfen Mende und Försterling ins Leben gerufenen Lassalleschen *Allgemeinen deutschen Arbeiterverein* entstand der von Schweitzer geleiteten Organisation ein Konkurrenzunternehmen, das nicht so sehr durch den Abfall einer Anzahl Mitglieder als vielmehr durch seine ungewollt karrikierende Tätigkeit die Arbeiterbewegung schädigte. Der Freundin Lassalles ging es wider den Strich, daß von Schweitzer kein Buchstabengläubiger war und auch in der Organisationsfrage nicht so sehr die Form als das Wesen der von Lassalle gegebenen Anordnungen beachtete. Streng nach dem Statut von 1863 wurde daher die Gemeinde der Rechtgläubigen gegründet, deren Sektencharakter bei allen Realpolitikern Gelächter erregen mußte. Der Vizepräsident Mende blähte sich auf wie ein kleiner Prophet Mohammed, der Präsident Försterling war vielleicht etwas weniger eingebildet, aber gleichfalls der Gräfin willig ergeben; beide konnten aber um so weniger außer Rechnung bleiben als ihnen die Gunst der Arbeiterschaft zu der damals in der Sozialdemokratie noch außerordentlich seltenen Würde eines Reichstagsabgeordneten verholfen hatte.

Wie sehr zu jener Zeit selbst ein kluger Politiker die orthodoxe Sekte beachten zu müssen glaubte, zeigt mit seiner Begleiterscheinung der vielberufene Staatsstreich, den Schweitzer beging, nachdem die Generalversammlung des *Allgemeinen deutschen Arbeitervereins* zu Elberfeld Ostern 1869, von den Anklagereden der dort erschienenen Gegner Bebel und Liebknecht offenbar beeinflusst, seine präsidiale Gewalt eingeschränkt hatte. Er stellte durch die eigenmächtig angeordnete Urabstimmung der Mitglieder die *Diktatur* wieder her und verkündete gleichzeitig am 18. Juni die Verschmelzung des *Allgemeinen deutschen Arbeitervereins* mit der Lassalleschen Sekte. Der Schritt war unklug. Die Sekte splitterte bald wieder ab und ging im Jahr 1870 auf immer zugrunde. Der Vorfall gab aber der im August 1869 zu Eisenach unter Liebknechts und Bebels Führung gegründeten *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei* neue Handhaben zur rücksichtslosen Bekämpfung der Taktik und der Person Schweitzers. Es kam dann der Krieg gegen Frankreich, der die ganze sozialdemokratische Bewegung vorab zurückdämmte und mittelbar in Schweitzer den Entschluß des Rücktritts vom politischen Leben reifen ließ.

Ihm ist dann von seinen eigenen Mitkämpfern mit häßlichem Undank, mit übelster Nachrede gelohnt worden. Bleibt es überhaupt schon ein hohes Verdienst Mehrings, daß er der Öffentlichkeit in dem hier besprochenen Buch die Möglichkeit selbständiger Urteilsbildung gibt, so hat er der Partei noch einen ganz besonderen Dienst dadurch erwiesen, daß er Schweitzers letztes politisches Wort, das Rundschreiben *An meine persönlichen Freunde im Allgemeinen deutschen Arbeiterverein*, reproduziert. In diesem hervorragenden Beweisstück, das vom November 1872 datiert, kommt eine so innige Liebe zur Arbeitersache, eine so klare Erkenntnis über die Notwendigkeit der Einigung der sozialdemokratischen Richtungen zum Ausdruck, daß sich jedem Unbefangenen der Respekt aufdrängt vor einem Mann, der im einzelnen auf falsche Wege geraten sein mag, dessen Wirken aber doch vielen das Urteil einflößen wird, daß alle seine Fehler das an ihm Jahrzehnte hindurch begangene Unrecht nicht aufwiegen.

Zu einer Zeit, wo blinder Fanatismus der kleinen Schar sozialdemokratischer Arbeiter den Blick für die Wirklichkeit zu verschleiern drohte, erstand ihr in Schweitzer ein Vorkämpfer, der sie zumeist sichern Schrittes durch den Nebel

hindurchführte und ihr zugleich die unschätzbare Kunst disziplinierten Handelns beibrachte. Solcher Tat gegenüber können die kleinen (und zum Teil auch kleinlichen) Vorwürfe, die man seiner Person angeheftet hat, gar nicht ins Gewicht fallen, ja sie haben bei dieser Persönlichkeit keinen rechten Sinn. Mit der organisatorischen und selbst der politischen Arbeit, so bedeutend beides war, ist aber das Wirken Schweitzers noch nicht erschöpft. Als Erklärer der sozialistischen Gedankenwelt und namentlich im Verdolmetschen von Marx' *Kapital* hat Schweitzer Leistungen aufzuweisen, denen heute noch kaum Besseres zur Seite zu stellen ist, und deren Wert übrigens auch von seinen Gegnern rückhaltlos anerkannt wird. Vielleicht am höchsten ist aber Schweitzers klarer Blick für die im politischen und sozialen Leben wirkenden Kräfte einzuschätzen. Er gab von der sozialdemokratischen Theorie nicht das geringste preis, fühlte sich aber in der sozialdemokratischen Praxis an keine Doktrin gebunden, war nie beschwert von jenen rituellen Grundsätzen, die zur Freude aller Reaktionäre der Partei beim Wirken in dem nun einmal vorhandenen monarchischen Staatswesen Schranken setzen. Zu der realpolitischen Tatsachenwürdigung, die für Schweitzer eine Selbstverständlichkeit war, konnte die Partei sich erst nach Jahrzehnten und unter häufigen inneren Reibungen hindurcharbeiten, wenn man in der Erkenntnis, daß hier noch sehr viel zu tun bleibt, überhaupt schon von einem Hindurcharbeiten reden will. Gerade in dieser Hinsicht kann ein jeder, der überhaupt lernen will, sehr viel von einem Mann profitieren, dessen politische Reden und Schriften durch Mehrings Zusammenstellung sozialdemokratisches Gemeingut geworden sind.

Ob das so bald geschehen wird, ist allerdings eine Sache für sich. Noch stehen eine Menge doktrinärer Auffassungen der Erkenntnis entgegen, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft sich nicht nur in der Gesetzgebung sondern auch in der Regierung und Verwaltung des Gegenwartsstaates vom Objekt zum Subjekt emporzurufen hat. Aber jede Tagesfrage, die die Sozialdemokratie anzugreifen gezwungen ist, fördert die Einsicht, daß mit der üblichen *prinzipiellen Stellungnahme*, mit Resolutionen und Demonstrationen allein wenig getan, sondern daß noch ein anderes Handeln vonnöten ist. Die Erinnerung an Schweitzer drängte sich mir auf, als die Zentrumspartei im Jesuitenstreit wieder einmal mit Donnergepolter der Regierung den Krieg erklärt hatte. Da warf am 5. Dezember die (oft zu offiziellen Verlautbarungen benutzte) *Kölnische Zeitung* die Frage auf, ob die Sozialdemokratie gemeinsam mit der gesamten Linken »eine vernünftige, den Boden der Tatsachen nicht verlassende fortschrittliche Politik« treiben wolle, zu der sich jetzt die Regierung verstehen müsse. Es ist eine Sache für sich, ob Schweitzer Sozialdemokratie und Regierung von heute einer solchen Politik fähig gehalten hätte. Aber eines ist wahrscheinlich: nämlich, daß er sich vor Lachen geschüttelt hätte, wenn ihm ein Genosse mit dem Einwand gekommen wäre, daß die Sozialdemokratie gemäß der Dresdener und der internationalistischen Resolution Kautsky einen Anteil an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht erstreben könne. Nun ist es am Ende kein Zufall, wenn man sich in der Partei mehr und mehr für Schweitzer zu interessieren beginnt. Die Sozialdemokratie ist durchaus in seinem Sinn, und zwar im Ganzen, nicht nur in ihrem reformistischen Teil, allmählich zu der Einsicht gelangt, daß man mit dem starren System in der Politik nicht weiter kommt. Die *bewährte* und *sieggekrönte* Taktik mußte, wenn anders die Partei eben siegreich sein sollte, mehr als einmal modifiziert werden.

Was besonders die einst in Dresden verdamnte »Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung« betrifft, so braucht nur an die Stellung der Sozialdemokratie zum Staatssozialismus und zu bestimmten Steuerfragen erinnert zu werden, damit man zu dem Schluß komme, daß sie in ihrer parlamentarischen Praxis durchaus nicht »jede Bewilligung von Mitteln verweigert, welche geeignet sind die herrschende Klasse an der Regierung zu erhalten«. Wahrlich nicht in Rücksicht auf Regierung und Bürgertum sondern um ihres eigenen Gedeihens willen mußte die Partei im letzten Jahrzehnt Wege einschlagen, die trotz mancher Ungunst der Umstände denen von 1865 am Ende näher liegen als denen von 1903. Es kam bei ihr nicht auf die Frage an, ob sie sich *mausern* sollte, denn das geschieht jahraus jahrein. Bei taktischen Erörterungen dreht sich in der Sozialdemokratie der Streit nur noch um das Maß der Abwendung von intransigentem Unfruchtbarkeit, wobei mit Recht die Sorge, daß das Prinzip auch Schaden leiden könne, immer mehr ausgeschaltet wird. Auch auf dem preußischen Parteitag wird vor allem in den Erörterungen über die Taktik bei den Landtagswahlen die Frage, wie weit die *Anlehnung an bürgerliche Parteien* zu riskieren ist, von Bedeutung sein. Ein verständiges Teil Schweitzerscher Politik würde hierbei der Sozialdemokratie von vornherein manchen Erfolg sichern.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Sozialpolitik / Johannes Helden

Anwaltsangestellte Lange hat es gedauert, bis die Reichsregierung eine Untersuchung der Arbeitsverhältnisse der Angestellten der Rechtsanwälte vorgenommen hat. Wenige Berufsschichten sind von der Fürsorge des Gesetzgebers so stiefmütterlich behandelt worden wie die Anwaltsangestellten. Im Invalidenversicherungsgesetz erscheinen sie zum erstenmal als Objekt der sozialpolitischen Fürsorge des Reichs. Der Krankenversicherung wurden sie erst durch die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz vom Jahr 1892 zugeführt. Während bei allen anderen Angestelltengruppen durch das Handelsgesetzbuch und die Gewerbeordnung wenigstens der Versuch gemacht wurde eine den Eigenheiten des Berufs und der Tätigkeit entsprechende Regelung des Arbeitsverhältnisses vorzunehmen, hat die Gesetzgebung an die Angestellten der Anwälte bisher nicht gedacht. Was durch private Erhebungen und durch gelegentliche Veröffentlichung einzelner Fälle über die Arbeitsverhältnisse der Anwaltsangestellten bekannt geworden ist, sprach von traurigen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen. Überhebung der Arbeitgeber und unan-

gemessene Behandlung der Angestellten durch sie, hervorgerufen durch die große soziale Kluft zwischen dem durchs Gesetz privilegierten Berufsstand der Arbeitgeber und dem rechtlosen Angestellten, und niedrige Entlohnung müssen weit verbreitet sein. Beides überdies Dinge, die jedem, der die Verhältnisse kennt, nur als allzu richtig bekannt sind. Über die Lohnverhältnisse, den traurigsten Punkt in der Lage der Angestellten, gibt die Erhebung der Regierung keine Auskunft. Sie berichtet in der Hauptsache über die Vertretung der Geschlechter in dieser Berufsgruppe, über das Lebensalter der Angestellten und über die Arbeitszeit. Von 10988 Angestellten, auf die sich die Enquete erstreckt, sind 9048 Männer und 1940 Frauen. 4493 Angestellte waren weniger als 18 Jahre alt. Die Jugendlichen sind also sehr stark vertreten. Wenn der Angestellte älter wird und mit den niedrigen Gehältern der Jugendlichen nicht mehr existieren kann, muß er sich nach anderer Beschäftigung umtun, wenn er nicht, was nicht selten ist, als Freiwilliger ins Heer eintritt, um durch 12jährige Dienstzeit die Anwartschaft auf eine Subaltern- oder Unterbeamtenstellung zu erwerben. Von der Gesamtzahl der Angestellten werden 2075 als Lehrlinge bezeichnet, was eine außer-

ordentlich starke Vertretung dieser Gruppe bedeutet. Die Bezeichnung *Lehr-ling* besagt hier aber nicht das gleiche wie im Handelsgewerbe oder im Handwerk. Sind doch 707 Angestellte von weniger als 16 Jahren als Gehilfen verzeichnet. Schriftliche Lehrverträge sind selten abgeschlossen; in zirka 30 % aller Fälle war nicht einmal eine Vereinbarung über die Dauer der Lehrzeit getroffen. Die reine Arbeitszeit beträgt für rund 52 % der Angestellten bis zu 8 Stunden, für 48 % mehr. Vereinbarungen über die Kündigungsfrist sind für den größeren Teil der Angestellten nicht getroffen. Da das Gehalt der meisten Angestellten nach Monaten bemessen ist, so gilt mangels einer Vereinbarung die Kündigung nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch vom 15. auf den Schluß des Monats, soweit nicht der Angestellte zu denen zu rechnen ist, die höhere Dienste leisten; für sie ist die Kündigung nur zum Schluß des Kalenderquartals zulässig, sie muß 6 Wochen vorher erfolgen. Die Regelung der Arbeitsverhältnisse, wie sie für die Handlungsgehilfen durch das Handelsgesetzbuch erfolgt ist, ist dringend notwendig. Daneben muß natürlich auch die gewerkschaftliche Selbsthilfe eintreten, von der die Angehörigen dieser Berufsgruppe leider wenig Gebrauch machen.

× **Kurze Chronik** Die fortschrittliche Volkspartei hat sich auf ihrer Tagung in Mannheim für eine Verbesserung des Arbeitsrechts ausgesprochen. Es soll die von dem Frankfurter Stadtrat Dr. Flesch schon lange betonte Umwandlung des Arbeitsverhältnisses aus einem Gewaltverhältnis in ein Rechtsverhältnis erstrebt werden. × Gegen die *Freie Vereinigung von Ortskrankenkassen* machen sich in der jüngsten Zeit Bestrebungen zur Gründung von Sonderorganisationen bemerkbar. Vor wenigen Wochen sind unter anderem ein *Verband deutscher Krankenkassen* und ein *Verband nationaler Krankenkassen für Baden* gegründet worden. Dem ersten Verband sind sofort 41 Krankenkassen mit einer Viertelmillion Mitglieder beigetreten. Hier gilt es aufzupassen. Jede Neugründung wird ein Hemmnis für die Verschmelzung der Kassen, die im Interesse der Versicherten zu fördern ist. × Zur Durchführung der Errichtung von 3 neuen *Berufsgenossenschaften*, einer Gärtnerei-, einer Detaillistengenossenschaft und einer Ver-

sicherungsgenossenschaft für das Halten von Reittieren und Fahrzeugen, beschlossen. × Bei den Wahlen der Vertrauensmänner für die Angestelltenversicherung erreichte die *Freie Vereinigung* ansehnliche Erfolge. Den größten Gewinn bucht der *Hauptausschuß*, was zum Teil auf die Wahlkreiseinteilung zurückzuführen ist, die für die Großstädte noch ungünstiger ist als die Einteilung der Reichstagswahlkreise. × Zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit hat die Reichsregierung ein gesetzliches Verbot der Herstellung und des Gebrauchs von Saugflaschen mit Rohr und Schlauch vorgeschlagen.

× **Literatur** Unter dem Titel *Deutsche Fürsorgeerziehungsanstalten in Wort und Bild* hat der Direktor der *Brandenburgischen Provinzialschul- und -erziehungsanstalt*, Pastor Paul Seiffert, ein umfangreiches Werk veröffentlicht (Halle, Marhold). Es enthält von zirka 200 Fürsorgeerziehungsanstalten kürzere und ausführlichere Beschreibungen über Errichtung und Entwicklung der Anstalten, ihre baulichen Anlagen und Einrichtungen, über Zöglinge und Erziehungsgrundsätze und Erziehungsarbeit. Dazu sind von allen Anstalten Abbildungen des Hauptgebäudes, oft auch noch der Innenräume und anderes beigegeben. Das Buch ist in erster Linie für Fachleute im weitern Sinn, Anstaltsleiter, Fürsorgeerzieher, Juristen, Ärzte und Lehrer bestimmt. Sein Inhalt zeigt in den Grundsätzen für die Erziehung große Verschiedenheiten. Religiöse Beeinflussung, schwere Arbeit und stramme Zucht, die nicht selten Leibestrafen anwendet, stehen an erster Stelle. Daß auch in der Fürsorgeerziehung, wenn auch vorläufig nur vereinzelt, die Erkenntnis von der Notwendigkeit den Willen zu stärken statt ihn zu brechen sich durchsetzt, dafür finden sich einige erfreuliche Stellen. Wenn das Buch der Verbreitung dieses Grundsatzes dienen und die Ausgestaltung der Fürsorgeerziehungsanstalten in der Richtung, daß sie den Zöglingen *die Ketten von inwendig schmieden*, fördern würde, dann hat es einen guten Zweck erfüllt. × Einen Kommentar zur Unfallversicherung in der Reichsversicherungsordnung haben die Sekretäre beim Zentralarbeitssekretariat Rudolf Wissell und Hermann Müller herausgegeben (Berlin, *Vorwärts*). Sie bringen zu ihrer Arbeit zwei wertvolle Voraussetzungen mit: große Erfah-

rung und gründliche Kenntnis des Rechts und der Praxis der Unfallversicherung, gewonnen durch jahrelange Arbeit als Anwälte der Versicherten vor dem Reichsversicherungsamt. Die Vertrautheit mit der Spruchpraxis der höchsten Instanz und die vollständige Beherrschung des neuen Rechtsstoffs und der durch die Reichsversicherungsordnung geschaffenen Abänderungen kommen in jedem Abschnitt des Buches zur Geltung. Die bisherige Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts behält auch unter der Herrschaft des neuen Rechts ihre Bedeutung, da viele Bestimmungen der alten Gesetze wörtlich in das neue übertragen sind. In einer ausführlichen Einleitung findet sich eine treffliche Darstellung der Geschichte der Arbeiterversicherungsgesetzgebung. Die politischen Zwecke, die die Regierung mit der Arbeiterversicherung verfolgte, werden scharf hervorgehoben. Ganz besonders ist die Erläuterung und Klarstellung der beiden Begriffe *Unfall und Zusammenhang mit dem Betrieb* gelungen. Neben der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts, die so ausführlich wie wohl in wenigen Werken berücksichtigt worden ist, haben die Begründung des Entwurfs, die Kommissionsberichte und Berichte über die Verhandlungen im Plenum des Reichstags als Quelle der Erläuterungen gedient. Daß sich die Verfasser nicht damit begnügen nur eine Kommentierung des Gesetzes zu geben sondern an ungünstigen Bestimmungen auch Kritik üben und das, was wünschenswert ist, zum Ausdruck bringen, beeinträchtigt den Wert des Buches nicht. Der Versuchung durch künstliche und unhaltbare Interpretationen das den Interessen der Versicherten Nützlichere als Inhalt des Gesetzes darzustellen sind die Verfasser nicht unterlegen. Das Buch wird allen Arbeitersekretariaten und Gewerkschaftsorganisationen sowohl als Lehrbuch wie als Helfer bei der Geltendmachung und Vertretung von Ansprüchen der Unfallverletzten wertvolle Dienste tun. Das Buch, das sich getrost in die erste Reihe der großen Schar von Büchern über die deutsche Arbeiterversicherung stellen kann, ist auch ein leuchtendes Zeugnis für den Wert der Arbeiterbewegung. Ohne die Schaffung der Arbeitersekretariate und des Zentralarbeitersekretariats durch die Gewerkschaften wäre seine Entstehung nicht möglich gewesen. Es ist, wodurch das Verdienst der Verfasser nicht geschmälert wird, eine Frucht der Arbeit der deutschen Gewerkschaften.

Staatssozialismus / Wilhelm Schröder

Petroleummonopol Über das projektierte Petroleummonopol hat bereits Max Schippel in den *Sozialistischen Monatsheften* einen kritischen Artikel veröffentlicht (in diesem Band, pag. 1403 ff.). Es bliebe noch übrig darauf hinzuweisen, daß auch die sozialdemokratische Parteipresse zu dem Plan der Regierung keineswegs eine freundliche Haltung einnahm. Besondere Beachtung verdient wohl eine Art Polemik gegen den *Vorwärts*, die verschiedene Parteiblätter Mitte Oktober veröffentlicht haben. Das Zentralorgan der Partei hatte darauf hingewiesen, daß die Sozialdemokratie keineswegs prinzipiell gegen die Einführung des Monopols sei, daß sie aber für ein Monopol, das eine Verteuerung des Petroleums und eine Begünstigung großer Finanzgesellschaften auf Kosten der Masse der Konsumenten in sich schließe, in keinem Fall zu haben sei. Nur machte der erwähnte Artikel mit der Überschrift *Die andere Seite des Petroleummonopols* sich die Ansicht zu eigen, daß aus den verschiedensten Ursachen eine Verteuerung des Petroleums wohl kaum zu erwarten sei. Eher könnte der Petroleumtrust sich zu einer wesentlichen Verbilligung entschließen. Dadurch würde aber der Erzeugung und dem Handel mit Brennspritus ein vernichtender Schlag zugefügt werden, und das bedeute eine Unterhöhnung der Existenzbedingungen des preußischen Großgrundbesitzes. Wenn daher die Reichsregierung das Volk einlade ihr zu einer halb staatssozialistischen Maßnahme seinen Segen zu geben, so seien dabei wohl auch noch einige anderen Gründe treibend gewesen als die von ihr selbst angegebenen. Es sei die Rücksicht auf den preußischen Großgrundbesitzer, die sie dazu veranlasse. Der Vorschlag der Regierung verhindere wahrscheinlich eine Steigerung der Petroleumpreise über den heutigen Stand, aber er verhindere auch mit allergrößter Wahrscheinlichkeit eine unter heutigen Umständen für die Zukunft wahrscheinliche erhebliche Ermäßigung der Preise. Das sind Vermutungen, die wenig Wahrscheinlichkeit für sich haben, da der Preis des Brennspritus heute fast doppelt so hoch ist wie der des Petroleums, und somit unter den jetzigen Verhältnissen wie später unter ihrer etwaigen Festigung eine Konkurrenz beider Leuchtmittel ausgeschlossen bleibt.

Die Ansicht, daß von einer Beibehaltung des heutigen verhältnismäßig niedrigen Preises keine Rede sein könne, wenn der Gesetzentwurf über den Verkehr mit Leuchtöl in der von der Regierung vorgeschlagenen Fassung angenommen werde, vertrat auch der sozialdemokratische Abgeordnete Wurm, als der Entwurf am 7. Dezember in 1. Lesung vom Reichstag beraten wurde. Er erklärte die Vorlage für unannehmbar. Dagegen würde nach seiner Ansicht ein Reichsmonopol in dem Sinn, daß das Reich völlig den Vertrieb in seine Hand nimmt, nicht nur preiswertes Petroleum liefern sondern sich auch der *Standard Oil Company* gegenüber durchsetzen können. Zur Verstaatlichung empfahl er am Schluß seiner Rede der Regierung die Kohlen, die Wasserkräfte und die Elektrizität. Auch der Vertreter des Zentrums, Abgeordneter Dr. Mayer (Kaufbeuren), erklärte sich gegen die vorliegende Form des Monopolprojekts und sprach die Befürchtung aus, daß dadurch das Petroleum verteuert werde. Der nationalliberale Abgeordnete Keinath war gleichfalls dieser Ansicht, wollte jedoch von einem reinen Reichsmonopol nichts wissen. Am 2. Verhandlungstag, den 9. Dezember, verschlechterten sich womöglich die Ansichten der Regierungsvorlage noch. Zwar erklärte Graf von Westarp im Namen der konservativen Fraktion, daß seine Freunde dem Gedanken des Gesetzentwurfs sympathisch gegenüberständen, doch gab es auch in seiner Rede der Verwahrungen mancherlei. Der andere Redner der sozialdemokratischen Fraktion, der Abgeordnete Frank, betonte, wenn die Regierung, wie es in der Vorlage bestimmt sei, einen Reichskommissar stellen könne, der wirksam die künftige Betriebsgesellschaft überwache, sei sie erst recht instande diesen Reichskommissar zum Direktor des Monopols zu machen. Bei dieser Beurteilung durch die maßgebenden Parteien läßt sich nur das eine im voraus sagen, daß ein Petroleummonopol in der ungenügenden Gestalt der Regierungsvorlage nicht geschaffen werden wird. Ob die Kommission von 28 Mitgliedern, an die die Vorlage verwiesen wurde, ihr ein Begrüßnis bereiten oder sie in einer gründlich veränderten Gestalt auferstehen lassen wird, bleibt abzuwarten.

× **Preußen:** Das preußische Abgeord-
Schleppmo- netenhaus hatte sich am 28.
nopol Oktober mit der 1. Ber-
 atung des Gesetzentwurfs betreffend das

Schleppmonopol auf dem Rhein-Weser-Kanal und dem Lippe-Kanal zu be-
 fassen. Der Gesetzentwurf ist eine
 Folge des Wasserstraßengesetzes, das
 die am Ende der neunziger Jahre viel-
 umstrittene Kanalvorlage 1905 zum Ab-
 schluß brachte. Zum endgültigen Ab-
 schluß nach dem Willen der Konservati-
 ven, zum vorläufigen nach der Ansicht
 der Liberalen, die den Ausbau des
 Mittellandkanals bis zur Elbe nach wie
 vor für notwendig halten. Nach § 18
 des Gesetzes von 1905 war die Regie-
 rung verpflichtet ein Sondergesetz über
 die Einführung des Schleppmonopols auf
 dem Kanal vom Rhein zur Weser, den
 Anschlußwasserstraßen und dem Lippe-
 Kanal dem Landtag vorzulegen. Die An-
 regung zur Einführung staatlichen
 Schlepplzwangs auf diesen Wasser-
 straßen ging seinerzeit vom Abgeord-
 netenhaus und einer Kommission aus,
 die das wasserwirtschaftliche Gesetz in den
 Jahren 1904 und 1905 vorbereitete. Maß-
 gebend für den Wunsch einen einheit-
 lichen staatlichen Schlepptrieb einzu-
 führen waren betriebstechnische, finanz-
 wirtschaftliche und verkehrspolitische
 Gründe. Man war der Auffassung, daß
 auf einer so stark befahrenen Wasser-
 straße ein einheitlicher Schlepptrieb
 notwendig sei, um Ordnung in den Be-
 trieb zu bringen. Auch wollte man die
 Einwirkung des Staates auf die Tarif-
 politik der Wasserstraßen verstärken.
 Die Staatsregierung war der Meinung,
 daß die Verkehrsdichtigkeit auf einer
 großen Teil der Kanäle dahin führen
 müsse einen einheitlichen Schlepplzwang
 durchzuführen, der dann nur in die
 Hände des Staates gelegt werden konnte.
 In der Begründung des Gesetzentwurfs
 erklärte der Minister von Breitenbach,
 daß bei der Regierung nicht die Absicht
 bestehe aus dem Monopolbetrieb eine
 Finanzquelle zu machen. Der Mei-
 nung, daß eine Staatsverwaltung gar nicht
 in der Lage sei einen solchen, ihr frem-
 den Schlepptrieb zu führen, trat der
 Minister entgegen. Wenn die Interessen-
 ten, die auf den Kanal und den staatlichen
 Schlepptrieb angewiesen seien, nur
 einiges Entgegenkommen zeigten, dann
 werde es dem Staat gelingen bald allen
 Bedürfnissen des Verkehrs Rechnung zu
 tragen.

Wie zu erwarten war, fand der Gesetz-
 entwurf fast bei allen Parteien im Abge-
 ordnetenhaus grundsätzliche Zustimmung.
 Der nationalliberale Abgeordnete Hirsch
 (Essen) machte als Vertreter der rhein-
 isch-westfälischen Großindustrie aller-

dings Bedenken geltend, die aber wesentlich darin gipfelten, daß die von der Regierung in Aussicht genommenen Gebühren den Verkehr allzusehr verteuern würden. Der sozialdemokratische Redner, Abgeordneter Leinert, warf bei der Beratung des Entwurfs die Frage auf, ob nicht die Befürchtung vorliege, daß das Gesetz nicht den Verkehr fördere sondern ihn aufhalte. In der Zusammensetzung des Hauses und in dem Ursprung der Vorlage liege diese Befürchtung begründet. Grundsätzlich, so erklärte der Redner, stehe die Sozialdemokratie dem Staatsmonopol durchaus freundlich gegenüber, und zwar umso mehr, wenn es sich um die Frage, ob Staatsmonopol oder großkapitalistisches Privatmonopol handle. Ein Schlepptomopol genüge aber durchaus nicht; vielleicht wäre es richtiger gewesen, die Staatsregierung hätte auch einmal die Frage des Betriebsmonopols auf dem Kanal erwogen. Der ganze Gedanke den Staat am Verkehr auf dem Kanal zu beteiligen, ihm Monopolstellung zu geben, sei durchaus gut; es frage sich nur, ob es möglich sei den guten Gedanken im Interesse des Verkehrs und im Interesse des gesamten Volkes in diesem Haus zu verwirklichen. Leinert trat dann der in der Denkschrift ausgesprochenen Ansicht entgegen, daß bei der Übernahme des Schlepptriebs eine Entschädigung der Bediensteten der Schlepsschiffe nicht in Frage komme. Es müsse verlangt werden, daß die Arbeiter entschädigt würden, soweit sie nicht im Staatsdienst Stellung fänden. Am Schluß seiner Rede führte der sozialdemokratische Abgeordnete aus, daß das staatliche Schlepptomopol sich nur dann rentieren werde, wenn der Durchgangsverkehr nach der Elbe geschaffen werde. Die Vorlage ging an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

×
Bayern

Die Beratung des Etats der Berg-, Hütten- und Salzwerke in der bayrischen Kammer der Abgeordneten führte am 10. Oktober zu einer Auseinandersetzung über die Rentabilität der Staatsbetriebe. Nachdem der Staat sich beim Kauf des Stockheimer Kohlenbergwerks hatte über-teuern lassen, war die Stimmung in der Regierung der Weiterführung staatlicher Werke und deren Ausdehnung nicht gerade günstig. Wasserkräfte und Elektrizitätsversorgung wurden privaten Gesellschaften überantwortet, und die platonischen Darlegungen, mit denen Regierungsvertreter und Zentrumsabgeordnete dem

staatlichen Betrieb das Wort redeten, sahen einer Abweisung recht ähnlich. Der sozialdemokratische Abgeordnete Vogel wies dieser Stimmung gegenüber darauf hin, daß die in Bayern mit staatlichen Betrieben gemachten schlimmen Erfahrungen einer ungenügenden Leitung zur Last gelegt werden müßten. Große Erz-lager in Bayern könnten so billig gehoben werden wie kaum anderswo, und dadurch würde der deutschen Eisenindustrie, die heute wesentlich auf ausländische Erze angewiesen sei, außerordentlich geholfen werden. Auch lägen große Salzlager in Bayern brach. Grundsätzlich bekannte der Redner sich zu Staatsbetrieben, die allerdings nicht, wie es jetzt geschehe, zum Kampf gegen die freien Gewerkschaften ausgenutzt werden dürften.

×
Bodenreformer In Posen ist vom 4. bis zum 8. Oktober die 22. Hauptversammlung des Bundes deutscher Bodenreformer abgehalten worden. Soweit der Versammlungsbericht erkennen läßt, handelte es sich bei der Veranstaltung um eine Art Parade in der Art der Katholikentage. Es gab eine endlose Reihe von Ansprachen der Delegierten aller möglichen Organisationen. Der Zentralverein für innere Mission hatte einen Pastor, der Gesamtverband evangelischer Arbeitervereine einen Geheimen Regierungsrat und der Kaufmännische Verband weiblicher Angestellter einen Generalsekretär zur Begrüßung entsandt. Auch Beamtenorganisationen ließen der Versammlung ihren Gruß entbieten. Der Bundesleiter, Herr Damaschke, sprach nun seine Überzeugung dahin aus, daß auch der solide Hausbesitzer einmal erkennen werde, wohin er gehöre. Diese Berufskategorie denkt aber realpolitisch. Der unter Leitung des Herrn Professor von der Borchth organisierte Verband zum Schutz des Realkredits hat im Tag eine besondere Beilage eingeräumt erhalten, in der den Bodenreformern kaum minder scharf Felde angesagt wird als den Sozialdemokraten und Gewerkschaftern. Bodenreform, so heißt es in einem dort veröffentlichten Artikel, ist eingeschränkter Sozialismus; dasjenige Volk werde aber am längsten in der Hochkultur aus-halten, das am höchsten den privatwirtschaftlichen Unternehmungsgeist zu züchten und sich am längsten gegen den Sozialismus zu wehren verstehe. Es ist also vorerst wohl kaum Aussicht vorhanden das Hausbesitzertum für die Bodenreform zu gewinnen.

×

×

KurzeChronik Der englische Bergarbeiterverband beschloß Anfang Oktober eine systematische Propaganda für die Verstaatlichung des Bergbaus und des Kohlenhandels zu entfalten. X Dem Kantonsrat von Neuenburg ist ein Gesetzentwurf über Einführung der Arbeitslosenunterstützung für die Arbeiter der Uhrenindustrie unterbreitet worden. Unter 41000 Arbeitern, die im Kanton wohnen, zählt diese Gruppe allein 12000. Der Beitrag der Arbeiter ist auf 1 Franc, der der Arbeiterinnen auf 70 Centimes monatlich festgesetzt; die tägliche Unterstützung beträgt 2 Francs für ledige, 2,50 Francs für verheiratete Arbeiter sowie 1,50 und 2 Francs für Arbeiterinnen, außerdem 25 Centimes für jedes Kind unter 17 Jahren. Das Gesetz soll vorab versuchsweise für 10 Jahre Geltung haben.

X **Literatur** Wer sich mit staats- und kommunalpolitischen Finanzfragen zu befassen hat, wird in der Schrift *Etat und Bilanz für staatliche und kommunale Wirtschaftsbetriebe* von Fritz Marcus /Berlin, Springer/ viel Anregung und Belehrung finden. Als den Zweck seiner Untersuchung bezeichnet der Verfasser es festzustellen, was an der Geschäftsführung und Rechnungsablegung der öffentlichen Wirtschaftsbetriebe von ökonomischem Standpunkt beanstandet werden muß, welche Momente dafür verantwortlich gemacht werden können, und wodurch eine Änderung herbeigeführt werden kann. Nachdem das Anfangskapitel namentlich die Stellung preußischer Parlamentarier zur Geschäftsführung der preußischen Staatseisenbahnverwaltung behandelt hat, folgen die wesentlichen Abschnitte *Etat und Bilanz* und *Kameralistische und kaufmännische Buchführung*. Soweit es in einer 72 Seiten starken Broschüre möglich ist, gibt Marcus über die Vorzüge und Nachteile beider Buchführungsmethoden, über Ordinarium und Extraordinarium vortreffliche Auskunft. Er schließt sich einem Vorschlag des Direktors Dr. Waldschmidt an, der darin zielt, daß die staatlichen und kommunalen Unternehmungen selbständige juristische Personen werden sollen, die für sich allein zu sorgen haben; die Volksvertretung und die Stadtverordneten hätten dann die Aufgabe wie eine Generalversammlung die Ergebnisse des Geschäftsjahrs zu prüfen, die im Interesse der Gesamtheit notwendigen Wünsche zur Geltung zu bringen und Neuanlagen und die hierzu erforderlichen Mittel zu geneh-

migen und zu verweigern. In einer solchen Vonselbständigung der Betriebe und Abschließung von der übrigen Verwaltung wäre dann die Sicherheit gegeben, daß nicht die Gehälter der Betriebsbeamten einer Gasanstalt im allgemeinen Besoldungstitel, die Baukosten der Betriebsgebäude im Bauetat stehen, was auch durch eine kaufmännische Buchführung nicht ausgeschlossen sei. In dem Kapitel *Anleihe und Tilgung* wendet der Verfasser sich gegen die vielfach aufgestellte Behauptung, daß die Städte überschuldet seien; ein Anhang behandelt die finanziellen Eigentümlichkeiten staatlicher Bergwerke. Die Übersichtlichkeit, mit der in dem Büchlein einige der schwierigsten finanzwirtschaftlichen Fragen behandelt worden sind, verdient hohe Anerkennung. X In der bekannten Sammlung *Kultur und Fortschritt* /Leipzig, Dietrich/ hat Dr. jur. Herm. Ortloff in Weimar eine Broschüre *Ein Erbrecht des Staates und eine Erbschaftsteuer?* erscheinen lassen. Den Inhalt bildet eine Zusammenstellung der wesentlichsten Äußerungen von Regierungsvertretern, Parlamentariern und Zeitungen in der erwähnten Frage. Man hat es also mit einer Art Geschichtskalender zu tun; mit seiner eigenen Meinung tritt der Verfasser nicht hervor.

Frauenbewegung / Wally Zepler

Kongresse und Verbandstage Auf der letzten Generalversammlung des *Bundes deutscher Frauenvereine*, vom 2. bis zum 4. Oktober, stand die Frage der politischen Mitarbeit der Frau im Vordergrund des Interesses. Ich verschiebe einstweilen die Berichterstattung über diesen Punkt, weil ich darüber im Zusammenhang mit der Stellungnahme des Parteitags der fortschrittlichen Volkspartei zum Frauenstimmrechtsproblem und mit den neuesten Vorgängen in der Stimmrechtsbewegung selbst etwas eingehender in der nächsten Rundschau sprechen möchte. Vorläufig sei nur mitgeteilt, daß wegen des viel unstrittenen § 3 auf einer Beiratssitzung des *Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht* und auch in der kürzlichen Generalversammlung des preußischen Vereins Spaltungen unter den Vorstandsmitgliedern der Stimmrechtsverbände eintraten; mehrere bekannte Führerinnen der Bewegung, unter anderen Minna Cauer, legten ihre Vorstandsämter nieder. Auf der Generalversammlung des Bundes wurden im übrigen einige erwähnenswerte Beschlüsse gefaßt. Die *Auskunftsstelle*

für *Frauenberufe* soll in ein ständiges *Frauenberufsamt* umgewandelt werden, dem auch die Aufgabe zufällt Material über die Arbeitsbedingungen der verschiedenen Frauenberufe zu sammeln. Ferner will man die Gründung einer Pressezentrale zur Übermittlung sachgemäßer Nachrichten an alle bedeutenden journalistischen Organe vorbereiten. In den Abendversammlungen wurde die Koedukationsfrage erörtert, auf die ich hier leider nicht näher eingehen kann, und nach einem Vortrag von Helene Lange wieder, wenn auch erst »unter der Bedingung der vollen bürgerlichen Gleichberechtigung der Frau« die Einführung des obligatorischen weiblichen Dienstjahrs gefordert. Eine dringlichere Aufgabe erfüllt der Antrag bei der Beratung des dem Reichsjustizamt gegenwärtig vorliegenden Gesetzentwurfs zur Errichtung von Jugendgerichtshöfen auf die Anstellung weiblicher Schöffen zu dringen, die im Entwurf nicht vorgesehen ist. Der Versuch einer Beeinflussung der Regierung soll gemacht werden. Leider ist es den Delegierten zum 3. Jugendgerichtstag nicht gelungen dort den gleichen Antrag zur Annahme zu bringen, obwohl diese Forderung sicher mindestens ebenso sehr im Interesse der Jugendlichen liegt wie in dem der Frauen. Die Opposition, die zur Vertagung des Antrags bis zum nächsten Jugendgerichtstag führte, ging mit von einigen sozial tätigen Frauen aus, die oft wiederholte Antifrauenrechtsargumente gegen die Zuzielung weiblicher Schöffen vorbrachten. Unter anderem behauptete eine Rednerin, daß sich die Frauen »nur aus Sport und Mode« in Beruf drängten, für die sie nicht geeignet seien. Der *Katholische Frauenbund*, dem diese Rednerin angehört, hat die merkwürdige Äußerung als persönliche Entscheidung gekennzeichnet.

In Straßburg tagte vom 13. bis zum 16. Oktober die 5. Generalversammlung des *Katholischen Frauenbundes*. Der Bund zählt bereits über 40 000 Mitglieder und entfaltet in zahlreichen Einzelvereinen eine sehr vielseitige soziale Wirksamkeit. Er gründet Jugendabteilungen, hat einen Kinderhortverband gebildet und sucht in alle Zweige moderner Frauentätigkeit einzudringen und dadurch unter den wirtschaftlich und sozial arbeitenden katholischen Frauen den Einfluß der Kirche lebendig zu erhalten. Die Wandlungsfähigkeit, mit der sich der Katholizismus allen Strömungen innerlich anzupassen, und die politische Klugheit, mit der er sie zugunsten der in seinem

Sinn höchsten Zwecke zu benutzen versteht, sind bewundernswert. Sie wären den Vertretern anderer Richtungen, auch solcher, die für die freiesten Überzeugungen kämpfen, zuweilen zur Nachahmung zu empfehlen. Wie bereits mehrfach in literarischen Veröffentlichungen so wurde auch hier von dem Hauptreferenten wieder erklärt: es existiere kein Dogma in der katholischen Kirche, das etwa einen Kampf um das Frauenstimmrecht verbiete. Wir können uns jedenfalls von unserm politischen Standpunkt wie im allgemeinen Interesse des weiblichen Geschlechts nur der lebhaft beginnenden Frauenbewegung auch im katholisch religiösen Lager freuen. Zu fürchten ist nur der Stillstand; wo überhaupt Leben sich entwickelt, selbst wenn es aus uns fremden Quellen fließt, dient es dem Fortschritt.

× **Kranken-** Auf der Tagesordnung der ×
pflegerinnen Generalversammlung des
Bundes deutscher Frauen-
vereine stand auch die Lage der Krank-
enpflegerinnen. Man trat für die obli-
gatorische 3jährige Ausbildung der Pfl-
egerinnen, die dringend notwendige Ver-
besserung der Gehälter und besonders der
allgemeinen Arbeitsverhältnisse ein und
wies die Krankenschwestern darauf hin,
daß ihre Bestrebungen durch den weitem
Ausbau einer umfassenden lokalen, nation-
alen und internationalen Organisation am
wirksamsten unterstützt werden können.
Auch die Öffentlichkeit beginnt sich jetzt
etwas mehr mit der in jeder Hinsicht
gedrückten sozialen Position der Ange-
hörigen dieses schweren Berufs zu be-
schäftigen. Hauptsächlich dank der ener-
gischen Tätigkeit ihrer Organisatorin,
Schwester Agnes Karll, ist der Zusam-
menschuß der privaten Schwesternver-
bände in letzter Zeit sehr erstarkt, und
damit eine kraftvolle Vertretung ihrer
Interessen möglich geworden. Auch der
Wunsch nach internationaler Organisie-
rung ist bereits seit einem Jahrzehnt ver-
wirklicht. Auf dem jüngst in Köln abge-
haltenen internationalen Kongreß sandten
bereits 7 dem Weltbund angeschlossene
Nationen Delegierte. Vorsitzende des
Weltbundes ist eben die deutsche Präsi-
dentin Agnes Karll. Sie hatte versucht
auch die dem Organisationsgedanken na-
türlich noch fernstehenden kirchlichen
Schwesternverbände zur Teilnahme am
Kongreß zu bewegen, vorläufig freilich
vergeblich. Dagegen zeigte sich auf dem
Kongreß insofern ein deutlicher Fort-
schritt nach außen, als ein höherer Medi-
zinalbeamter die Berechtigung der wirt-

schaftlichen Forderungen der Pflegerinnen nach eigenen behördlichen statistischen Erhebungen voll anerkannte, und sich auch sonst in der Ärzewelt bei dieser Gelegenheit zum erstenmal ein Interesse für die Beschwerden der Schwesternschaft kundgab. Die Krankenpflegerinnen erstrebten für die nächste Zeit, da bis jetzt eine geeignete staatliche Ausbildung zu ihrem Beruf gänzlich fehlt, die Gründung von privaten Hochschulkursen für Krankenpflege.

Eine *Geschichte vom Schwesternelend*, betitelt *Mehr Sonne!*, von C. Wolff /Schwerin, Hahn/, die neulich erschien, ist sehr geeignet die dringenden Forderungen der Krankenpflegerinnen für die Öffentlichkeit zu illustrieren und auch bei denen warmes Interesse dafür zu werben, die nicht geneigt sind sich in reiner Vernunftkenntnis für soziale Notwendigkeiten einzusetzen. Das Buch, das »dem aufopfernden Anwalt für Schwesternrechte, Schwester Agnes Karll«, zugeeignet ist, sucht in halb novellistischer Form den typischen Lebensgang der Berufsschwester mit allen seinen schweren physischen und seelischen Leiden wiederzugeben. Trotz der äußeren Einkleidung bindet sich die Verfasserin offenbar ziemlich streng an die tatsächlichen Zustände, wie es ihr wohl auch mehr darauf ankommt eine wirkliche Kenntnis des Schwesternlebens in weite Kreise zu tragen und so zur sozialen Mitkämpferin für die Krankenpflegerinnen zu werden als etwa künstlerische Lorbeeren zu ernten. Es entzieht sich der Beurteilung des Außenstehenden, ob die Einzelheiten der Schilderung falsch oder richtig sind. Gleichviel: sind selbst nur die großen Züge der Darstellung getroffen, und das müssen wir nach allen kompetenten Zeugnissen annehmen, so wäre schon Grund genug für die Öffentlichkeit mit der größten Wärme endlich für diese »Stiefkinder der Sozialpolitik« einzutreten.

✕ **Kurze Chronik** ✕ In einer ersten großen Versammlung haben die Antifrauenrechtler in Berlin getagt. Den Inhalt der Reden wiederzugeben lohnt nicht. Die weibliche Referentin brachte fast noch größere Plattheiten vor als der in männlicher Kraft rassende Graf Reventlow. Die Welt dürfte über diesen Bund sehr schnell zur Tagesordnung übergehen. ✕ Die *Kirchlichsozialen Frauengruppen* forderten in einer Versammlung in Berlin kirch-

liches Frauenstimmrecht und erklärten den weiblichen Einfluß in einer großen Anzahl öffentlicher Fragen für notwendig. ✕ Auch unter den deutschen Schauspielerinnen scheint man die Notwendigkeit eigener sozialer Betätigung der Frauen einzusehen. Das Frauenkomitee der Bühnengenossenschaft lehnte sich in einem Protest seiner Schriftführerin energisch gegen die Versuche männlicher Kollegen auf die Tätigkeit des Komitees auf rein humanitäre Aufgaben zu beschränken. ✕ In der Schweiz wurde der Volksabstimmung ein Gesetzentwurf unterbreitet, der das Eheverbot für Lehrerinnen gesetzlich festlegen wollte. Das Referendum entschied nach einer lebhaften Agitation der Sozialdemokratie und der Frauenrechtlerinnen gegen den Entwurf. ✕ Einen weiblichen Bürgermeister hat die Stadt Johannesburg in Südafrika gewählt. ✕ Das Polizeigericht in Brooklyn hat in der Abteilung für Ehestreitigkeiten einen weiblichen Eherichter eingestellt. Die Beamtin soll in sämtlichen Ehestreitigkeiten mitentscheiden. Sie wird besonders den weiblichen Standpunkt zur Geltung bringen. ✕ Ende Oktober tagte in London die *Internationale Männerliga für Frauenstimmrecht*, der der kürzlich in Liegnitz begründete *Deutsche Männerbund für Frauenstimmrecht* beigetreten ist. 1913 soll in Budapest ein internationaler Kongreß der Liga stattfinden, den die Konferenz mitvorbereiten wollte. ✕ Unter den Führern der englischen *Suffragettes* hat sich eine Spaltung vollzogen. Pethick Lawrence und seine Frau wollen die fanatischen Kampfmethoden der anderen nicht mehr mitmachen. Frau und Fräulein Pankhurst, nunmehr die alleinigen Führerinnen der *Suffragettes*, werden ein neues Blatt *The Suffragette* herausgeben, während die frühere Zeitschrift *Votes for Women* weiter unter der Redaktion der Lawrence verbleibt. ✕ Nach dem Vorstandsbericht an den Chemnitzer Parteitag zählt die deutsche Sozialdemokratie jetzt 130 371 weibliche Mitglieder auf 970 112 Organisierte überhaupt. Im Jahr vorher wurden 107 693 weibliche auf 836 562 Mitglieder im ganzen gezählt. Die politische Organisation der Frauen in der Partei wuchs also um 21 %, die der Männer um 15,2 %.

✕ **Literatur** ✕ Im *Volksvereinsverlag* in München-Gladbach erschien eine kleine Schrift *Die sozialdemokratische Frauenbewegung* von

J. Joos, die uns besonders interessieren muß. Es ist ihr wie manchen katholischen sozialen Veröffentlichungen ein Wille zu sachlicher Objektivität nachzuerhnen, soweit man von gegnerischem Standpunkt und soweit man durch bloßes Verfolgen der Literatur in einer verzweigten geschichtlichen Bewegung überhaupt zu einem objektiven Urteil gelangen kann. Es fehlen für den, der die Dinge aus eigener Erfahrung und Beobachtung kennt, die Unterströmungen, die meist das wirklich Bedeutungsvolle sind; der Verfasser hält sich, wie das freilich für ihn nicht anders möglich war, viel zu sehr an die literarischen Kundgebungen ganz weniger Führerinnen. Diese aber sind nur der offen zutage tretende Ausdruck der im Inneren ringenden Kräfte, von denen die *antiradikale* auch in der sozialdemokratischen Frauenbewegung natürlich durchaus nicht mit dem Zurücktreten einer einzelnen Schriftstellerin besiegt werden konnte. Sie ist im Gegenteil, soweit ich es beobachten kann, so lebendig, daß sie die sozialistische Frauenbewegung in nicht allzu ferner Zeit wohl ebenso zur Umkehr in vieler Hinsicht zwingen wird wie die allgemeine Arbeiterbewegung durch den Reformismus schon heute dazu veranlaßt worden ist.

WISSENSCHAFT

Geschichte / Paul Kampffmeyer

Deutsch-amerikaner Die kulturschöpferische Wirksamkeit des Deutschtums in Amerika ist in der letzten

Zeit in der Literatur wiederholt behandelt worden. Ich erinnere hier nur an die Arbeit Rudolf Gronaus *3 Jahrhunderte deutschen Lebens in Amerika*. Von ganz anderer wissenschaftlicher Bedeutung als dieses anregende populäre Buch ist die tiefgründige, auf gewissenhaftem, sorgfältigem Quellenstudium fußende Arbeit *Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten* von A. B. Faust / Leipzig, Teubner/.

Der 1. Band legt die Bedeutung des Deutschtums für die amerikanische Kultur dar. Wie erheblich die Deutschen in den letzten beiden Jahrhunderten die Union beeinflussen konnten, folgt allein schon aus den riesigen deutschen Bevölkerungshochfluten, die sich in diesem Zeitabschnitt fortgesetzt über Amerika ergossen haben. Das deutsche Element hat den 20 und mehr Millionen aus dem angelsächsisch-normannischen Reich seine 18 bis 19 Millionen, das heißt volle 27 % der gesamten weißen Bevölke-

rung hinzugesetzt. Und der deutsche Volksbestandteil war Träger einer hohen wirtschaftlichen und geistigen Kultur. Fast auf jedem Gebiet amerikanischen Lebens haben die Deutschen tiefe Ackerfurchen gezogen und in diese fruchtbaren Samen gestreut. Unablässig vervollkommenen Deutsche nicht nur alte, gebräuchliche Kulturmethoden in der Landwirtschaft, sondern sie förderten dort neue, den eigenartigen Wirtschaftsbedingungen Amerikas angepaßte Methoden zutage. Nach einer gründlichen, hauptsächlich einzelne große Landwirte, Gärtner usw. aufzuführenden Abhandlung über die Bedeutung der Deutschen für den Ackerbau und die Lebensmittelindustrie der Union kommt Professor Faust zu dem Schluß, »daß gewisse Eigenschaften des deutschen Ackerbauers ihm seit 2 Jahrhunderten den wohlverdienten Ruf verschafft haben der erfolgreichste Landwirt der Vereinigten Staaten zu sein«. Bahnbrechend ist dann der Deutsche als Techniker gewesen. In einigen Industriezweigen übten die Deutschen nach Faust sogar eine »Alleinherrschaft« aus. Unter den führenden Technikern Amerikas treffen wir auch den Ingenieur K. Steinmetz an, den ein Breslauer sozialdemokratischer Geheimbundsprozeß 1887 nach der Schweiz verschlug. Von dort siedelte er nach Amerika über. In Amerika wurde sein Laboratorium zu Schenectady »die Stätte tiefgründiger Forschung und einiger der großartigsten Erfindungen unserer Tage. Als Forscher und Erfinder ist Steinmetz neben Edison zu stellen«.

In den großen politischen Betreibungskämpfen glänzen überall deutsche Namen. Der erste Schritt zu einem selbständigen gemeinsamen Vorgehen der verschiedenen amerikanischen Kolonien »geschah auf Anregung Jacob Leislens, eines Deutschen, der im Jahr 1690 den ersten Kongreß auf amerikanischem Gebiet zusammenberief. Die Deutschen erklärten sich dann zuerst in Amerika gegen die Negerklaverei. Am 18. April 1688 legten die Quäker Germantowns Protest gegen das Kaufen und Halten von Negerklaven ein. Deutsche waren Mitbegründer der republikanischen Partei. Deutsche Burschenschafter und deutsche Achtundvierziger wie Karl Schurz, Franz Lieber nahmen führende Stellungen im politischen Leben der Union ein. Deutsche Sozialisten wie Weitling, F. A. Sorge, Dr. A. Douai waren die Apostel des Sozialismus in Amerika. Most zählte zu den Hauptverbreitern und Organisatoren des Anarchismus. Im amerikanischen Erziehungs-

wesen wurden der Kindergarten und die Universität »völlig nach deutschem Vorbild eingerichtet«. In der Musik ist den Deutschen »die Entwicklung des musikalischen Geschmacks in Amerika zu verdanken«. Die amerikanische Malerei stand 2mal unter deutschem Einfluß: von 1840 bis 1860 unter dem der Düsseldorfer Historien- und Landschaftsmalerei und dann von 1880 an unter dem der Münchener Schule. In der Skulptur waren führende Köpfe die Deutschen Karl Bitter, F. W. Ruckstuhl, W. H. Rinehart, C. H. Niehaus. Das deutsche Theater New Yorks hat in der ersten, künstlerischen Pflege des Dramas »Höheres geleistet als die meisten zeitgenössischen amerikanischen Theater«. Das deutsche Element schuf eine eigene deutschamerikanische Literatur. Deutsche Denker beeinflussten dann stark das amerikanische Schriftwesen. Deutsche verpflanzten die Karikatur nach Amerika. Der Deutsche Joseph Keppler rief das führende Witzblatt der Vereinigten Staaten ins Leben. Die deutschen Zeitungen in Amerika nahmen an Zahl und Bedeutung die erste Stelle unter den fremdsprachlichen Blättern ein. Die Körperpflege und das Turnen wurden besonders durch die Jünger Jahns, Follen und Lieber, gefördert, deutsche Feste und Lustbarkeiten wirkten stark auf die amerikanische Geselligkeit ein. Auf philosophischem und religiös-kulturellem Gebiet sind die Deutschen kühne Bahnbrecher und fleißige Förderer gewesen. Im 2. Band seines Werks zeichnet dann Faust die geschichtliche Entwicklung des Deutschtums in Amerika: die ersten deutschen Ansiedlungen in Germantown, Pennsylvanien, die pfälzische Einwanderung nach New York, die Niederlassungen der Deutschen in Virginien, in Nord- und Südkarolina, die Eroberung des Westens der Union. Es ist erstaunlich, was gerade die Deutschen auf kolonialisatorischem Gebiet als Kulturpioniere geleistet haben. Die Deutschen, das stellt Professor Faust fest, sind heute sehr gleichmäßig über die Vereinigten Staaten verteilt. Vergleicht man die verschiedenen deutschen Einwanderungsgruppen mit einander, so muß man konstatieren, daß gerade die mit politischen Flüchtlingen durchsetzte Gruppe für die Hebung der amerikanischen Kultur von großer Bedeutung wurde. An dem Werk A. B. Fausts kann hierfür kein Historiker oder Sozialforscher vorübergehen, der den Einfluß der Deutschen auf die Kulturentwicklung der Union erfassen will.

China Ein Urteil über die ostasiatische Kultur, vor allem die kulturellen und politischen Verhältnisse Chinas ermöglicht die Schrift Ku Hung-Mings *Chinas Verteidigung gegen europäische Ideen*, die A. Paquet herausgab / Jena, Diederichs/. Ku Hung-Ming ist ein Bewunderer der Mandschuaristokratie, und obwohl er ihre großen Schwächen nicht verschweigt, erklärt er doch diese Aristokratie für den Fels, auf dem allein eine neue Ordnung Chinas gebaut werden kann. Das Urteil des konservativ-chinesisch gerichteten Mannes über viele führende Köpfe des modernen Chinas ist daher einseitig und hart. Gegen die Kultur Europas spielt Ku Hung-Ming den Satz aus: »Die Höhe der Lebenshaltung ist eine Vorbedingung der Kultur, aber sie ist keineswegs an sich schon die Kultur.« Er vergleicht dann den liberalen Intellektualismus des 18. Jahrhunderts mit dem bourgeois Liberalismus unserer Zeit. Jener Liberalismus des Zeitalters der Aufklärung hat nach Ku Hung-Ming gerade wertvolle, für seine ganze Ideenrichtung entscheidende Anregungen von China ernalten: »Wer sich die Mühe gibt, so führt er aus, »die Werke eines Voltaire, Diderot und besonders den *Esprit des lois* von Montesquieu zu lesen, wird bemerken, welchen Antriebe diese Kenntnis chinesischer Bücher und Einrichtungen, wenn nicht der Entstehung des *germe de raison*, so doch zum mindesten der raschen Entwicklung und Ausbreitung dessen, was wir heute liberale Ideen nennen, gegeben hat.« Der Wert solchen rationalistischen Geistes und seine Grenzen bleiben hier ununtersucht. Aehselzuckend meint Ku Hung-Ming, der Militarismus sei wohl in Europa notwendig, weil es mißvergnügt ist, nicht aber in China, das gut regiert wird. Und über den Liberalismus der »gesättigten« Bürger des 19. Jahrhunderts fällt er das Urteil: »Der Liberalismus des heutigen Europas scheint mir ebenfalls eine Oligarchie geworden zu sein: eine Oligarchie gesättigter Einzelner. Der europäische Liberalismus des 18. Jahrhunderts hatte Kultur, der Liberalismus von heute hat seine Kultur verloren. Der Liberalismus der Vergangenheit las Bücher und verstand Ideen, der moderne Liberalismus liest höchstens Zeitungen und benutzt die großen liberalen Phrasen der Vergangenheit als Schlagwort für seine selbstischen Interessen. Der Liberalismus des 18. Jahrhunderts focht für Recht und Gerechtigkeit, der Pseudoliberalismus von heute siefnt für Rechte und Handelsprivilegien.

Der Liberalismus der Vergangenheit kämpfte für die Sache der Menschheit, der Pseudoliberalismus von heute sucht die investierten Interessen von Kapitalisten und Finanzleuten zu fördern.« Auch in dieser Betrachtung kommt (unabhängig von der Richtigkeit der Tatsachen) der Intellektualismus des Chinesen deutlich zum Ausdruck. Gegenüber der Kanonen- und *Dreadnought*-Kultur Europas, die überall den Grundsatz der *offenen Tür* für Handel, Eisenbahnen durchführen will, proklamiert er das Prinzip der offenen Tür für intellektuelle und moralische Werte. »Ohne offene Tür des Intellekts gibt es keine wahre Erweiterung des Geistes, und ohne wahre Erweiterung des Geistes gibt es keinen Fortschritt.« Ku Hung-Ming erzählt uns dann die Geschichte einer chinesischen Oxfordbewegung, die gegen den modernen Liberalismus, gegen die modernen europäischen Ideen vom Bildungsfortschritt gerichtet war. Und diese Bewegung, die die Grundlagen der chinesischen Kultur befestigen und erweitern sollte, ist gescheitert. Der chinesische Intellektuelle verherrlicht gegenüber den Gewaltmethoden der europäischen Kultur die Methode des Konfuzius die Menschen zu bessern. »Der Erde kann durch ein Leben in Einfachheit und Ernst allein Friede und Ordnung in der Welt herbeiführen.« Das ist die einzige Macht Chinas nach der Ansicht Ku Hung-Mings, um seine Kultur vor der europäischen zu retten.

× **Kurze Chronik** Die *Ungarische Rundschau* für historische und soziale Wissenschaften brachte eine interessante Studie Dr. B. Homans über die erste staatliche direkte Steuer. Das eroberte Volk fordert dem unterworfenen gewisse materielle Leistungen ab, »der friedlichen Duldung« halber. Aus dieser *Toleranzgebühr* entsteht die erste staatliche Steuer, die Militärbefreiungstaxe der niederen, dem Ursprung nach fremden Gesellschaftsklasse, und diese Steuer bildet eine allgemein und auf der primitivsten Stufe der Entwicklung aller Völker sich wiederholende Erscheinung. × Durch seinen fesselnden Gegenstand und durch die Kraft der Darstellung gleich ausgezeichnet ist das Buch Guglielmo Ferreros *Die Frauen der Cäsaren* /Stuttgart, J. Hoffmann/, das eine Art *Ergänzungsband* zu dem bedeutenden, in dieser Rundschau (1908, 1. Band, pag. 133, 1910, 2. Band, pag. 658, und 1911, 3. Band, pag. 1367) mehrfach besprochenen großen Werk des italienischen Gelehrten bildet.

Das Leben der römischen Frauen und des römischen Weltreichs spiegelt sich in den dramatischen Schicksalen der Frauen der Cäsaren. Der Wert des Buches wird noch durch 26 sehr gute Reproduktionen von römischen Porträtstatuen und Büsten erhöht. × In welchem Umfang der Marienkultus noch im katholischen Volk heute verbreitet ist, das beweist überzeugend die anregende Schrift Dr. Heinrich Loewes *Die Juden in der katholischen Legende* /Berlin, Jüdischer Verlag/. Die Vorstellungen und Empfindungen des Mittelalters, die jantisch die Juden als Krenziger Christi, als Hostienfrevler, als Zerstörer und Entweiher der Marienbilder anklagen, sind noch heute in den Judenverfolgungen und Pogroms lebendig. Die Marienlegende wirkt bis zur Stunde fort. Da behauptete zum Beispiel der *Tiroler*, die Juden hätten die Krönung Mariens am südlichen Karersee durch eine gotteslästerliche Prozession am 15. August 1909 verhöhnt. »Aber die Laugmut Gottes scheint zu Ende gewesen zu sein, es griff eine höhere Macht ein und setzte diesem empörenden Frevel selbst die Krone auf, die fürchterlichste Feuerkrone, indem am selben Fest, den 15. August 1910, das ganze Hotel am Karersee, das solche infame Lästerei in seinen Mauern barg, bis auf den Grund zusammenbrannte.« Dagegen stellten die *Münchener Neuesten Nachrichten* fest, daß die Behauptung, Fremde hätten am Karersee eine Spottprozession abgehalten, frei erfunden sei.

× **Literatur** Der jüdische Philosoph und Arzt Maimonides ist heute im westlichen Europa mit seinen Werken verhältnismäßig sehr wenig mehr bekannt. In früheren Jahrhunderten war er den Humanisten und Philosophen eine vertraute Erscheinung. Heute hat er im wesentlichen nur noch in den Kreisen des gelehrten osteuropäischen Judentums, das ihn als bedeutendsten Religionsphilosophen und Ethiker des Mittelalters kennt, Einfluß und Bedeutung. Und doch verdient der Verfasser des *Führers der Irrenden* auch, daß man sich in Westeuropa wieder mit ihm beschäftigt. Der Leser wird bei diesem mittelalterlichen Denker sehr vieles finden, das er erst als Errungenschaft neuzeitlichen Empfindens anzusehen gewohnt ist. Aus diesem Grund hat das Buch *Moses ben Maimon (Maimonides): Sein Leben und seine Werke* von Dr. J. Münz /Frankfurt, Kauffmann/ auch erhebliches historisches Interesse. Es ist nicht nur die Biographie eines bedeutenden Menschen

sondern auch ein Beitrag zur Geschichte der Juden und des geistigen Lebens im Mittelalter überhaupt. X Eine neue Ausgabe von Luthers Werken hat Otto Clemen unter Mitwirkung von Albert Leitzmann herauszugeben begonnen /Bonn, Marcus & Weber/. Sie ist nach der Absicht des Herausgebers »rein historisch orientiert«, sie zeigt in dem Dargebotenen die geschichtliche Stellung Luthers in ihrer vielseitigen Bedeutung. In der Schreibweise und Interpunktion ist der Urdruck genau reproduziert (mit Modifikationen nur in den lateinischen Texten). Die kurzen Einleitungen bringen Angaben über die Entstehung der betreffenden Schriften und über neuere Literatur zu ihnen. Die 2 vorliegenden Bände umfassen die Jahre 1517 bis 1524; 2 weitere sollen noch folgen. Wenn die Ausgabe abgeschlossen sein wird, soll hier noch über ihren Gesamthalt einiges gesagt werden. Sie ist sicherlich von großem Wert, gerade in ihrer Beschränkung, und namentlich als Geschichtsquelle.

Rechtswissenschaft / Otto Lang

Friedensrecht Die Geschichte bewegt sich in Gegensätzen und Widersprüchen. Während das Wettrüsten seinen Fortgang nimmt, mehrt sich zu gleicher Zeit die Zahl derjenigen, die nach Mitteln suchen eine internationale Abrüstung herbeizuführen. Gewiß, der bürgerliche Friedensapostel, der vor jedem wie immer gearteten zweckdienlichen Mittel zurückschreckt, ist nicht sehr ernst zu nehmen. Und ob die bürgerliche Friedensbewegung eine ernsthafte Belastungsprobe bestehen und einer nationalen Sturmflut standhalten wird, kann man füglich bezweifeln. Das Werk der Haager Friedenskonferenzen, den internationalen Schiedsgerichtshof, wird man, zumal was seine praktische Bedeutung für die Verhütung kriegerischer Verwickelungen betrifft, nicht überschätzen dürfen. Eine andere Frage ist die nach seiner Entwicklungsmöglichkeit. Diese wird von mancher Seite sehr hoch eingeschätzt. Der Marburger Professor Dr. Walther Schücking gibt unter dem Titel *Das Werk von Haag* /Leipzig, Duncker & Humblot/ eine Reihe von Schriften heraus, die der wissenschaftlichen Vertiefung des Pazifismus, freilich einseitig nach seiner rechtlich-ideologischen Seite hin, dienen.

Der 1. Band führt den Titel *Der Staatenverband der Haager Konferenzen*. Professor Schücking vertritt darin mit großer Wärme den Gedanken, daß man

es im Werk vom Haag nicht nur mit einem völkerrechtlichen Zweckverband sondern mit einem, wenn auch noch lose gefügten Weltstaatenbund zu tun hat, einem Staatenverband, in dem sich die Kulturstaaten zu einem politischen Zweck, der Erhaltung des Friedens, organisierten. Eingehend erörtert er die organisatorischen Aufgaben der für das Jahr 1915 angesagten 3. Haager Konferenz und zeigt, welche Ausgestaltung der Weltstaatenbund erhalten und über welche Stationen der Weg führen soll und kann: Garantie der gegenseitigen Besitzverhältnisse, internationale Exekution der Schiedssprüche, Weltparlament. In dem Verhältnis, in dem der Weltstaatenbund sich festigt, werden die Aussichten für eine internationale Abrüstung sich bessern. Daß diese zurzeit in Deutschland noch nicht günstig sind, verhehlt sich der Verfasser nicht. Die Erklärung dieser Tatsache sieht er namentlich darin, daß es bisher den politisch führenden Schichten noch immer gelungen ist die ungeheuren Ausgaben für Heer und Marine (alljährlich über 1600 Millionen Mark) auf die Schultern der breiten Masse unzuliegen. »Wenn wir eine demokratische Regierung hätten, die wie in England die oberen Klassen mit einer jährlichen Erbschaftsteuer von 500 Millionen Mark belastete, ... dann würde das Verständnis für das Problem der Rüstungsbeschränkung wahrscheinlich in den höheren Kreisen Deutschlands sehr viel größer sein.«

Der 2. Band, von Dr. Hans Wehberg, heißt *Das Problem eines internationalen Staatengerichtshofs*. Gemeint ist der ständige Gerichtshof, dessen Organisation und Zuständigkeit eingehend erörtert wird, eine wertvolle Vorarbeit für den nächsten Haager Kongreß, der sich mit diesem Problem befassen soll.

Vor 7 Jahren hat Alfred H. Fried sein bekanntes *Handbuch der Friedensbewegung* herausgegeben /Leipzig, Reichenbach/. Kürzlich ist der 1. Teil, der Grundlagen, Inhalt und Ziele der Friedensbewegung behandelt, in 2. Auflage erschienen. Er enthält eine Fülle von Material, das, in übersichtlicher Anordnung geboten, die Orientierung auf diesem Gebiet wesentlich erleichtert.

X X
KurzeChronik Die internationale Wechselkonferenz hat ihre Arbeit beendet. Die dort beschlossene Konvention ist bereits von 20 Staaten unterzeichnet. X Die englische Postverwaltung lehnte die Haft-

pflicht für die Postsendungen, die bei der *Titanik*-katastrophe verloren gingen, mit der Begründung ab, der Untergang des Schiffes sei durch höhere Gewalt herbeigeführt. × Eine gesetzliche Regelung des Tarifvertrags verlangt der deutsche Handwerker- und Gewerkekammertag. In den Gewerkschaften überwiegt die Auffassung, daß der Zeitpunkt für eine Kodifizierung noch nicht gekommen sei. × Die Zahl der Referendare hat in letzter Zeit eine kleine Abnahme erfahren; dagegen ist die Zahl der Juristen an den deutschen Universitäten immer noch im Steigen begriffen. Sie belief sich in diesem Jahr auf 11087; darunter waren 39 Frauen.

× Literatur

× *Das Wesen des Wechselrechts und die clausula rebus sic stantibus* erörtert eingehend Dr. Erich Kaufmann /Tübingen, Mohr/. Es handelt sich um die Frage, ob die Vertragsparteien an einen Staatsvertrag unbedingt oder aber nur so lange gebunden sind als die Verhältnisse, unter denen er abgeschlossen wurde, keine wesentliche Veränderung erfahren haben. Der Verfasser entscheidet sich für das zweite. Er geht von der Erwägung aus, »daß das Selbsterhaltungsrecht die Grenze bezeichne, die allem völkerrechtlichen Vertragsrecht gezogen sei«. Der einzelne Staat sei an einen Vertrag nur so lange gebunden als der Vertrag mit seinem Selbsterhaltungsrecht vereinbar ist. Beizufügen wäre: daß, wenn der Entscheid darüber, ob diese Voraussetzung zutrifft, nicht einem internationalen Gerichtshof übertragen ist, die Vertragstreue im zwischenstaatlichen Verkehr eine nackte Machtfrage bleibt. × In der lesenswerten Schrift *Die gesetzliche Regelung der Tarifverträge* /Berlin, Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands/ begründet der Vorsitzende des deutschen Holzarbeiterverbands Theodor Leipart die These, daß die Arbeiterschaft sich zurzeit von einer gesetzlichen Regelung des Tarifvertrags keine Vorteile versprechen könne und sie sich deshalb darauf beschränken solle die Beseitigung der dem Koalitionsrecht und der Durchführung der Tarifverträge nachteiligen Gesetzesbestimmungen zu fordern. × In seiner Doktordissertation untersucht Dr. C. Tassilio Hoffmann die *Ursachen der Kriminalität in der Provinz Pommern*. Auf Seite 86 findet sich die heitere Bemerkung, daß die sozialdemokratischen Lehren geeignet

seien die Arbeiter zu Eigentumsvergehen zu verleiten. × *Polizei und Prostitution* ist der Titel einer Broschüre, die Dr. Kurt Wolzendorf veröffentlicht /Tübingen, Laupp/. Er schildert im geschichtlichen Teil die Stellung der Polizei zur Prostitution in den verschiedenen Epochen und Ländern, um in den letzten beiden Kapiteln seinen Standpunkt darzulegen: Er plädiert für die Isolierung oder Kasernierung der Prostituierten, weil damit der Schutz der Kinder und Jugendlichen vor dem Verkehr mit Prostituierten sowie deren Überwachung am ehesten ermöglicht, und für den Kampf gegen die Syphilis die besten Bedingungen geschaffen werden. × Bei Carl Heymann erschien eine Textausgabe des Hausarbeitsgesetzes, das am 1. April in Kraft trat. Sie empfiehlt sich durch die gute Ausstattung und den geringen Preis von 20 Pfennig. × Regierungsrat K. Meinel hat das Versicherungsgesetz für Angestellte, mit einem Sachregister versehen, erscheinen lassen /München, Schweitzer/. Die ersten 30 Seiten enthalten eine Einleitung mit einer Inhaltsangabe, die das Verständnis des Gesetzes wesentlich erleichtert. × In der bekannten kleinen Schwarzschen Sammlung sind die neue preußische Beamtenbesoldungsverordnung, die preußische Gesindeordnung und, in einem Bändchen vereinigt, die neue Wechselordnung, das Wechselstempelgesetz und das Scheckgesetz herausgegeben worden. Ferner sind in der Sammlung 2 Bändchen erschienen, die durch kurze Anmerkungen, Formulare und Musterbeispiele dem Laien an die Hand gehen wollen. Das eine betitelt sich *Wie macht man sein Testament kostenlos selbst?*, das andere *Das neue Zivilprozeßverfahren vor dem Amtsgericht*. Verfasser ist Bureauvorsteher Richard Burgemeister. × Unter dem Titel *Das preußische Einkommensteuergesetz* hat der Verlag der Westdeutschen Arbeiterzeitung in München-Gladbach zum Preis von 30 Pfennig eine klare und leichtverständliche Erläuterung dieses Gesetzes herausgegeben, mit einer Anzahl von Formularen, die für Einsprachen als Vorlage dienen können.

KUNST

Bildende Kunst / Lisbeth Stern

Pathetiker Von den Waldenschen Ausstellungen habe ich die Kandinskykollektion leider versäumen müssen. In der Ausstellung

der Pathetiker schien mir aber wieder viel Kraft zu stecken, und wenn man auch leider viel zu oft Reminiszenzen an Kokoschka und auch an die späteren Cézanneschen Figurenkompositionen fühlte, so war doch wirklich empfundene Leidenschaft dabei. Zum Beispiel in den Porträts von Hans Meidner steckt etwas von sehr subjektiver, aber starker menschlicher Auffassung. Meist ist es ein grobknochiger, robust leidenschaftlicher Knabenkopf, dessen Hirn von der Welt umher schlimmstens bedrängt ist. Oft stürzen Häuser und ganze Welten um ihn herum zusammen. Auch die Jeremiaasklagen und die Apokalypsen von Steinhardt haben Pathos und Ernst. Nur ist es ärgerlich, daß das Gegenständliche oft so sehr vor irgendwelchem Gefühlsehalt der Massen oder Linien in den Hintergrund tritt, daß es nicht mehr kenntlich ist. Ich habe durchaus das Recht Kenntlichkeit zu verlangen und will nicht von unbestimmten Gefühlen hin- und hergeschoben werden, und wenn ich auch gern bereit bin mit den Augen dieser Maler die Dinge zu sehen, so dürfen sie doch nicht gänzlich blutunterlaufen sein von irgendwelchem Gefühlsdrang, der ihnen die Dinge selbst verwischt.

× Kleidermode Ich war in der Modeausstellung des Hohenzollernkunstgewerbehauses in Berlin. Und ich möchte hier darüber berichten, obgleich diese Sache weit eher in die Rundschau *Kunstgewerbe* gehört; aber sie hat immerhin genügend Berührungspunkte mit der bildenden Kunst, so daß die Grenzüberschreitung vielleicht ausnahmsweise gerechtfertigt ist.

In dieser Ausstellung sah man neben einander die Moden der Vergangenheit bis hinauf zum ersten Anfang des 10. Jahrhunderts und die Mode von heute. Und auffallend ist, wie die heutige, die doch an Geschmack und Kultur ganz außerordentlich manciert ist, dort doch schließlich leblos wirkt. Das Gegenwärtige muß man eben auf der Straße suchen, und nicht in einer Ausstellung. Mit der Mode ist es überhaupt ein eigenes Ding. Sie ist wohl die allerflüchtigste, beweglichste und kapriziöseste aller Kunstformen, und gerade daß sie so flüchtig und so spielerisch ist, macht ihr Wesen aus. Stets ist das Gefühl da: sieh mich, heute lebe ich und morgen bin ich tot; und auch nur von deinem Ansehen kann ich leben, ohne das bin ich sinnlos und leer. Es werden so viele Aus-

gangspunkte für die Kunst angenommen; eine der primitivsten Entladungen des Kunstinstinkts ist auch der Trieb sich zu schmücken. Was im eigentlichen Sinn jetzt als Kunst in uns lebt, hat freilich mit all diesen Trieben nichts mehr zu tun und ist so unabhängig von Zeit und Mode wie nur eines. Diese wirkliche Kunst ist ganz und gar mit dem einzelnen und seiner Schöpfungskraft verknüpft und wird jedesmal frisch geboren, mit der selben Wunderkraft. Hier bei der Mode ist es gerade umgekehrt: Keinen einzelnen sieht man frei schaffen, sondern ein jeder ist zum Objekt geworden und wird von einer fremden Kraft hin- und hergeschoben; er wird tänzeln gelassen oder schreiten, je nachdem es diesen seltsamen Spiritus gut dünkt. Vom Künstler ist man endgültig zum Kunstobjekt herab degradiert, und als Staffage geht man hier und dort hin und hat auszusehen wie das Gesamtbild es verlangt. Es ist, als wenn unter all unserm Gesellschaftsgetriebe ein Geist sein Wesen triebe, von dem man selber nichts weiß, der sich an den Spielereien vergnügt und den Puppen, mit denen er hantiert, einpustet, was sie schön zu finden haben. Und dieses alles trifft nur zu auf die Menschen in ihrem Zusammen. Allein, oder mit den Kindern oder Freunden, bin ich wohl ich, aber ich bin es nicht mehr, sobald ich auf die Straße komme. Da sind die Häuser, die Plätze und die anderen Menschen, und diese alle nehmen mich sofort auf als den Ihren, und ich muß ein Tönchen sein in ihrem Orchester. Jede Umgebung verlangt einen andern Menschen, der Mensch paßt in einer Art Mimikry sich ihr an. Wenn eine neue Mode scheinbar aus dem Nichts hervorschießt, nimmt sie den einzelnen wohl oder übel mit sich, und nur die scheinen sich zur Wehr zu setzen, die etwas vom Selbstschaffen in sich fühlen, und die sich nun in dem Gefühl ihrer Subjektivität bedrückt sehen; entweder versuchen sie es mit vollständiger Isolierung, oder sie suchen nach einem Mittelweg, mit dem ihre Person leidlich gut abschneidet; aber eine wirkliche Unabhängigkeit von der Mode scheint bei Menschen, die im Konnex mit anderen leben, im Grunde illusorisch. Ihre Grundformen, wie etwa die Proportion des Ober- und Unterkörpers und die Lage des Schwergewichts, sind einmal in den Augen drin, und alle Versuche sich nach individuellen Schönheitsprinzipien zu kleiden müssen scheitern. Es sei denn, daß in dem vorgefühlten Typ sich der Gang

der notwendigen Entwicklung dokumentiert. Fehlt aber diese sachliche Notwendigkeit, tritt an deren Stelle das bloße Bedürfnis sich individuell-dekorativ in Szene zu setzen, so ist solches Beginnen, das angeblich im Namen der Kunst geübt wird, in Wahrheit unkünstlerisch und gemeinhin lächerlich.

Mode ist nicht schön und nicht häßlich: sie ist eben nur eine festgelegte Art sich zu geben, und genau so wie der Kunststil wechselt und Hand in Hand mit ihm die Art des Lebensgefühls, so, nur unendlich viel beweglicher und leichter, wechselt auch die Kleidermode. Wie sehr sich aber in den großen Perioden der ganze Mensch ändert, geht schon daraus hervor, daß fast jeder, der sich in die Kleider einer andern Zeit hineinsteckt, stets mehr oder weniger verkleidet aussieht. Viel wird allerdings hierbei mitsprechen, daß wir die damalige Mode nur mit den Augen ihrer Künstler, mit ihrer Stilisierung und Technik zu sehen gewohnt sind, und wir sie in dieser körperlich lebendigen Nähe nicht recht wiedererkennen. Aber auch ohne dies müssen die Menschen selbst sich gewandelt haben, in Bewegung, Haltung und Gesicht: Und weshalb soll diese Stilverschiedenheit, wo sie sich am allerlebendigsten und nächsten entladet, nicht Kunst sein, nur weil man den Künstler nicht sieht? Hat man in der Biedermeierzeit sich ruhig, weich und weiblich wohl bewegt, so ist das entscheidende Moment heute offenbar die rasche aufrechte Bewegung mit dem kurzen Rock und den leichtfüßigen Schuhen.

In der retrospektiven Abteilung der Ausstellung sah man die ganz keuschen Kleiderchen aus der Zeit der Düsseldorf, dann wohl 20 bis 25 Jahre zurück die Reminiszenzen aus dem *West-östlichen Divan* mit ihrem orientalischeschwung. Selbst die Zeit der *Tournure* ist jetzt entfernt genug, um einen ganz bestimmten Lebensgehalt in ihr zu fühlen; am adäquatesten ist er wohl von Manet gefaßt: naiv, freudig und ein wenig parvenuhaft protzend. Die ganz letzt verflossene Mode ist die einzige, zu der wir schlechthin überhaupt kein Verhältnis haben, und die wir mit keinem andern Begriff als mit dem des *Allmodischen* und *Alljüngferlichen* zu bezeichnen vermögen. Wie merkwürdig haben sich übrigens in der letzten Zeit die sehr lebhaften, von der Volkskunst entlehnten Farben gewandelt. Sie sind zu allerhand komplizierten, seltsamen Differenzierungen gekommen

und brechen jetzt meist nur aus irgendeinem zurückhaltenden Medium halb mit Widerstreben heraus. Und man spürt auch deutlich das Streben nach einem geschlossenen Takt (wenn freilich noch lange nicht mit der Strenge wie bei der Herrenmode). Nicht nur die elegante Welt macht es mit, sondern mit aller Naivetät und mit den alleranseligsten Mitteln fast ein jedes kleine Mädchen. In diesem Vermögen einen wirklich modernen Habitus zu zeigen liegt deutlich ein ganz wesentlicher künstlerischer Instinkt: nicht jene künstlerisch schaffende geistige Kraft, aber die künstlerische Feinfühligkeit und der Takt des Verstehens und des Einpassens.

Die Ausstellung hatte übrigens ein sehr wesentliches Manko. Ich denke an die Wachspuppen, auf denen die Kleider angebracht sind, und die noch nichts von irgendeinem Kunststil in sich spüren. Sie sehen aus wie die Figuren aus den Modeschneiderblättern, völlig zeitlos, wie sie schon vor 20 Jahren aussahen, während in den freien Zeichnungen, besonders in den Pariser Blättern, Glänzendes geleistet wird.

×

Kurze Chronik Die Berliner *Sesssion* hat zu ihrem Präsidenten Paul Cassirer bestimmt. Die Berufung eines Nichtkünstlers auf diesen Posten hat in der Öffentlichkeit manche Anfechtung erfahren, die durch schematische Denkgewohnheiten veranlaßt wurde. Bemerkenswert ist auch, daß Käthe Kollwitz in den Vorstand gewählt wurde. × Der Verein *Leipziger Jahresausstellung* (Vorsitzender Max Klinger) hat auf eine städtische Subventionierung seiner nächstjährigen Ausstellung verzichtet, weil die Stadtverordneten daran die Bedingung geknüpft hatten, daß die außerhalb dieses Vereins stehenden Künstler und Künstlervereine unter eigener Jury ausstellen dürften.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Stickstoffbindung Für die organische Welt sind die Stickstoffverbindungen unbedingtes Lebensbedürfnis, da aus ihnen die Eiweißstoffe in Pflanze und Tier aufgebaut werden. In der atmosphärischen Luft sind nun zwar unerschöpfliche Vorräte an reinem Stickstoff vorhanden, aber dieser Stickstoff ist nicht assimilierbar. Nur Stickstoffverbindungen können von den

Pflanzen aufgenommen werden, und der tierische Organismus bedarf zu seiner Ernährung sogar der fertigen Eiweißverbindungen. Das ganze Ernährungsproblem der organischen Welt ist also auf das Vorhandensein von Stickstoffverbindungen im Nahrungsreservoir der Pflanzen basiert, für unsere Kulturpflanzen also auf den Gehalt des Bodens an Stickstoffverbindungen. Für das unbestellte Land ist der Gehalt des Bodens an Stickstoff dauernd konstant. In der Steppe oder im Urwald liefert die absterbende Pflanzengeneration getreulich den Stickstoff an den Boden wieder zurück, den sie für ihren eigenen Aufbau verbraucht hatte. Bei dem Bau unserer Kulturpflanzen aber wird dem Boden dauernd Stickstoff entzogen; denn bei der Ernte werden die Pflanzen ja von dem Mutterboden entfernt. Es muß dem Ackerboden also künstlich Stickstoff wieder zugeführt werden. Das geschieht zum Teil durch animalische Düngemittel zum Teil durch künstliche, wie durch Düngung mit Salpeter oder schwefelsaurem Ammonium. Der Weltbedarf an gebundenem Stickstoff beträgt dem Wert nach zirka 700 Millionen Mark im Jahr; seine große wirtschaftliche Bedeutung steht also außer Frage. Die irdischen Vorräte an gebundenem Stickstoff sind aber durchaus nicht unerschöpflich, und selbst die reichsten Fundstätten, wie die des Chilesalpeters, gehen ihrem Ende entgegen.

Es ist deshalb klar, daß schon seit langem nach Verfahren gesucht wird den Luftstickstoff in wirtschaftlicher Weise chemisch zu binden. Das neueste Verfahren, von Häußer, beruht auf der Oxydation des Stickstoffs beim Auftreten von Gasexplosionen, bei denen bekanntlich sehr hohe Temperaturen und Drucke wenigstens momentan auftreten. Steigerung des Drucks und der Temperatur sind die wichtigsten Mittel des Chemikers, um träge Elemente, wie es der Stickstoff ist, zur Aktion zu zwingen. Daß sich bei Gasexplosionen Stickstoffoxyde bilden, ist an sich schon seit langem bekannt; eine technische Verwertung dieses Vorgangs zur Gewinnung von Stickstoffverbindungen ist aber bisher noch nicht versucht worden, weil die nach den gegenwärtigen theoretischen Anschauungen über die Stickstoffoxydbildung erwartete Höchstaussbeute viel zu gering erschien, um ein derartiges Verfahren wirtschaftlich erscheinen zu lassen. Bei Versuchen im Laboratorium hat sich aber gezeigt, daß die wirkliche

Aussbeute die theoretisch erwartete um mehr als 100% übertraf, so daß sofort die Chancen für die Wirtschaftlichkeit bedeutend stiegen.

Der chemische Vorgang bei der Bildung von Stickstoffverbindungen bei der Explosion von Leuchtgas ist sehr einfach. Das Leuchtgas kommt nur als Wärmequelle in Betracht, durch die bei der Explosion der Luftstickstoff hoch erhitzt und stark komprimiert wird. Er verbindet sich dann bei der Explosion in einer Bombe mit dem Luftsauerstoff zu Stickoxyd, das bei der Abkühlung aus dem in den Abgasen noch reichlich vorhandenen Sauerstoff weiter Sauerstoff aufnimmt und Stickstoffdioxid bildet, ein rötlich braunes Gas, das leicht in Salpetersäure verwandelt werden kann. Die Wirtschaftlichkeit des Verfahrens hängt in erster Linie von den Erzeugungskosten des Leuchtgases ab, und es kommt deshalb von vornherein nur dasjenige Leuchtgas in Betracht, das bei der industriellen Kokerzeugung als Nebenprodukt auftritt. Die zur Ausnutzung des Verfahrens gegründete *Aktiengesellschaft Stickstoffverwertung* in Heringen bei Hamm ist geradezu ein Unternehmen zur industriellen Verwertung der Koks-ofengase.

Die maschinelle Einrichtung zur Erzeugung von Stickstoffverbindungen durch Gasexplosion ist verhältnismäßig einfach. Sie besteht im wesentlichen aus einem Kompressor mit einer besonderen Steuerung und einer an den Kompressor angebauten Explosionsbombe. Der Kompressor fördert während einiger Umdrehungen ein explosives Gasluftgemisch in die Bombe, dann erfolgt hier auf elektrischem Weg eine Zündung und unmittelbar nach beendeter Explosion der Auspuff. Nach dem Auspuff bläst der Kompressor reine Luft durch die Bombe, um die Verbrennungsgase auszuspielen, darauf schließt sich das Auspuffventil der Bombe, und das Spiel beginnt von neuem. Zur Erhöhung der Leistung wird der Kompressor von der Bombe getrennt, und zweckmäßig werden besondere Kompressoren für das Gas und die atmosphärische Luft angeordnet, so daß an jedes Kompressorenaggregat mehrere Explosionsbomben angeschlossen werden können. Zur Erhöhung der Ausbeute wird die Verbrennungsdruckluft vorgewärmt und ihr auch ein gewisses Quantum von Sauerstoff zugesetzt, der natürlich nicht chemisch rein zu sein braucht. Der wichtigste Teil der Anlage ist die gesteuerte Explosionsbombe von 100

Liter Inhalt. Sie besteht aus einem Stahlgußzylinder mit halbkugelförmigen Enden und offener Mantelkühlung. Gasgemisch und Spülluft werden durch einfache Tellerventile reguliert. Zur Zündung dient ein Magnetinduktor mit Funkenabreißvorrichtung. Die aus der Bombe austretenden Verbrennungsgase streichen von oben durch Kühlschlangen. Die gekühlten Gase treten dann in einen Oxydationsturm ein, in dem sich die Bildung des Stickstoffdioxyds vollzieht, und gelangen schließlich durch einen kleinern Endturm hindurch ins Freie. Da die Auspuffgase eine Temperatur von zirka 1000° besitzen, so können sie bequem zur Vorwärmung der Preßluft benutzt werden.

Bei einer Temperatur von 1900°, die bei genügender Vorwärmung und Sauerstoffzusatz schon bei 3 Atmosphären Überdruck erreicht wird, ist auf 1 Kubikmeter verbrannten Gases eine Ausbeute von 200 Grammen Salpetersäure zu erwarten. Da die maschinellen Anlagen einfach sind, und Koksofengase im Überschuß zur Verfügung stehen, so erscheint das neue Verfahren zur Gewinnung von Stickstoffverbindungen sehr aussichtsreich zu sein.

× **Gashelzung und -beleuchtung** ×
Bei der Verwendung unseres Leucht- resp. Heizgases denken wir immer zuerst an die Gasflamme. Neuerdings ist es aber gelungen mit brennbaren Gasen eine Wärmezeugung zu ermöglichen, ohne daß eine sichtbare Flamme auftritt. Diese Entdeckung ist von William A. Bone aus Leeds in England gemacht worden. Wenn man nämlich eine ohne Zufuhr von sekundärem Luftsauerstoff brennbare Gasmischung, also etwa ein Gemisch von Leuchtgas und Luft im Verhältnis von 1 zu 6 auf eine poröse, feuerfeste, glühende Platte leitet, so daß das Gasgemisch in die Poren der Platte eindringen kann, so findet in den Schichten, in denen sich Gas und feste Substanz berühren, eine äußerst lebhaftere Verbrennung statt, ohne daß dabei eine sichtbare Flamme entsteht. Durch die Verbrennung innerhalb der porösen Substanz wird diese natürlich dauernd in Glut erhalten. Diese Entdeckung veranlaßte A. Bone die flammenlose Gasverbrennung für industrielle Zwecke auszunutzen. Die Vorteile der neuen Heizmethode bestehen in folgenden: Durch die glühende Fläche wird die Verbrennung sehr beschleunigt, und sie kann an den Stellen besonders konzentriert wer-

den, wo sie in erster Linie erwünscht ist. Die Verbrennung ist vollkommen, wenn das Gasluftgemisch einen kleinen Überschuß über die theoretisch erforderliche Luftmenge aufweist. Wegen der überaus raschen Verbrennung können Temperaturen erzeugt werden, die wesentlich höher als die einer offenen Gasflamme sind. Es wird ein großer Teil der potentiellen Energie des Gases sofort in Strahlung umgewandelt, so daß die Temperaturübertragung vom Entstehungsort zum Bestimmungsort sehr schnell und demnach auch ohne erhebliche Verluste vor sich geht.

Zur Anwendung kommt das interessante Verfahren in folgender Weise: Eine Gaszuleitungskammer, die das selbstbrennende Gasluftgemisch aufnimmt, ist einseitig mit einer porösen, feuerfesten Substanz abgedeckt. Führt man das brennbare Gasgemisch mit mäßigem Druck in die Kammer ein, so tritt es bald aus der porösen Substanz aus und wird beim Austritt angezündet. Die zunächst entstehende offene Flamme bringt die poröse Substanz bald zum Glühen. Dann steigert man die Zufuhr der Mischluft, und die offene Flamme verlischt allmählich; die Verbrennung vollzieht sich nunmehr vollständig innerhalb der porösen Substanz. Der beschriebene Apparat ist die denkbar einfachste Form eines Heizapparats, der zugleich eine sehr vollkommene Ausnutzung des Wärmeinhalts des Gases gestattet. Da der erwähnte Apparat natürlich in jede beliebige Form gebracht werden kann, so ist es auch ein leichtes nach dem neuen Erfindungsgedanken Schmelztigel für Metalle aller Art herzustellen, und es ist bereits gelungen Schmelzgefäße bis zu 8 Tonnen Inhalt zu bauen.

Auch für das Beleuchtungswesen dürfte das neue Verfahren Bedeutung gewinnen. Der Auerkörper ist nichts anderes als ein poröser Körper von außerordentlich hoher Feuerbeständigkeit. Heute hängt man den aus 99% Thoroxyd und 1% Ceroyd bestehenden Glühkörper in eine offene Bunsenflamme, die von einem Gasluftgemisch mit etwa 1 Teil Gas und 3 bis 4 Teilen Luft gespeist wird. Die vollständige Verbrennung vollzieht sich unter Heranziehung von 2 bis 3 weiteren Teilen äußerer Verbrennungsluft. Der Glühkörper ist der Plattenform so angepaßt, daß er sich gerade in der eigentlichen Verbrennungszone befindet. Würde man nun von vornherein ein selbstbrennendes Gasluftgemisch mit einem kleinen Überschuß von Luft auf

den Glühkörper aufprallen lassen, so könnte man es erreichen, daß sich die Verbrennung ohne sichtbare Flamme innerhalb der Substanz des Glühkörpers vollzieht, und daß dieser mit einem erheblich geringern Gasaufwand als bisher zu intensivster Weißglut gebracht wird. Versuche in dieser Richtung sind bereits im Gang.

X Wasserkräfte Das Projekt die österreichischen Bahnen elektrisch zu betreiben nimmt immer

mehr greifbare Gestalt an. In erster Linie dürften wohl die Tiroler Bahnen an die Reihe kommen, da dort gewaltige Wasserkräfte zur Verfügung stehen. Zunächst ist der Ausbau des Faggenbachs und der Gefällstufe der Etsch zwischen Heidersee und Schleis beabsichtigt. Der Faggenbach bildet den Abfluß des Gepatschferners in den Öztaler Alpen. Er ist 25 Kilometer lang und hat bis zur Mündung in den Inn ein Gefälle von mehr als 1000 Meter. Im ersten Ausbau dürfte ein Gefälle von 400 Meter zwischen der Mündung des Gsallbaches und der Mündung in den Inn in Betracht kommen. Nach Anlage von Staubecken, die unbedingt erforderlich sind, um Wasserreserven im Winter zu haben, können 18 000 bis 22 000 Pferdestärken gewonnen werden. Aus der Etsch müssen auf der erwähnten Strecke 1,7 bis 3 Kubikmeter pro Sekunde entnommen werden, um ein Werk mit 20 000 Pferdestärken zu gründen. Während bei diesen Werken aber erst die Vorarbeiten im Gang sind, erfährt das Sillwerk der Stadt Innsbruck bereits im nächsten Jahr eine erhebliche Vergrößerung durch Anlage eines Staubeckens von 57 000 Kubikmeter Inhalt, das neben dem bisherigen Wasserschloß gebaut wird. Das Becken wird einen gemeinsamen Speicher für die Sill- und die Rützwirke bilden. Nach Vollendung des Baus im Jahr 1914 wird die Leistungsfähigkeit der Sillwerke auf 8000 Kilowatt erhöht werden. Ein weiteres Stauwerk wird im Schnalsertal geplant, das zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit des dort bereits bestehenden Elektrizitätswerks dienen soll. Der Strom wird dann nach Meran und Bozen abgeben werden. Auch im benachbarten Steiermark wird eifrig an der Ausnutzung der vorhandenen Wasserkräfte gearbeitet. Zunächst wird die Drauf auf der 30 Kilometer langen Flußstrecke zwischen Pettau bis Friedau zur Arbeitsleistung in 2 Elektrizitätswerken heran-

gezogen werden. Die beiden Werke sollen je 7 mehrstrahlige Franzisturbinen von 6600 Pferdestärken im obern und 4160 im untern Werk erhalten. Um dem erzeugten Strom Absatz zu schaffen, ist eine 240 Kilometer lange Fernleitung geplant. Während also im benachbarten Österreich eifrig gearbeitet wird, um die vorhandenen Naturkräfte nutzbar zu machen, ist der Ausbau der staatlichen Wasserkräfte in Bayern nach den Beratungen im Abgeordnetenhaus und der Reichsräte abermals um 2 Jahre hinausgeschoben worden, obwohl alle Vorarbeiten bereits geleistet sind und die endliche Inangriffnahme einem höchst dringenden Bedürfnis entgegenkommen würde. Auch der erste Ausbau der Walchenseewerke, wo die natürlichen Verhältnisse überaus günstig liegen, ist von dieser Verzögerung betroffen worden.

X Kurze Chronik Die Deutsche Beleuchtungstechnische Gesellschaft, ein Verein zur Förderung der Beleuchtungstechnik in Theorie und Praxis, insbesondere durch Zusammenfassung der verschiedenen an der Beleuchtungstechnik interessierten Kreise in Deutschland und den Nachbarländern und durch Vertretung der deutschen beleuchtungstechnischen Interessen im internationalen Verkehr, ist am 2. November unter der Ägide der Physikalisch-technischen Reichsanstalt gegründet worden. Derzeitiger Vorsitzender ist Professor E. Warburg, Präsident der Reichsanstalt, Schriftführer ist Professor Lieenthal. **X** In Dresden ist die Gründung einer Universität beabsichtigt, die auch die technischen Wissenschaften umfassen wird. **X** Eine Eisenbetonbogenbrücke von 60 Meter Spannweite ist über den Var bei La Meschia an der Riviera gebaut worden. Sie gehört zu den größten Betonbrücken in Europa. Die längste ist die Brücke der Wiedergeburt in Rom mit 100 Meter Spannweite, die nächstgrößte bildet den Talübergang bei Gmündertobel über die Sitter.

Landwirtschaft / Arthur Schulz

Enteignung Nach der Denkschrift der Ansiedlungskommission über ihre Tätigkeit im Jahr 1911 war der Landerwerb der Kommission in diesem Jahr um 5960 Hektar kleiner als im Vorjahr, und der Durchschnittspreis der erworbenen Fläche steigerte sich, was nicht weniger bedenklich ist,

von 1114 Mark pro Hektar in 1910 auf 1395 Mark. Dagegen war die Nachfrage nach Ansiedlungsstellen sehr groß; 8481 Anträge gingen ein, 911 mehr als im Vorjahr. Bei dem geringen Landvorrat konnten jedoch nur 1826 Verträge mit Ansiedlern geschlossen und einschließlich 167 Pachtstellen nur 1443 Ansiedlungsstellen fest vergeben werden. Es wurden also nur 12% der Bewerbungen um Ansiedlungsgrundstücke berücksichtigt. Noch schlimmer waren die Aussichten für das Jahr 1912, da der besiedelungsfähige Landvorrat für 1912 nur 2705 Hektar betrug. Demgegenüber war darauf zu rechnen, daß sich 1912 rund 9000 Ansiedlungslustige melden würden. Da die Ansiedlungskommission auf dem bisherigen Weg des freihändigen Ankaufs deutscher Güter nicht einmal für einen geringen Prozentsatz der Antragsteller zu angemessenen Preisen Land erwerben kann, und da polnische Güter ihr bekanntlich nur noch in der Zwangsversteigerung zufallen, hat sich die preussische Regierung nach 4jährigem Zaudern entschlossen das Enteignungsgesetz zum erstenmal praktisch anzuwenden. Im Oktober dieses Jahres wurde das Verfahren zur Enteignung von 4 im polnischen Besitz befindlichen Gütern im Gesamtumfang von 1700 Hektar eingeleitet. Die Enteignung trifft Güter, die häufig an den Markt kamen und auch in letzter Zeit wiederum einen Besitzwechsel durchgemacht hatten, und auch in Zukunft soll sie nach den Regierungserklärungen den bodenständigen polnischen Besitz verschonen. Trotzdem muß diese Art Zwangsenteignung verurteilt werden, weil sie nur gegen Polen eingeleitet werden soll, somit offensichtlich den Charakter des Unrechts und des Gehässigen trägt. Es ist zu fordern, daß ihr auch im deutschen Besitz befindliche Spekulationsgüter unterstellt werden sollten. Außerdem sollten auch die in ziemlicher Anzahl vorhandenen deutschen wie polnischen Latifundien zwangsenteignet werden, deren Besitzer im Ausland oder außerhalb der Provinz leben und sich in der Hauptsache begnügen die Grundrente zu beziehen, ohne sich um die produktive und kulturelle Hebung ihrer Güter viel zu kümmern. Zu meiner Freude tritt nun auch ein Mitarbeiter der *Zeitschrift für Agrarpolitik*, Herr Dr. Becker, im Oktoberheft dieses *Offiziellen Organs des deutschen Landwirtschaftsrats* dafür ein aus dem Enteignungsgesetz die letzten Konsequenzen zu ziehen und dem Staat

das Expropriationsrecht für allen Großgrundbesitz, einschließlich der Fideikomnisse, auch der deutschen Besitzer zu geben.

× **Kurze Chronik** Nach Angaben der *Internationalen Vereinigung für Zuckerkonstatistik* betrug Deutsch-

lands Zuckererzeugung im trockenen Jahr 1911 nur 1 504 500 Tonnen, gegen 2 589 900 Tonnen im normalen Jahr 1910. Auch die übrigen Staaten Europas erlitten in der Kampagne 1911-1912 starke Produktionsrückgänge; am wenigsten Rußland, dessen Zuckererzeugung sich auf 2 053 800 Tonnen stellte und gegen das Vorjahr nur um rund 50 000 Tonnen gesunken war. Das regenreiche Holland konnte seine Zuckerproduktion sogar um 45 000 Tonnen steigern. Für die laufende Kampagne 1912-1913 wird die Zuckererzeugung Deutschlands auf 2 604 000, die Europas auf 7 756 350 Tonnen (gegen 6 275 700 Tonnen in 1911-1912) geschätzt.

× Nach dem im kaiserlichen Gesundheitsamt bearbeiteten *26. Jahresbericht über die Verbreitung von Tierseuchen im Deutschen Reich* /Berlin, Springer/ hatte die Maul- und Klauenseuche im Jahr 1911 eine Ausdehnung erreicht wie nie zuvor. Sie ergriff 25 676 Gemeinden und 239 342 Gehöfte. 1019 = 9,42% aller Kreise waren verseucht. Der Rotlauf der Schweine trat in 16 854, die Schweinepest einschließlich der Schweineseuche in 5787 Gemeinden und Gutsbezirken auf; es wurden 78 810 an diesen beiden Seuchen erkrankte und 63 223 gefallene oder getötete Schweine gezählt. An Rotlauf gingen 46 000 Schweine ein. An Influenza krepiereten 576, an Rotz 302 Pferde. Die Gellügelcholera forderte, soweit die amtlichen Meldungen reichen, rund 38 000 Opfer. × Die *Vereinigung für exakte Wirtschaftsforschung* hat eine Studienkommission für Fragen des Bauernstands, der Landarbeit und der Kleinsiedelung eingesetzt, über deren Aufgaben und bisherige Ergebnisse der frühere Landrat von Batocki-Bledau und Professor Ehrenberg (Rostock) auf der Tagung der Vereinigung am 9. Dezember berichteten.

× **Literatur** In seiner Schrift *Landflucht und Besiedelung* /Berlin, Simion/ gibt Eugen

Schwiedland eine durch ihre Zuverlässigkeit und präzise Darstellung wertvolle Übersicht über die Gesetze und Verwaltungsmaßnahmen, durch die die meisten europäischen Völker

der Landflucht entgegenzuwirken und ihre landwirtschaftliche und vor allem ihre bäuerliche Bevölkerung zu verdichten suchen. Ausführlicher wird die Binnensiedlungspolitik Preußens, Dänemarks, Schwedens, Englands, Rußlands und die Rentengutsbildung in Galizien und der Bukowina behandelt. In seiner sonst guten Schilderung der russischen Agrarreform ist ihre Kodifikation, das Landeinrichtungsgesetz vom 29. Mai 1911, noch nicht berücksichtigt. Einen tatsächlichen Irrtum habe ich nur insofern entdecken können, als die bayrische Landeskulturrentenanstalt (es gibt nur eine für das ganze Land, nicht, wie der Verfasser meint, mehrere) schon auf Grund des Gesetzes vom 31. März 1908 Darlehen zur Ansiedlung landwirtschaftlicher Arbeiter gewähren konnte. X. Außer in England und Schottland ist die innere Siedelung nirgendwo so nötig und dringlich wie im preußischen Osten. In seine wirtschaftlichen und sozialen Probleme führt die Schrift des Danziger Stadtrats Otto Münsterberg *Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Ostens* (Berlin, Simion/ sachlich und sachkundig ein.

Nach Ausführungen über die wichtige Rolle, die die Landwirtschaft im ostdeutschen Wirtschaftsleben spielt, und nach recht pessimistischen Betrachtungen über die Aussichten aller Versuche den Osten künstlich zu industrialisieren legt Münsterberg dar, weshalb die Vermehrung der bäuerlichen Bevölkerung das »wichtigste aller modernen Ziele für die Kultur des Ostens« ist. Man solle im Osten, der gewissermaßen das Menschenreservoir für das ganze Reich sei, konsequente Bevölkerungspolitik treiben. »Auch der Staat kann die tüchtigen Leute nicht schaffen, aber er kann durch planmäßig durchgeführte Fortsetzung der friderizianischen Besiedlungspolitik soviel Bauern ansetzen, daß ihnen die Gewerbetreibenden aller Art freiwillig folgen. . . . Gebt uns Menschen, die arbeiten, sich ansiedeln, Familien bilden, bauen, ernten, verzehren, und Handel und Industrie werden an Orten plötzlich vorhanden sein, wo sie vorher niemand geahnt hat.« (Siehe hierzu meinen Artikel *Landwirtschaft und Industrie in Ostdeutschland* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1911, 2. Band, pag. 943 ff.).



AUTORENVERZEICHNIS 1912

Mathias Acher
 Hope Bridges Adams Lehmann
 Leo Arons
 Julius Bab
 Thea Berg
 Eduard Bernstein
 Louis Bertrand
 Hans Bethge
 Leonida Bissolati
 Josef Bloch
 Ivanoë Bonomi
 Bruno Borchardt
 Etienne Buisson
 Gertrud David
 Emil Döblin
 Hedwig Dohm
 Emmy von Egidy
 Kurt Eisner
 Adolph von Elm
 August Erdmann
 Hans Fehlinger
 Edmund Fischer
 August Forel
 Ludwig Frank
 Paul Göhre
 Kurt Grelling
 Peter Hamecher
 Julius Hanauer
 Georg Hanisch
 Wilhelm Hausenstein

Johannes Heiden
 Moritz Heimann
 Wolfgang Heine
 Adolf Hepner
 Gerhard Hildebrand
 Max Hochdorf
 Frida Ichak
 Paul Kampfmeyer
 Friedrich Kleeis
 August Kolb
 Wilhelm Kolb
 Otto Lang
 Carl Legien
 Hugo Leichtentritt
 Karl Leuthner
 Hugo Lindemann
 Felix Linke
 Heinrich Lux
 Max Maurenbrecher
 Rosa Mayreder
 Hermann Mücke
 Fritz Müller
 Gustav Noske
 Engelbert Pernerstorfer
 Heinrich Peus
 Joseph Pointner
 Ludwig Quessel
 Sela Roon
 Heinz Saar
 Franz Scheffel

Otto Schembor
 Andreas Scheu
 Max Schippel
 Johannes Schlaf
 Conrad Schmidt
 Kaspar Schmidt
 Robert Schmidt
 Wilhelm Schröder
 Arthur Schulz
 Karl Seväring
 Elisabeth Siewert
 Max Sokal
 Hendrik Spiekman
 Franz Staudinger
 Lisbeth Stern
 Else Stoerber-Damm
 Roman Streltsov
 Heinrich Stühmer
 Albert Südekum
 Adolf Thiele
 Johannes Timm
 Paul Umbreit
 Henry van de Velde
 Hiltgart Vielhaber
 Georges Weill
 Balthasar Weingartz
 Paul Westheim
 Hans Winand
 Rudolf Wissell
 Wally Zepler